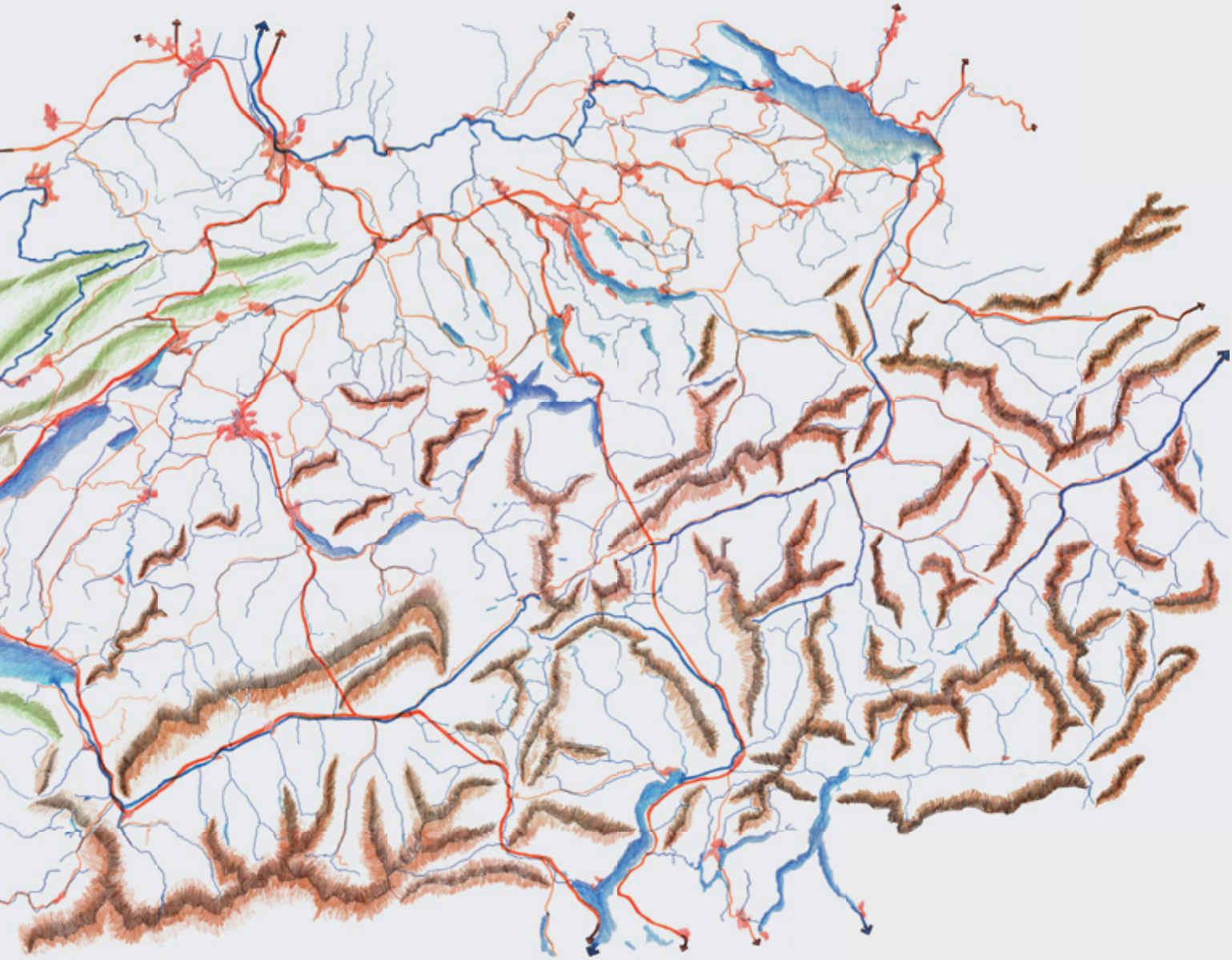
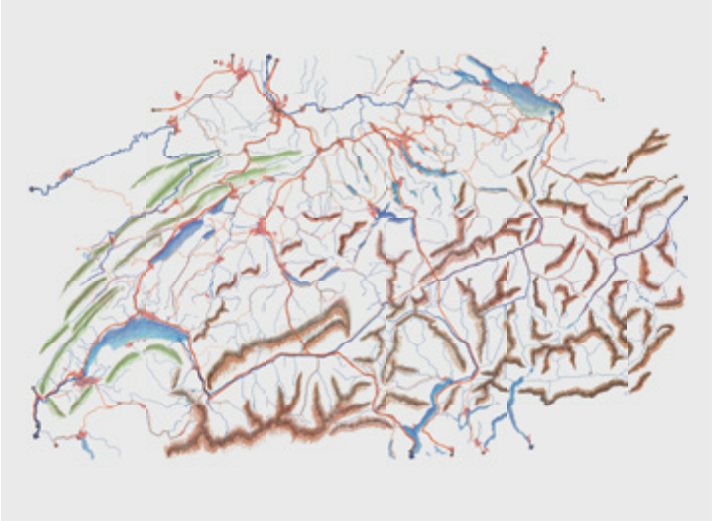
Perspektiven 2030

Chancen und Gefahren für die Bundespolitik



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundeskanzlei BK
Chancellerie fédérale ChF
Cancelleria federale CaF
Chanzlia federala ChF



Das Titelbild ist eine Illustration aus dem Projekt „Swisstopia" der Haute école du paysage, d'ingénierie et d'architecture (hepia) aus Genf. Mit diesem Projekt hatte die Genfer Hochschule einen Ideenwettbewerb von Bundesrätin Doris Leuthard gewonnen. Der Wettbewerb „morgen? Die Schweiz" hatte aufgefordert, eine Vorstellung vom Leben in der Schweiz im Jahr 2035 zu entwickeln. Der Siegerbeitrag der hepia hat Lösungen zu einem wichtigen künftigen Feld der Stadtentwicklung entwickelt, der besiedelten Landschaft.

http://hepia.hesge.ch/

Perspektiven 2030

Chancen und Gefahren für die Bundespolitik

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
Art.-Nr. 104.693.d

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Perspektiven 2030

Chancen und Gefahren für die Bundespolitik

Erklärung des Bundesrates 4

Zusammenfassung 5

Ausgangslage 7

Die wichtigsten Inhalte der Szenarien 8

Überholspur 9

Stockender Verkehr 11

Steiniger Weg 13

Seidenstrasse 15

Detaillierte Szenariobeschriebe 17

Überholspur 18

Stockender Verkehr 27

Steiniger Weg 34

Seidenstrasse 42

Übersichtstabelle der vier Szenarien 49

Chancen und Gefahren für das Jahr 2030 51

Beschreibung der Chancen und Gefahren 52

Chancen und Gefahren auf Bundesebene 55

Vorgehen und Methodik 60

Anhang 70

A.1 Zusammensetzung des Perspektivstabs der Bundesverwaltung 71

A.2 Zusammensetzung der departementalen Fokusgruppen 72

A.3 Externe Expertinnen und Experten 74

A.4 Think Tanks 75

A.5 Methodische Beratung und Moderation 75

Erklärung des Bundesrates

Der Perspektivstab der Bundesverwaltung erarbeitet im Auftrag des Bundesrates und als Grundlagendokument für die Legislaturplanung alle vier Jahre eine Gesamtschau zu den wichtigsten Zukunftsfragen für die Bundespolitik (Parlamentsgesetz vom 13. Dez. 2002, SR 171.10, Art. 146 Legislaturplanung).

Der Bundesrat nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis, ohne sich im Einzelnen zu den Aussagen zu äussern oder sich diese notwendigerweise anzueignen. Er wird sich bei der Erarbeitung seines Programms für die nächste Legislaturperiode mit den künftigen Chancen und Risiken beschäftigen und dann in der Botschaft über die Legislaturplanung 2015–2019 zu Beginn des Jahres 2016 darlegen, welche politischen Prioritäten und Schwerpunkte er in den kommenden Jahren setzen wird.

Wie der Bundesrat bereits früher erklärt hat, ist er willens, bei der Diskussion über die künftigen Herausforderungen eine führende Rolle einzunehmen. Die Frage, welche politischen Folgerungen zu ziehen sind, ist allerdings nicht allein Sache der Landesregierung, sondern in unserem föderalistisch-liberalen Staatswesen die Aufgabe aller an der Politik Beteiligten. Von Parlament, Kantonen und der politischen Öffentlichkeit wird es ebenso sehr abhängen, welche Richtung und welche Intensität die Diskussion über unsere Zukunft annehmen wird. In diesem Sinne unterbreitet der Bundesrat den Bericht der Öffentlichkeit.

Zusammenfassung

Wie die Schweiz sich in den nächsten 10–15 Jahren entwickeln wird, weiss niemand. Mit einer Kombination aus Szenariotechnik und Trendanalyse lassen sich jedoch mögliche zukünftige Entwicklungen skizzieren. Die unterschiedlichen Kombinationen der im vorliegenden Bericht gewählten Szenarioachsen[1] «wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz» und «globale Technologisierung» ergeben vier mögliche Szenarien für das Jahr 2030. Die Szenarien *Überholspur*, *Stockender Verkehr*, *Steiniger Weg* und *Seidenstrasse* zeichnen vier verschiedene Bilder der Welt und der Situation der Schweiz im Jahr 2030 in der politischen, wirtschaftlichen, sozio-kulturellen, technologischen, ökologischen und rechtlichen Dimension. Der vorliegende Bericht soll als Planungsgrundlage für strategische Entscheide dienen.

Entwicklungen mit grosser Tragweite für die Schweiz spielen sich in den vier Szenarien unterschiedlich ab: Werden die geopolitischen Machtverhältnisse geordneter und nimmt die Globalisierung weiter zu, so verstärkt sich die wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz. Destabilisiert sich hingegen die Welt durch die Rivalität zwischen Grossmächten oder durch die Erosion der internationalen Ordnung, so schwächt dies die Sicherheitslage und die wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz. Zentral ist in den Szenarien die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Die wirtschaftliche Vernetzung beeinflusst auch das Wirtschaftswachstum und die Branchenstruktur. Nimmt die Vernetzung weiter zu, so wächst die Wirtschaft. Die Verteilung des Wohlstands und die Werteentwicklung in der Schweiz beeinflussen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Entwicklung der Einwanderung und die Alterung der Gesellschaft verändern deren demografische Zusammensetzung und Gesundheitszustand sowie auch die Entwicklung der Sozialversicherungen. Wenn die technologischen und die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um umweltschonendere und ressourceneffizientere Technologien zur Anwendung zu bringen, verringert dies die Belastung von Umwelt und Klima. Wenn diese Möglichkeiten eingeschränkt sind, nehmen die Belastung der Umwelt und der Ressourcenverbrauch zu. Internationale Zusammenarbeit fördert die technologische Entwicklung weltweit, jedoch resultiert eine Rivalität zwischen Grossmächten in einem technologischen Wettlauf, was ebenfalls zu einer globalen Technologisierung mit grosser Wirkung führt.

Daraus ergeben sich in den vier Szenarien unterschiedliche Chancen oder Gefahren, mit denen die Schweiz im Jahr 2030 konfrontiert sein könnte:

- Wird das System globaler Gouvernanz gestärkt, so verbessert sich die Sicherheitslage der Schweiz dank internationaler Stabilität. Wird das System globaler Gouvernanz geschwächt, so kann die Schweiz immer noch ihren Einfluss als Vermittlerin und Brückenbauerin nutzen.
- Das Wirtschaftswachstum in der Schweiz wird von starker wirtschaftlicher Vernetzung angetrieben. Ist die Schweiz wirtschaftlich schwächer vernetzt, so kann sie dennoch Nischen besetzen und auf ihrer guten Ausgangssituation und ihrem Innovationspotenzial aufbauen.
- Bei zunehmender Globalisierung und wirtschaftlicher Dynamik steigen das Wohlstandsgefälle und die kulturelle Diversität. Dies kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, stellt für die Schweiz gleichzeitig aber auch einen Chance dar. In einem Umfeld wachsender gesellschaftlicher Diversität kommen Bildung und Kultur eine wichtige vermittelnde Rolle zu. Durch das Wirtschaftswachstum stehen zudem mehr Mittel zur Verfügung, um Verteilkonflikte zu entschärfen.

---

1 Die Auswahl der Szenarioachsen ist im Kapitel «Vorgehen und Methodik», Phase 2, nachzulesen.

- Abhängig von der wirtschaftlichen Vernetzung der Schweiz und ihren Folgen für die Bevölkerung verändern sich die Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt sowie der Druck auf die Sozialversicherungen und auf das Gesundheitssystem.
- Technologischer Fortschritt bietet neue Lösungen bei der Nutzung knapper Ressourcen. Der Einsatz neuer Technologien birgt aber auch schwer abschätzbare Risiken.
- Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind Schlüsseltechnologien mit grosser Wirkung. Abhängig von der internationalen Kooperation bei der Entwicklung von Sicherheitstechnologien ist die Cyberbedrohung unterschiedlich stark.
- Ein hohes wirtschaftliches Wachstum erhöht den Ressourcenverbrauch. Der Einsatz neuer Technologien bietet Möglichkeiten, die Belastung der Umwelt zu begrenzen. Fehlen die technologischen und finanziellen Mittel dafür, so wird die Umwelt vermehrt belastet.

Ausgangslage

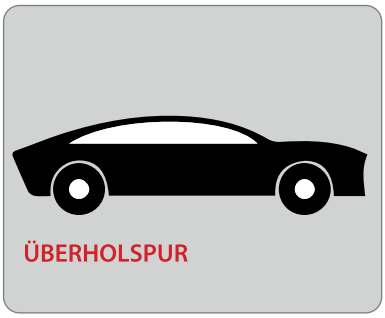
Ziel des Berichts «Perspektiven 2030» ist die Erarbeitung einer Auslegeordnung zu den wichtigsten Chancen und Gefahren, die in den kommenden 10–15 Jahren auf die Schweiz im Allgemeinen und die Bundespolitik im Besonderen zukommen können. Von der Formulierung politischer Prioritäten sowie von der eigentlichen Definition von Zielen wird im Bericht abgesehen. Der Bericht soll es dem Bundesrat ermöglichen, die zentralen Chancen und Gefahren unseres Landes frühzeitig zu erkennen und die strategischen Entscheide rechtzeitig zu treffen.

Der Bericht «Perspektiven 2030» dient in erster Linie dem Bundesrat als Grundlage für eine politische Grundsatzdiskussion im Hinblick auf die Legislaturplanung 2015–2019. Damit der Bericht «Perspektiven 2030» zu einer vorausschauenden und kohärenten Regierungspolitik beitragen kann, bedient er sich einer Perspektive, die bewusst über die kurzfristige Vierjahresperiodizität der Legislaturplanung hinausschauen will.

Gleichzeitig soll der Bericht «Perspektiven 2030» über die Legislaturplanung hinaus wichtige Inputs geben. So kann er auch weiterführende Strategiearbeiten in den einzelnen Departementen und Bundesämtern befruchten. Der Bericht «Perspektiven 2030» soll verschiedenen Stellen sowohl in als auch ausserhalb der schweizerischen Bundesverwaltung eine Gesamtschau zu den wichtigsten Chancen und Gefahren in zentralen Politikbereichen bieten und dazu anregen, in Form von Szenarien über die Zukunft nachzudenken. Ferner steht der Bericht «Perspektiven 2030» den Spezialkommissionen der eidgenössischen Räte für die Behandlung der Legislaturplanung zur Verfügung. Er wird auch den Kantonen und Parteien für eigene Reflexionen abgegeben.

Die wichtigsten Inhalte der Szenarien

Überholspur



Die Welt im Szenario *Überholspur* ist von Multilateralismus, Globalisierung und wirtschaftlicher Interdependenz geprägt. Die vom Freihandel bestimmte Weltwirtschaft ist im Wachstum begriffen. Durch die Globalisierung verstärkt sich die soziale und ökonomische Ungleichheit zwischen Staaten und innerhalb von Gesellschaften. Der steigende Ressourcenbedarf schafft Anreize für die Entwicklung von effizienzsteigernden Technologien. Dank der dynamischen Weltwirtschaft werden Mittel für grosse Investitionen in Forschung und Entwicklung frei, und so verändert die rasant fortschreitende Technologisierung Produktions- und Lebenssphären.

Die Schweiz ist durch den Abbau von Handelshemmnissen im Rahmen der *World Trade Organization* (WTO) wirtschaftlich stark vernetzt und gilt als weltweit angesehener Forschungs- und Unternehmensstandort. Die Anpassung an die globale wirtschaftliche und technologische Dynamik fordert und beansprucht jedoch auch die staatlichen Institutionen, die Schweizer Binnen- und Exportwirtschaft sowie die Einwohnerinnen und Einwohner, die aufgrund von Wohlstand und Handel zu hoher internationaler Mobilität neigen. Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist mittels eines stabilen Arrangements geklärt. Der Wohlstand in der Schweiz ist zunehmend ungleich verteilt. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie die zunehmende kulturelle Diversität in der Schweiz haben einen *réflexe identitaire* ausgelöst, denn von diesen Veränderungen profitieren nicht alle Berufs- und Gesellschaftsgruppen gleichermassen.

Wichtigste Einflussfaktoren:

Geopolitische Machtverhältnisse: Die geopolitischen Verhältnisse stärken die internationalen Organisationen. Zur Lösung globaler Probleme entsteht ein System von globaler Gouvernanz. Zahlreiche Akteure teilen sich die Verantwortung in variablen Konstellationen. Die Stellung und die Einflussmöglichkeiten der Schweiz im internationalen Kontext haben sich verbessert.

Globalisierung der Wirtschaft: Die Weltwirtschaft wächst und dadurch auch die Interdependenz der Staaten. Die Schweiz unterhält multilaterale Handelsabkommen mit Ländern aller Weltregionen. Die Einwanderung bleibt hoch.

Entwicklung der globalen Ressourcen- und Rohstoffversorgung: Infolge der hohen wirtschaftlichen Dynamik nimmt der Verbrauch von natürlichen Ressourcen und Rohstoffen stark zu. Rohstoffreiche Staaten in Afrika gewinnen an Bedeutung.

Technologische Entwicklung: Die Rohstoffknappheit macht den Einsatz effizienzsteigernder Technologien, besonders im Energiebereich, rentabler. Mit der guten Wirtschaftslage gehen hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung einher, womit günstige Bedingungen für Innovation und die Verbreitung von Technologien herrschen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Die hohe Einwanderung in die Schweiz verlangsamt die Alterung der Gesellschaft. Weiter sind aufgrund der guten Wirtschaftslage genügend öffentliche Mittel verfügbar, mit denen der Sozialstaat dem entstandenen Wohlstandsgefälle in der Schweiz begegnen kann. Der Zugang aller zur medizinischen Versorgung ist gesichert. Dank Arbeitsformen, welche die Gleichstellung der Geschlechter fördern und Beruf und Familie besser vereinbaren lassen, sind mehr Frauen erwerbstätig und in Kaderpositionen vertreten, während Männer öfter Teilzeit arbeiten.

Gewinnerinnen und Gewinner
Die Situation in der Schweiz hat sich im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2015 insbesondere für Folgende verbessert:

Wirtschaftliche Dimension
- Tertiärer Sektor
- Rohstoff-, Energie-, Pharma- und Finanzbranche sowie exportorientierte Unternehmen
- Multinationale Unternehmen
- Duales Berufsbildungssystem und Hochschulen

Politische Dimension
- Internationales Genf und Metropolitanregionen

Technologische Dimension
- Forschungs- und Unternehmensstandort Schweiz
- MINT[2]-Berufe

Soziokulturelle Dimension
- Menschen mit Bildung, interkulturellen Kompetenzen sowie hoher Anpassungsfähigkeit und Mobilität
- Frauen, hinsichtlich des zunehmenden Anteils am Arbeitsmarkt und in Führungspositionen
- Einkommensstarke Bevölkerungsgruppen

Verliererinnen und Verlierer
Die Situation in der Schweiz hat sich im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2015 insbesondere für Folgende verschlechtert:

Wirtschaftliche Dimension
- Betriebe, welche die technologischen Umstellungen nicht vornehmen konnten und für welche die Anpassung an neue internationale Standards nur begrenzt möglich war
- Branchen im Sekundärsektor ohne Patentschutz

Soziokulturelle Dimension
- Bevölkerungsgruppen, die durch den digitalen Graben abgeschnitten sind
- Menschen mit wenig Bildung und interkulturellen Kompetenzen sowie geringer Anpassungsfähigkeit und Mobilität
- Einkommensschwache Bevölkerungsgruppen

2 MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.

Stockender Verkehr

Die Welt im Szenario *Stockender Verkehr* ist durch rasanten technologischen Fortschritt und eine Rivalität der Grossmächte USA und China geprägt. Das Ringen um Rohstoffe resultiert in einem technologischen Wettlauf. Die transatlantischen Bindungen zwischen den USA und der EU werden stärker. Gleichzeitig nähern sich Russland und China an, was den Ost-West-Konflikt akzentuiert. Obwohl in den westlichen Industriestaaten, aber unter anderem auch in China, die Gesellschaft altert, wächst die Weltbevölkerung. So nimmt die Nachfrage nach Rohstoffen weiter zu. Zusammen mit der geopolitischen Instabilität trägt diese Entwicklung dazu bei, dass die Weltmarktpreise für Rohstoffe stark ansteigen. Dies beschleunigt die Einführung neuer energieeffizienter Technologien. Die Schweiz hat Mühe, ihre politische und wirtschaftliche Stellung in der Welt zu behaupten. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind abgekühlt. Der Ausbau von Handelsbeziehungen mit anderen, nichteuropäischen Staaten braucht eine gewisse Zeit. Auch die wirtschaftliche Vernetzung mit anderen Erdteilen – namentlich Asien – ist eher schwach ausgeprägt.

Neue Technologien kompensieren teilweise die negativen Effekte rückläufigen Aussenhandels, und der Energieverbrauch in der Schweiz kann dank dem technologischen Fortschritt und einschneidenden Regulierungen stark eingedämmt werden. Die schwache Vernetzung der Schweiz resultiert auch in verminderter Zuwanderung, Arbeitskräfte können weniger im Ausland rekrutiert werden. Das Schliessen dieser Lücke wird durch einen vermehrten Einbezug von Frauen im Arbeitsmarkt angestrebt. Dies führt zu einer erhöhten Doppelbelastung, da die Betreuung der Kinder und älterer Menschen weiterhin vor allem von Frauen wahrgenommen wird.

Wichtigste Einflussfaktoren:

Geopolitische Machtverhältnisse: Die USA haben sich mit der EU zu einer Freihandelszone zusammengeschlossen; demgegenüber verstärkt China im süd- und ostasiatischen Raum sowie in Zentralasien seine Wirtschaftsbeziehungen. Beide Machtblöcke schliessen einander durch protektionistische Massnahmen vom Zugang zu ihren Märkten aus. Der Wettlauf um Einflusssphären und Rohstoffe intensiviert sich.

Bedrohungslage in und ausserhalb der Schweiz: Die Rivalität der Grossmächte erhöht die Spielräume für Drittstaaten, was zu lokalen und regionalen Kriegen führt. Infolge der geringen Kooperation und Koordination zwischen den Machtblöcken sind potenziell gefährliche Technologien, beispielsweise militärische Technologie oder Informatiktechnologie, schwieriger kontrollierbar. Der Schutz vor Cybervorfällen wie Cyberkriminalität, -spionage und -sabotage ist schwieriger, da der Austausch von Knowhow aufgrund der mangelnden Vernetzung zwischen Staaten und privaten Akteuren erschwert ist.

Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz: Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU haben sich verschlechtert.

Globale Ressourcen- und Nahrungsmittelversorgung: Hohe Rohstoffpreise setzen Anreize für die Verbreitung neuer Technologien zur Effizienzsteigerung. Der Import von Strom und Energieträgern ist von Instabilität geprägt und wegen der geringen Vernetzung der Märkte Schwankungen unterworfen. Der Import von Rohstoffen und Energie in die Schweiz wird gesenkt, Materialkreisläufe geschlossen. So wird immer mehr was in der Schweiz verbraucht wird auch wiederverwertet (bspw. Gewinnung von Phosphor aus Abwasser). Eine ökologisch verträgliche Intensivierung der Produktion in der Schweiz deckt den steigenden Bedarf an Nahrungsmitteln.

Schweizer Arbeitsmarkt: Die Einwanderung in die Schweiz sinkt, gleichzeitig verlassen junge und gut qualifizierte Schweizerinnen und Schweizer auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Perspektiven, insbesondere in den USA und in Asien, vermehrt die Schweiz. Dies führt zu Arbeitskräftemangel, welcher teilweise durch die erhöhte Arbeitstätigkeit von Frauen kompensiert werden kann.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Die tiefen Einwanderungszahlen sowie die sinkende Geburtenrate führen zu einer beschleunigten Alterung der Gesellschaft. Dies erhöht den Druck auf die Sozialversicherungen. Um diese Effekte abzumildern, werden die Lebensarbeitszeiten erhöht. Das 3-Säulen-System bleibt bestehen, der Finanzierungsbedarf wird aber grösser.

Gewinnerinnen und Gewinner

Die Situation in der Schweiz hat sich im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2015 insbesondere für Folgende verbessert:

Wirtschaftliche Dimension
- Primärsektor
- Handwerkliche Berufe
- Branchen mit hohem Automatisierungspotenzial
- Schweizer Standort für Rechenzentren

Soziokulturelle Dimension
- Frauen, hinsichtlich des zunehmenden Anteils am Arbeitsmarkt und in Führungspositionen
- Flexible und mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ökologische Dimension
- Umwelt, da effiziente Technologien und gehemmtes Wirtschaftswachstum zu einer Verringerung des Ressourcenverbrauchs und somit zu reduzierter Umweltbelastung führen

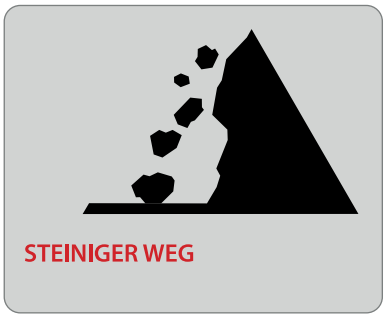
Verliererinnen und Verlierer

Die Situation in der Schweiz hat sich im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2015 insbesondere für Folgende verschlechtert:

Wirtschaftliche Dimension
- Tertiärer Sektor
- Import- und exportorientierte Unternehmen
- Branchen mit geringem Automatisierungspotential
- Grenzregionen, aufgrund der schlechten Beziehungen zur EU
- Finanzplatz
- international ausgerichtete Dienstleistungen

Soziokulturelle Dimension
- Frauen, hinsichtlich der Doppelbelastung Familie und Beruf
- Gesundheitssektor, hinsichtlich der beschleunigten Alterung der Gesellschaft
- Finanziell schlechter gestellte Pflegebedürftige
- Städte, hinsichtlich vermehrtem Wegzug in die Agglomeration

Steiniger Weg



Die Welt im Szenario *Steiniger Weg* ist in sich konkurrierende Regionen segmentiert und geprägt von Machtpolitik und Handelshemmnissen. Die daraus resultierenden Konflikte um den Zugang zu Rohstoffen akzentuieren sich auf der ganzen Welt. Die Regionalmächte Brasilien, China, Indien, Russland und Südafrika gewinnen im Verhältnis zum Westen an Bedeutung. Gleichzeitig wird die technologische Entwicklung aufgrund knapper Mittel und des hohen Spionagerisikos gehemmt. Infolgedessen sind der Energieverbrauch und die Preise für Energieträger auf dem Weltmarkt hoch, was den energieexportierenden Staaten zugutekommt. Die hohen Energiepreise hemmen hingegen das Wirtschaftswachstum in Staaten, die netto mehr Energieträger importieren.

Die Schweiz befindet sich in einem wirtschaftlich und politisch instabilen Umfeld und ist aufgrund der Handelshemmnisse zunehmend auf den Binnenmarkt fokussiert. Während die Arbeitslosigkeit steigt, nimmt die Attraktivität der Schweiz als Einwanderungsland stetig ab. Dies äussert sich auch in einer fortschreitenden Alterung der Gesellschaft, was in einem hohen Druck auf den Sozialstaat resultiert. Diese Unsicherheit erhöht das Bedürfnis nach Stabilität und Sicherheit in der Bevölkerung.

Wichtigste Einflussfaktoren:

Geopolitische Machtverhältnisse: Der Aufstieg der Regionalmächte hat eine abnehmende Bedeutung der internationalen Organisationen und somit auch sinkende Einflussmöglichkeiten der Schweiz im internationalen Kontext zur Folge. Die EU ist geschwächt und zeigt eine Tendenz zur Renationalisierung der Entscheidungsstrukturen, der Zusammenhalt nimmt ab.

Wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz: Die Schweiz hält bilaterale politische und wirtschaftliche Beziehungen mit EU-Ländern aufrecht. Die angespannte Wirtschaftslage der wichtigsten Handelspartner der Schweiz schlägt sich jedoch auch auf den Aussenhandel nieder.

Entwicklungen von neuen Technologien: Aufgrund der stagnierenden Wirtschaft in den USA und den westlichen Industrieländern ist deren Innovationskraft und technologisches Entwicklungspotenzial stark eingeschränkt. Zudem hemmt die mangelnde länderübergreifende Kooperation die internationale Forschungstätigkeit, was die technologische Entwicklung weltweit bremst.

Demografische Entwicklung: Infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Binnenorientierung in der Schweiz ist die Einwanderung tief. Zudem ziehen hochqualifizierte Schweizerinnen und Schweizer Auswanderung zunehmend in Betracht. Aufgrund der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft steigen die demografieabhängigen öffentlichen Ausgaben stark an. Die Weltbevölkerung wächst moderat weiter.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Vor dem Hintergrund der stagnierenden Wirtschaft und der globalen politischen Instabilität manifestiert sich in der Schweizer Gesellschaft ein hoher Zusammenhalt sowie eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte und auf die lokale Identität. Bei der Altersvorsorge bleibt das 3-Säulen-System bestehen, aber ein wachsender Anteil der Bevölkerung bezieht Leistungen vor allem aus der 1. Säule. Als Folge dieses grossen finanziellen Drucks auf die Sozialwerke fallen zuvor externalisierte Aufgaben zunehmend auf das familiäre Umfeld zurück. Die Schweiz wird vermehrt zu einem Auswanderungsland. Die Qualität der medizinischen Versorgung nimmt ab, und die Versorgung der Bevölkerung ist gefährdet.

Gewinnerinnen und Gewinner
Die Situation in der Schweiz hat sich im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2015 insbesondere für Folgende verbessert:

Wirtschaftliche Dimension
- Primärsektor
- Strukturschwache Regionen

Soziokulturelle Dimension
- Landessprachen und Dialekte
- Gemeinschaftssinn auf lokaler Ebene
- Vereine und Traditionen

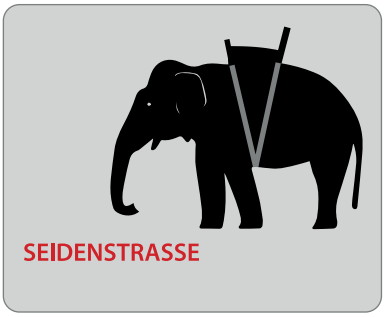
Verliererinnen und Verlierer
Die Situation in der Schweiz hat sich im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2015 insbesondere für Folgende verschlechtert:

Politische Dimension
- Internationales Genf

Wirtschaftliche Dimension
- Exportorientierte Unternehmen
- Metropolitanregionen

Soziokulturelle Dimension
- Frauen, aufgrund erschwerter Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Familien, aufgrund erhöhter finanzieller Belastung und des Rückzugs des Sozialstaats
- Einkommensschwache Bevölkerungsgruppen

Seidenstrasse



Die Welt im Szenario *Seidenstrasse* ist durch den politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Aufstieg Asiens geprägt. Die ASEAN-Staaten[3] sowie Australien, China, Indien, Japan, Südkorea und Neuseeland pflegen intensive Beziehungen untereinander. Infolge des Scheiterns der *Trans Pacific Partnership* (TPP) verlieren die USA jedoch an Einfluss in der Region. Die EU verliert an Zusammenhalt und politischer sowie wirtschaftlicher Bedeutung. Insgesamt nimmt die Wachstums- und Innovationskraft in Europa und in den USA ab.

Die Schweiz pflegt gute wirtschaftliche Beziehungen zu den Nachbarländern, mit Süd- und Ostasien sowie mit Afrika und kann diese weiter ausbauen. Die enge Verflechtung der Schweiz mit dem asiatischen und afrikanischen Raum führt zu reger Migration in beide Richtungen. Obwohl die Kohäsion der EU abnimmt, ist die wirtschaftliche Kooperation der Schweiz mit den Nachbarregionen gut. Gemeinsam umfassen die Schweiz und diese Regionen ein wirtschaftlich dynamisches Gebiet. Viele Technologiefirmen und Forschungsinstitute aus Nordamerika und Europa sind in den asiatischen Raum abgewandert. Vor dem Hintergrund der schleppenden Entwicklung bei ressourcen- und klimaschonenden Technologien und infolge des Wirtschaftswachstums erhöht sich weltweit der Ausstoss von Treibhausgasen. Klimatisch bedingte Extremereignisse häufen sich.

Wichtigste Einflussfaktoren:

Globalisierung der Weltwirtschaft: Durch die Schaffung des RCEP[4]-Freihandelsabkommens, das den ganzen süd- und ostasiatischen Raum mit Ozeanien umfasst, entsteht eine dynamische Wirtschaftszone, die den grössten Teil des weltweiten Wirtschaftswachstums auf sich konzentriert. Gleichzeitig gewinnt Afrika mit seinen Reserven an Rohstoffen und seiner jungen Bevölkerung an wirtschaftlicher Relevanz.

Geopolitische Machtverhältnisse: Die wirtschaftlich prosperierenden Staaten in Süd- und Ostasien kooperieren auch in aussen- und sicherheitspolitischen Fragen. Während sie mit Russland, Zentralasien und dem mittleren Osten intensive Beziehungen pflegen, verlieren die USA und die EU an Einfluss und Bedeutung in der Region sowie auch auf globaler Ebene.

Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft: Die Schweiz pflegt gute wirtschaftliche Beziehungen zu den Staaten Süd- und Ostasiens. Dadurch kann die Schweizer Wirtschaft vom Wachstum in diesem Raum profitieren. Die Schweiz unterhält enge Beziehungen zu den europäischen Nachbarn; im Alpenraum wächst eine wirtschaftlich dynamische Region. Die Schweiz bleibt ein wichtiger Handels-, Finanz- und Innovationplatz.

Entwicklung des globalen Klimawandels: Das grosse Wirtschaftswachstum und die langsamen Fortschritte bei der Verbreitung klimafreundlicher Technologien erhöhen die Emissionen von Treibhausgasen. Die seit 2015 stark gestiegenen Emissionen werden jedoch erst nach 2050 spürbar. Hingegen haben die im letzten Jahrhundert weltweit emittierten Treibhausgase Auswirkungen auf die Häufigkeit von extremen Wetterereignissen.

---

3 Die ASEAN-Staaten umfassen: Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam.
4 Die Mitgliedstaaten des RCEP sind: Die ASEAN-Staaten und China, Japan und Südkorea sowie Indien, Australien und Neuseeland.

Einwanderung in die Schweiz: Durch die hohe wirtschaftliche Vernetzung mit dem süd- und ostasiatischen Raum ist auch die Migration zwischen der Schweiz und dieser Region hoch. Die Schweiz bleibt ein attraktives Einwanderungsland für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Europa.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Durch wirtschaftliche Vernetzung und Einwanderung wächst die Bevölkerung, die demografische Alterung verlangsamt sich. So steigt der Druck auf die Sozialversicherungen weniger rasch an.

Bedrohungslage in und ausserhalb der Schweiz: Die Cyberbedrohung wächst. In der Schweiz sind davon insbesondere innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und kleine Forschungseinrichtungen betroffen.

Gewinnerinnen und Gewinner

Die Situation in der Schweiz hat sich im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2015 insbesondere für Folgende verbessert:

Wirtschaftliche Dimension
- Import- und Exportunternehmen, die Kooperationen mit süd- und ostasiatischen Ländern unterhalten
- Rohstoffsektor

Soziokulturelle Dimension
- Menschen mit Kenntnissen in asiatischen Sprachen und mit interkulturellen Kompetenzen

Verliererinnen und Verlierer

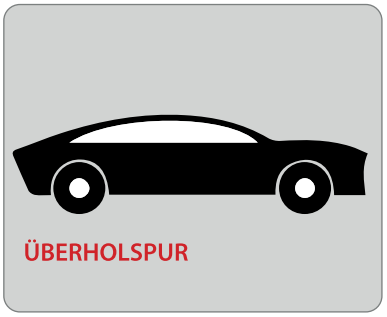
Die Situation in der Schweiz hat sich im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2015 insbesondere für Folgende verschlechtert:

Wirtschaftliche Dimension
- Exportorientierte Unternehmen mit Fokus auf den US-Markt

Soziokulturelle Dimension
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Berufsgruppen mit hoher Konkurrenz
- Gesellschaft, hinsichtlich des schwindenden Zusammenhalts

Ökologische Dimension
- Von klimabedingten Extremereignissen Betroffene

Detaillierte Szenariobeschriebe



Überholspur

Das Jahr 2030

Die Welt ist durch ein System starker internationaler Organisationen und Normen geordnet, und die Weltwirtschaft ist im Wachstum begriffen. Auf globaler Ebene resultiert der fortschreitende Freihandel in einer verstärkten wirtschaftlichen Vernetzung und gleichzeitig in gegenseitiger Abhängigkeit. Der EU-Binnenmarkt ist stark integriert und gewachsen. Auch in politischer Hinsicht erstarkt die Kohäsion zwischen den EU-Staaten. Die Globalisierung produziert sowohl Gewinnerinnen und Gewinner als auch Verliererinnen und Verlierer. In Ländern mit starken Demokratiedefiziten, insbesondere in Asien oder in Afrika, besteht die Gefahr sich vergrössernder Ungleichheit. Auch zwischen den Staaten nehmen die Wohlstandsunterschiede zu. Arbeitsverhältnisse sind weltweit, aber auch in der Schweiz, zunehmend unsicher. Insbesondere wenig qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geraten durch die Veränderungen unter Druck. Der Anteil der Frauen an der Weltbevölkerung verringert sich, was vor allem in China und in Indien spürbar wird. Dies führt ab dem Jahr 2025 zu einem demografischen Ungleichgewicht: Weltweit ist die Zahl der Frauen um 200 Millionen tiefer als die Zahl der Männer. Zusätzlich steht China vor der Herausforderung der fortschreitenden Überalterung seiner Bevölkerung.

Der globale Ressourcenverbrauch ist durch das weltweite Wirtschaftswachstum hoch. Die Preise für Ressourcen und Energie schaffen Anreize für effizienzsteigernde Technologien, und deren Einführung wird rentabel. Durch das globale Wirtschaftswachstum stehen die notwendigen Mittel für weitere Forschung, Innovation und für die Verbreitung von Technologien bereit. Der Weg für eine rasant fortschreitende Technologisierung ist geebnet.

Die Schweiz ist weltweit stark vernetzt. Die Schweiz und die EU haben ein massgeschneidertes Abkommen unterzeichnet. Im Rahmen der WTO wurde die Liberalisierung des weltweiten Handels auf multilateraler Ebene fortgeführt. Mit dem Abbau von Handelshemmnissen hat die Schweiz ihre wirtschaftliche Vernetzung sowohl im europäischen Raum als auch global intensiviert. Mit dem Wachstum der Schweizer Wirtschaft erhöht sich der Bedarf an Arbeitskräften, und auch weltweit steigt die Konkurrenz um gut ausgebildete Fachkräfte. Dies trägt nicht zuletzt zum anhaltenden Trend bei, wonach Schweizerinnen und Schweizer zunehmend zu Arbeits- oder auch Ausbildungszwecken einige Zeit ins Ausland auswandern, um sodann reich an zusätzlichen Erfahrungen und Wissen wieder in die Heimat zurückzukehren. Die Schweiz profitiert so von einem *Brain-Gain*. Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist in diesem Kontext ein Vorteil. Sie kann sich in einem kompetitiven internationalen Umfeld als Wohn- und Arbeitsort behaupten und bleibt ein attraktiver Standort für die Hauptsitze global tätiger Unternehmen. Aufgrund der hohen Nachfrage am Arbeitsmarkt bleibt die Zuwanderung von Fachkräften, vor allem aus dem EU-Raum, in die Schweiz hoch. Der Mehrbedarf an Fach- und Führungskräften kann nicht ausschliesslich durch Einwanderung gedeckt werden; so nimmt der Anteil von Frauen im Arbeitsmarkt und in Führungspositionen zu.

Das steigende Wohlstandsniveau lässt die höheren Einkommen rascher als die niedrigen Einkommen ansteigen; dadurch wachsen die Wohlstandunterschiede in der Schweiz. Der gesellschaftliche Zusammenhalt nimmt ab, die Individualisierung zu. Der Unmut der Globalisierungsverliererinnen und -verlierer steigt. Durch das Wirtschaftswachstum sind die Steuerreinnahmen vorhanden, mit denen der Sozialstaat den entstandenen Druck mindern kann. Um zunehmender Skepsis gegenüber der kulturellen Diversität entgegenzuwirken, wird dem Unterricht der Landessprachen und der Sprachen der grösseren Einwanderergrup-

pen in den Schulen mehr Zeit eingeräumt. Die niederschwellige Vermittlung von Kultur und Sprache trägt zur bestmöglichen Integration der Migrationsbevölkerung in der Schweiz bei. Der zunehmende Druck auf Siedlungen und Infrastrukturen aufgrund des Bevölkerungswachstums ist auch in der Schweiz spürbar.

Im Gesundheitssystem sind die geplanten Reformen der Gesundheitsstrategie 2020 durchgesetzt, und der Zugang aller zur medizinischen Grundversorgung ist im Jahr 2030 gesichert. Personalisierte Medizin hat sich stark entwickelt, und durch den technologischen Fortschritt ist die Versorgungseffizienz, auch im Zusammenhang mit *e-Health*, hoch. Das Gesundheitsbewusstsein ist gestiegen, und die Prävention stellt einen wichtigen Grundpfeiler des Gesundheitssystems dar. Die Pflege chronisch kranker oder pflegebedürftiger Menschen im Ausland ist etabliert. Durch internationale Standards hat sich das Management von Pandemien und der Gesundheit allgemein verbessert.

2015–2020

Die geopolitischen Kräfteverhältnisse veränderten sich. Ein Geflecht internationaler Organisationen gewann an Bedeutung, und die Interessen verschiedener Staaten konnten darin eingebunden werden. So verzichteten ökonomische und politische Schwergewichte in der Staatenwelt zunehmend auf Machtpolitik und Konfrontation, was die Stabilität erhöhte. Neben den USA gewannen weitere Staaten an globaler und regionaler Bedeutung. Gleichzeitig machten sich in den BRICS[5]-Staaten innenpolitische Probleme bemerkbar. In Brasilien und Südafrika kam es zu wiederholten und grossen sozialen Unruhen, welche aufgrund ausgeprägter Wohlstandsunterschiede ausgelöst wurden. In China hinterliessen das unkontrollierte Wirtschaftswachstum, die Urbanisierung und das Platzen einer Immobilienblase Spuren an der Umwelt und an den Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Femizid und die Ein-Kind-Politik hatten eine Verringerung des Frauenanteils an der chinesischen und indischen Bevölkerung zur Folge; dadurch verstärkte sich die bereits bestehende Überalterung der Gesellschaft.

In wirtschaftlicher Hinsicht verlor China an Dynamik, da sich die Vorteile des Produktionsstandorts infolge des demografischen Ungleichgewichts zwischen den Geschlechtern respektive der sich akzentuierenden Überalterung der Bevölkerung verringerten. Zudem verstärkte der für die unteren Einkommensschichten erschwerte Zugang zum Gesundheits- und Bildungswesen die Wohlstandsunterschiede. Das politische System in China, und dadurch die restriktive Informationspolitik und Medienkontrolle, gerieten zunehmend in die Kritik. Das Bedürfnis nach politischer Partizipation in der Gesellschaft stieg. Neue Entwicklungen im Bereich der IKT verbesserten den Zugang zu Informationen. Das chinesische Wirtschafts- und Entwicklungsmodell wurde von einer zunehmend durch soziale Medien vernetzten Bevölkerung in Frage gestellt, und der Widerstand gegen das System wuchs. Angesichts dieser innenpolitischen Herausforderungen rückte die Aussenpolitik Chinas in den Hintergrund.

Die geopolitischen Machtverhältnisse waren ausgewogen, und es entstand eine multilaterale Weltordnung, woraus sich ein ordnendes System globaler Gouvernanz entwickelte. So gewannen internationale Organisationen und Normen an Bedeutung. Gemäss dem Prinzip «ein Staat, eine Stimme» war die Stellung kleiner und mittlerer Staaten erstarkt. Die Schweiz hatte so eine gute Ausgangslage, sich im wandelnden internationalen Umfeld zu positionieren. Das Einhalten der Tradition aussenpolitischer Grundprinzipien wie Rechtstaatlichkeit, Universalität und Neutralität trugen dazu bei, dass die Schweiz ihren Einfluss im multilateralen Umfeld ausbauen konnte.

---

5 BRICS = Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika.

Die Weltwirtschaft hatte sich von den Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts erholt und konnte wachsen. Dieses Klima begünstigte den Abbau von Handelshemmnissen auf multilateraler Ebene im Rahmen der WTO. Weiter beteiligte sich die Schweiz aktiv an den Verhandlungen über neue und striktere Standards im Finanzbereich. Die Einigung über strenge internationale Finanzstandards führte zu einer mit internationalen Vorgaben kompatiblen Regulierung, welche für den Schweizer Finanzplatz hohe Stabilität, Glaubwürdigkeit und Transparenz bedeutete. Striktere Regeln bedeuteten aber auch hohe Kosten und einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Finanzplätzen.

Die Globalisierung liess das Wohlstandsniveau weltweit, vor allem aber in Entwicklungs- und Schwellenländern, ansteigen. Es konnten hingegen nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermassen davon profitieren. Bevölkerungsschichten mit tieferem Bildungsniveau stagnierten, der steigende Wohlstand konzentrierte sich auf wenige, und die Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften nahm zu. Auch zwischen den Staaten verteilte sich der wachsende Wohlstand ungleich.

Demokratiedefizite waren für die Entwicklung von Wohlstand in einigen Staaten, allen voran in Afrika und zunehmend auch in Asien, hinderlich. Auch in OECD-Staaten wuchsen die Einkommensdisparitäten, da die Löhne der Spitzenverdiener schneller anstiegen als diejenigen der anderen Einkommenskategorien.[6] Infolge der langjährigen Tiefzinspolitik der Zentralbanken westlicher Volkswirtschaften erhöhte sich zudem das Risiko von Inflation.

Vor dem Hintergrund des sich etablierenden Gouvernanzsystems konnte globaler Konsens zu einigen Schlüsselthemen gefunden werden, die sich in der Nachhaltigkeitsagenda der UNO (*Sustainable Development Goals*) niederschlugen. Angesichts des fortschreitenden multilateralen Freihandels fand eine Verbindung von Nachhaltigkeits- und Wirtschaftszielen statt. Die Anstrengungen wurden verstärkt, extreme Armut zu überwinden und Ungleichheit innerhalb und zwischen den Gesellschaften zu verringern.

Nach der Schuldenkrise in den EU-Mitgliedsländern wurden institutionelle Reformen eingeleitet und bis 2020 erfolgreich umgesetzt. Gleichzeitig profitierten die Volkswirtschaften der EU vom globalen Aufschwung. Mit dem Wachstum der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten stieg die wirtschaftliche Vernetzung innerhalb des EU-Binnenmarktes, und die Staatsquoten verkleinerten sich. Die vorhandenen finanziellen Mittel und der politische Wille ebneten den Weg für institutionelle Reformen. Somit wurden die Grundpfeiler für die Institutionalisierung eines Finanzausgleichsmechanismus zwischen den EU-Staaten verankert. Indem die Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft hoch gewichtet wurden, beeinträchtigte die Einwanderungskontingentierung die wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz nicht. Das Verhältnis der Schweiz zur gewandelten EU wurde mittels eines stabilen Arrangements geklärt. Mit dem Wachstum des europäischen Binnenmarktes stieg dessen Attraktivität als Absatzmarkt und Partner für die Schweizer Wirtschaft. Umgekehrt war die Schweiz aufgrund ihrer Expertise in Schlüsselindustrien auch für die Aussenwirtschaftspolitik der EU attraktiv. Es waren insbesondere innovations- und wertschöpfungsintensive Branchen wie die Maschinen-, Finanz-, Pharma- und Luxusgüterindustrie oder der Rohstoffhandel, die den global wachsenden Markt bedienten und dazu beitrugen, dass die Schweiz weiterhin überdurchschnittlich von der Globalisierung profitierte.

---

6 SS-EU 2012 = Institute for Security Studies, European Union (2012): European Strategy and Policy Analysis System (ESPAS) Global Trends 2030 – Citizens in an Interconnected and Polycentric World. Paris. http://www.iss.europa.eu (Stand: 24.11.2014), S. 75.

Die Wirtschaft in der Schweiz wuchs, und aufgrund des grossen Bedarfs an Arbeitskräften blieb die Arbeitslosenquote niedrig. Deshalb war die Wirtschaft auf die vermehrte Berufstätigkeit von Frauen sowie älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angewiesen. Dafür wurde die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Verlängerung des Erwerbslebens eine Voraussetzung. Ebenfalls wurden weiterhin Arbeitskräfte aus dem Ausland, sowohl aus Industrieländern als auch aus Schwellen- und Entwicklungsländern, rekrutiert. Durch die hohe Einwanderung, begünstigt durch den Abbau von Arbeits- und Einreisebeschränkungen für junge Ausländerinnen und Ausländer, konnte die demografisch bedingte Alterung der Gesellschaft etwas abgebremst werden. Aufgrund der guten hiesigen Wirtschaftslage kehrten vermehrt qualifizierte junge Auslandschweizerinnen und -schweizer zurück, was der Alterung der Gesellschaft zusätzlich entgegenwirkte.

Der technologische Fortschritt löste verschiedene Veränderungen aus, welche die bestehenden Globalisierungstrends weiter verstärkten. Die weltweite Verbreitung der IKT ermöglichte bisher unerreichten Teilen der Weltbevölkerung den Zugang zu Informationen und erleichterte die gesellschaftliche und politische Mobilisierung. Gleichzeitig eröffneten die neuen Technologien zusätzliche Formen der Produktion, des Vertriebs und der Konsumation kultureller Inhalte. Darüber hinaus war *Open-Source-Software* weit entwickelt, verbreitet und in internationalen Grossunternehmen und öffentlichen Institutionen etabliert. Die positiven Errungenschaften der technologischen Entwicklung erreichten die ärmsten Bevölkerungsgruppen weltweit jedoch nur mit Verspätung. Auch war die Anpassungsfähigkeit der Generationen an den schnellen technologischen Wandel unterschiedlich, und der digitale Graben vertiefte sich weiter.

In manchen Ländern konnte der Ausbau der Infrastruktur mit der rasanten Verbreitung von IKT kaum mithalten. Durch die zunehmende Datenmenge stiegen die Belastung und damit auch die Verwundbarkeit der IKT-Infrastruktur. Auf gesellschaftlicher Ebene warf die Digitalisierung Fragen im Bereich der Entfremdung zwischen Nutzern und Nichtnutzern von Kommunikationsmitteln und nach der Verdrängung des Datenschutzes, des problematischen IKT-Konsums, des Schutzes von Urheberrechten oder der Verdrängung des realen sozialen Umgangs durch virtuelle Gemeinschaften auf. Mit der zunehmenden Bedeutung des Internets für viele Lebensbereiche ging eine Häufung von Cybervorfällen einher. Aus diesem Grund wurden internationale Regelungen im Bereich des Datenschutzes und des Schutzes von Urheberrechten vereinbart.

Bei der Entwicklung neuster Technologien nahm die Schweiz eine Spitzenposition ein. Infolgedessen stellte sie ein attraktives Ziel für Wirtschaftsspionage dar. Um dem entgegenzuwirken, schufen staatliche und private Akteure Public-Private-Partnerships und Wissenspools mit dem Ziel, durch Austausch und Bündelung von Knowhow Schutz vor Cybervorfällen zu schaffen. Parallel zu den positiven Aspekten der Technologisierung hatten die Entwicklung und Verbreitung von neuen, potenziell gefährlichen Technologien global rasant zugenommen. Aufgrund von Entwicklungen im Bereich unbemannter Waffensysteme traten neue Formen der Kriegführung auf. Die Abklärung technologischer Risiken wurde stets anspruchsvoller, und ein kritisches Überdenken der Bedrohungslage der Schweiz war unerlässlich. Militärische Spitzentechnologie war verfügbar, aber kostspielig, infolgedessen sah sich die Schweiz bei Rüstungsbeschaffungen auch weiterhin zu Priorisierungen gezwungen.

Die internationale Klimapolitik erzielte mit einem Übereinkommen über bindende Klimaziele ab 2020 einen Erfolg. Die Etablierung effizienzsteigernder und CO_2-neutraler Technologien bei Produktion und Verbrauch hatte in der Schweiz dazu beigetragen, dass die nationalen Klima- und Emissionsreduktionsziele erreicht wurden und die Treibhausgas-Emissionen im Inland bis 2030 um über 30 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden konnten. Auf globaler Ebene schuf der institutionalisierte Handel von Emissionszertifikaten für Grossunternehmen Anreize, in die Forschung und Entwicklung von energieeffizienten Technologien zu investieren. Nichtsdestotrotz bedeutete die Steigerung des globalen Konsums und der Produktion von Gü-

tern auch eine Zunahme des Rohstoffverbrauchs. Mit der Verknappung der Rohstoffvorkommen ging eine sich akzentuierende Konkurrenz um Zugang und Nutzungsrechte einher. Besonders in Afrika und in kleinerem Ausmass auch in den rohstoffreichen Staaten Lateinamerikas war der Anstieg ausländischer Direktinvestitionen hoch. So stiegen die Energie- und die Nahrungsmittelpreise kontinuierlich, was sich in der Schweiz in einer Belastung der tieferen Einkommensschichten bemerkbar machte. Weiter schadete dieser Preisdruck ressourcen- und energieintensiven Wirtschaftsbereichen überproportional und führte zu einer Verlagerung des Wirtschaftswachstums auf Wirtschaftszweige, die von Rohstoffen unabhängiger und deren Produktionsweisen weniger energieintensiv sind.

2021-2030

Die Volkswirtschaften wurden in zunehmendem Mass vom Aussenhandel abhängig, und die wirtschaftliche Vernetzung stieg an. Die beschleunigte Globalisierung bedeutete jedoch nicht nur eine stärkere Integration der Volkswirtschaften. Aufgrund fortschreitender zwischenstaatlicher Interdependenz vermochten globale Krisen und Risiken schnell eine destabilisierende Wirkung zu entfalten. Einzelne Ereignisse konnten Unsicherheit, Kettenreaktionen und dadurch grosse Verluste an den Märkten auslösen. Staaten wurden daher durch terroristische Angriffe oder Zahlungsunfähigkeiten bedeutender Unternehmungen verwundbarer. Die Verbreitung von IKT machte es nichtstaatlichen Akteuren einfacher, sich zu organisieren, aktiv zu werden und grossen Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen.

In gewissen Staaten und Subregionen fand so eine Schwächung von Staatlichkeit und zwischenstaatlicher Ordnung statt. In Ländern mit Demokratiedefiziten, vor allem in Afrika und zunehmend auch in Asien, nahmen aufgrund der bestehenden Ungleichheiten bewaffnete Konflikte zu. Diese verhinderten die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder weitgehend.

Die zweite Ursache für Konflikte betraf die Konkurrenz um Rohstoffe, was vor allem Staaten in Afrika, aber auch in Lateinamerika und in Zentralasien, betraf. Auch in Europa brachen in wichtigen Transitländern für Erdgas und Erdöl, auch aufgrund historischer Spannungen und territorialer Konflikte, bewaffnete Auseinandersetzungen aus.

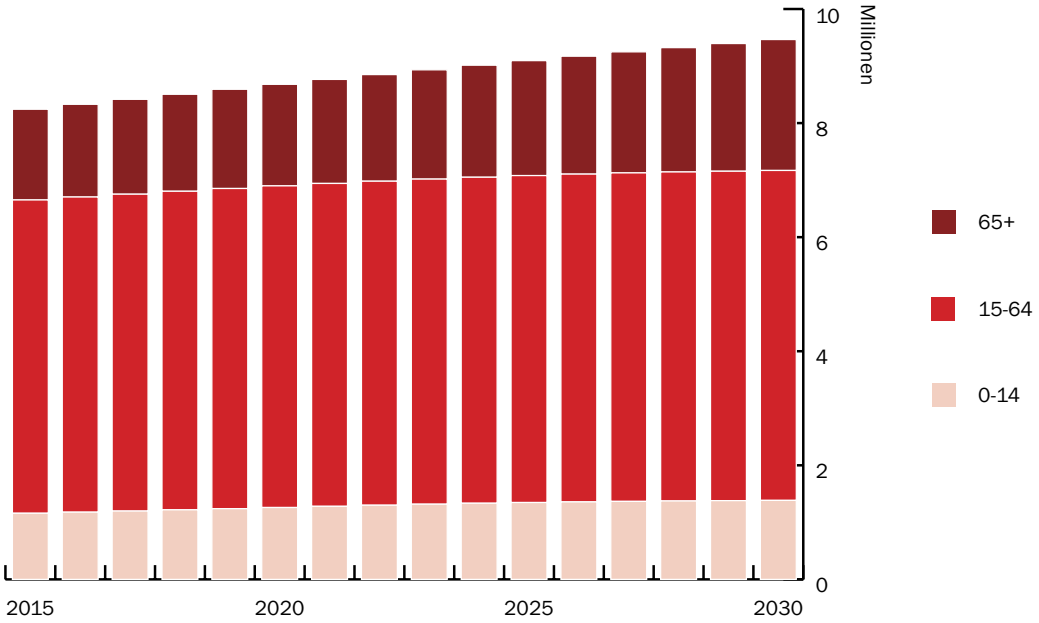
In der Schweiz waren ebenfalls Veränderungen spürbar: Aufgrund der technologischen Entwicklung wuchs das Bedürfnis nach einheitlichen rechtlichen Bestimmungen. Infolgedessen hatte der Bund neue Aufgaben im legislativen Bereich (bspw. Datenschutz, Urheberrecht) übernommen. Die damit einhergehende Zentralisierung schwächte die politische Dynamik zur Schaffung und Sicherung optimaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Weiter hatten die fortschreitende wirtschaftliche Verflechtung und die zunehmende Mobilität der Bevölkerung auch innerhalb der Schweiz zur Folge, dass die Bedeutung der Metropolitanregionen als Wirtschaftszentren zu-, die Bedeutung nationaler und administrativer Grenzen hingegen abnahm. Die rasche Anpassungsfähigkeit der Schweiz bei der Umsetzung von Freihandelsabkommen auf multilateraler Ebene und der Mitwirkung bei international bindenden Standards an diese Dynamik war gefordert.

Der Standortwettbewerb hatte zwischen Ländern, Regionen und städtischen Zentren zugenommen, weil durch den Freihandel und die Globalisierung die Zahl der Handels- und Finanzzentren stieg. Die Standortfaktoren der Schweiz, wie die wirtschaftliche und politische Sicherheit, das attraktive Steuersystem, stabile Sozialversicherungen und hochstehende Infrastruktur – zum Beispiel Bahn, Strassen, Kinderkrippen usw. – erhöhten ihre Attraktivität bis ins Jahr 2030. Aufgrund der stabilen Staatsfinanzen konnten entsprechende Investitionen für den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen getätigt werden. Den Standortvorteil im internationalen Steuerwettbewerb konnte die Schweiz in Übereinstimmung mit globalen Standards behalten und

sogar verstärken. Infolge der Zunahme der Hauptsitze global tätiger Unternehmen in der Schweiz stiegen die Steuereinnahmen weiter an.

Die Schweiz wurde als Wohn- und Arbeitsort für qualifizierte, aber auch für weniger qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland immer attraktiver. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Erwerbsbevölkerung stieg auf knapp einen Drittel[7]. Durch Einwanderung und Geburten erhöhte sich die Schweizer Wohnbevölkerung durchschnittlich um knapp 1 Prozent jährlich und belief sich auf rund 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2030. Der Anteil der über 65-Jährigen nimmt dabei stärker zu als die Anteile der übrigen Altersklassen (vgl. Abb. 1.1).

Abbildung 1.1: Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz nach Altersgruppen und Erwerbsbevölkerung (2015–2030)



Quelle: BfS 2010 = Bundesamt für Statistik (Hrsg.) (2010): Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010–2060 (hohes Szenario, B-00-2010)

Die Bevölkerungszunahme und das Wirtschaftswachstum führten vermehrt zu spürbaren Infrastrukturengpässen. Mittels neuer Verkehrssteuerungstechnologie konnte die Infrastrukturbelastung effizienter verteilt werden. Die gleichen Wachstumsfaktoren führten auch zu einem überhitzten Immobilienmarkt. Die Agglomerationen breiteten sich aus, und die wirtschaftlich dynamischen Metropolitanräume etablierten sich als Knoten der globalen Wirtschaft. Raumplanerisch blieb die Herausforderung, den zunehmenden Flächenverbrauch unter Berücksichtigung der Interessen der Natur, der Ernährungssicherung, des Heimatschutzes und der Denkmalpflege zu reduzieren. Dies setzte politische und wirtschaftliche Anreize zur effizienteren Nutzung der vorhandenen Bodenfläche. Raumplanerische Massnahmen trugen dazu bei, dass sich die Zersiedelung in der Schweiz gegen Ende der 2020er-Jahre etwas verlangsamte.

---

7 BfS 2010 = Bundesamt für Statistik (Hrsg.) (2010): Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010–2060 (hohes Szenario, B-00-2010).

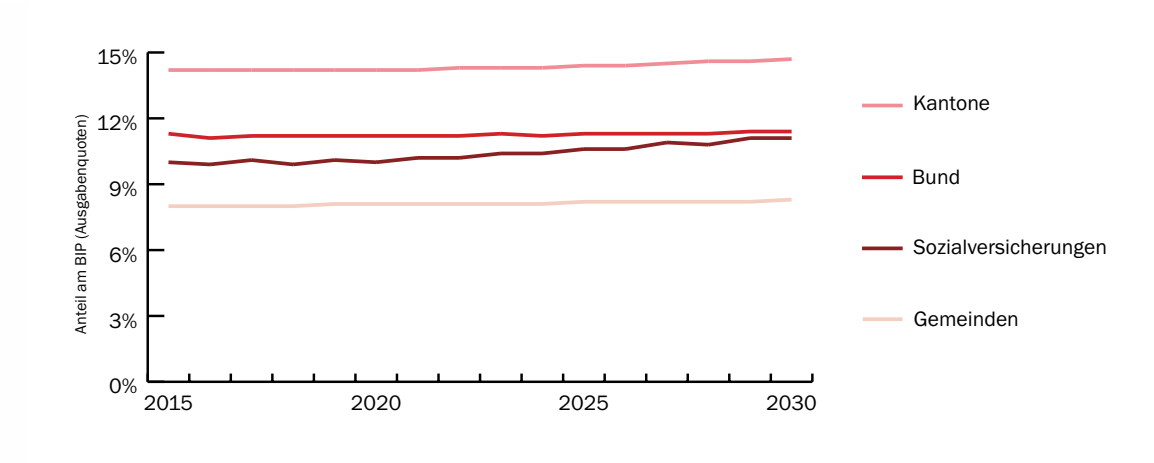
Die ökologisch verträgliche Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion im Inland war unter anderem aufgrund des technischen Fortschritts erfolgreich. Daneben wurde auch die Strategie verfolgt, den wachsenden Nahrungsmittelbedarf durch mehr Importe zu decken. Dies führte zu einer Sensibilisierung für die in der Schweiz hochstehenden Produktionsbedingungen sowie für das Phänomen des *land grabbing*.

Die Maturitätsquote stieg aufgrund des Bevölkerungswachstums und der wachsenden Bedeutung von Bildung in der Wissensgesellschaft. Dies resultierte in einer hohen Dichte an Hochschulen. Die Kehrseite dieser Entwicklung war, dass die Berufsbildung den Fachkräftebedarf auf Sekundarstufe II und in der nichtuniversitären Tertiärstufe nicht mehr decken konnte. Parallel dazu häuften sich Bildungsangebote in den Bereichen interkulturelle Kompetenzen und Fremdsprachen. Die Schweiz profitierte dabei von ihrer jahrhundertealten Multikulturalität und Sprachenvielfalt.

Angesichts des schnellen technologischen Fortschritts, hoher Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie neu geschaffener Arbeitsplätze gewannen der MINT- und der *Cleantech*-Bereich an Bedeutung. Dies erhöhte die Anziehungskraft der Ausbildungen in diesem Bereich. Die angesehene Hochschullandschaft der Schweiz mit guter Vernetzung zur Wirtschaft zog Studierende, Forschende und Fachkräfte aus dem Ausland an und machte die Schweiz für Forschung und Innovation attraktiv. Dank der Verbreitung von IKT haben insgesamt mehr Menschen Zugang zu Bildung erhalten und konnten Fremdsprachenkenntnisse erwerben.

Technischer Fortschritt und Automatisierung sowie steigende Konkurrenz und Verlagerung der Produktion ins Ausland senkten in verschiedenen Wirtschaftszweigen und Regionen der Schweiz den Bedarf an Arbeitskräften. Zu dieser Entwicklung beigetragen hat zu einem erheblichen Teil auch der ab Anfang der 2020er-Jahre breit etablierte automatische Informationsaustausch zwischen Maschinen oder Fahrzeugen, die *Machine-to-Machine Communication*, welche den menschlichen Faktor als Kontrollinstanz von Arbeitsabläufen ersetzt hat. So gerieten die Löhne und Arbeitsbedingungen insbesondere für wenig qualifizierte Arbeitskräfte abseits der Wirtschaftszweige und Berufsgattungen, die von der Globalisierung profitierten, unter Druck. Anstellungen wurden schneller durch beide Seiten gekündigt. Mehr temporäre und saisonale Arbeitsverträge wurden die Regel. Mitte der 2020er-Jahre arbeitete noch gut die Hälfte der Arbeitstätigen länger als drei Jahre beim gleichen Arbeitgeber, im Jahr 2030 sank dieser Wert auf einen Viertel. Insgesamt haben durch die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitswelt die Lohnungleichheiten zugenommen, gleichzeitig nahmen auch die Sicherheit und die Dauer der Arbeitsverhältnisse ab. Die Arbeitsverträge wurden als temporäre Anstellungen und über Subunternehmen abgeschlossen. In diesen Verhältnissen waren Beschäftigte für die Gewerkschaften zunehmend schwieriger zu erreichen. Ein wachsender Anteil der Bevölkerung war durch die technologischen und wirtschaftlichen Veränderungen marginalisiert, was die Ungleichheit in der Gesellschaft verstärkte. Diesem Ausschluss wurde durch zusätzliche Bildungsangebote sowie durch die Schaffung von Foren zum kulturellen Austausch entgegenzutreten versucht.

Abbildung 1.2: Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben der öffentlichen Hand in der Schweiz 2015–2030 (in Prozent des BIP)



Quelle: EFD 2012 = Eidgenössisches Finanzdepartement (Hrsg.) (2012): Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen in der Schweiz (hohe Migration, A-17-2010)

In den Jahren von 2020–2030 erreichte die geburtenstarke Generation der «Babyboomer» das Pensionsalter, was die Frage nach der Finanzierbarkeit der Sozialversicherungen in den Vordergrund rückte (vgl. Abb. 1.2).

Die Lohnschere vergrösserte sich, da insbesondere die oberen Einkommen anstiegen. Dadurch entfachte sich eine Debatte über eine Krise der Mittelschicht. Die Sozialversicherungen mussten für untere und mittlere Einkommen Kompensationsmassnahmen einführen. Dies produzierte soziale Spannungen und gefährdete den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit der Revision des Familienrechts wurde dieses ab 2020 an alternative Formen des Zusammenlebens angepasst. Die Möglichkeiten der externen familienergänzenden Kinderbetreuung hatten sich aufgrund der Bedürfnisse und der Mitfinanzierung der Privatwirtschaft in der Schweiz stark entwickelt und waren für die Eltern preisgünstiger geworden. Eine moderne Familienorganisation mit *dual-earn-* und *dual-care*-Ansatz bestimmte die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern.

Die Gesellschaft war multikulturell geworden. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie die zunehmende kulturelle Diversität in der Schweiz hatten bei Globalisierungsverliererinnen und -verlierern ein Erstarken der nationalen Identität, einen sogenannten *réflexe identitaire,* ausgelöst. Dies schürte die Spannungen zwischen der in- und der ausländischen Bevölkerung. Diese Entwicklungen führten tendenziell zu einer politischen Polarisierung auf der «Progressiv-Konservativ»-Achse und schwächten die Mitteparteien. Um den gesellschaftlichen Spannungen im Umgang mit der kulturellen Diversität zu begegnen, widmeten sich kulturelle Institutionen in der Schweiz vermehrt der Vermittlung von Sprachen, Traditionen und Kulturen der Schweiz wie auch der grösseren Einwanderergruppen. Die Mehrsprachigkeit der Schweiz war in diesem Kontext ein Vorteil und wurde durch die Förderung des Austauschs im Kulturbereich sowie durch eine Intensivierung des Sprachunterrichtes in den Schulen gepflegt.

Die globale durchschnittliche Lebenserwartung erhöhte sich. Moderne Diagnosemethoden ermöglichten chronisch kranken Patientinnen und Patienten eine längere Lebensdauer und trugen dazu bei, dass zunehmend mehr Krankheiten frühzeitig erkannt und behandelt werden konnten. Einhergehend mit der weltweit gesteigerten Mobilität nahm das Risiko von Pandemien zu. Mithilfe des technologischen Fortschritts und der internationalen Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen wurde der Entstehung und Verbreitung solcher Krankheiten präventiv entgegengetreten. Die Schweiz konnte dabei ihre Expertise einbringen.

Aufgrund des technologisierten Alltagslebens entstanden jedoch neue, komplexe Krankheitsbilder. Während die Gesellschaftsgruppe, der die positiven Aspekte dieser dynamischen Ära zugutekamen, einen gesundheitsbewussten Lebensstil pflegte, stellte sich bei den Einkommensschwächeren ein Gegentrend ein. Alterung, hohe Einkommen und globale Vernetzung führten in der Schweiz zu einer Auslagerung von Pflege und Betreuung begüterter Betagter ins Ausland. Dank einer leistungsfähigen Berufsbildung für Gesundheitsberufe standen genügend Fachkräfte zur Verfügung. Aufgrund der frühzeitig eingeleiteten strategischen Massnahmen hinsichtlich der oben beschriebenen Entwicklungen galt das schweizerische Gesundheitssystem im Jahr 2030 noch immer als eines der besten weltweit. Jedoch stellte die Zunahme von nichtübertragbaren Krankheiten im Zusammenhang mit der alternden Gesellschaftsstruktur eine grosse finanzielle Herausforderung für das System dar. Parallel zum öffentlichen Gesundheitssystem entwickelten sich private Angebote der Gesundheitsversorgung. In der Schweiz bewirkte die Technologisierung im Gesundheitswesen eine Zunahme der Hightech- und Spitzenmedizin.

Stockender Verkehr

Das Jahr 2030

Durch die Rivalität zwischen den USA und China ist die Welt in zwei Einflusssphären geteilt. Der bipolare Konflikt hat einen Wettlauf um Rohstoffe, Innovation und Prestige zur Folge. Dadurch fliesst viel Geld in Forschung und Entwicklung, weshalb die Technologisierung rasant vorangeht und eine grosse Wirkung entfaltet. Cybervorfälle häufen sich. Zusammen mit der Zunahme der globalen Instabilität und bewaffneter Konflikte führt dies zu einer Erhöhung der Bedrohungslage für die Schweiz. Die transatlantischen Bindungen zwischen den USA und der EU manifestieren sich in einem bilateralen Freihandelsabkommen. Nach erfolgreichen strukturellen Reformen erfährt die EU wirtschaftlichen Aufschwung, und der Zusammenhalt unter den Mitgliedstaaten ist gestärkt. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU verschlechtern sich. Die schwache wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz setzt die Exportbranche stark unter Druck.

Die Alterung der Gesellschaft in der Schweiz beschleunigt sich. Durch Verlängerung der Lebensarbeitszeiten wird versucht, dem finanziellen Druck auf die Sozialversicherungen zu begegnen. Gleichzeitig entwickeln sich alternative Arbeitsmodelle, die sich den Bedürfnissen der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anpassen. Der Anteil der Vollzeitangestellten und der erwerbstätigen Frauen nimmt zu. Die Frauen steigen schneller und häufiger in verantwortungsvolle Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf. Jedoch entstehen infolge der geringen Einwanderung von Arbeitskräften, der Finanzierungsengpässe der privaten Haushalte und des Angebotsmangels auch Lücken bei der externen familienergänzenden Betreuung von Kindern sowie bei der Betreuung älterer und hilfsbedürftiger Menschen. Die Alterung der Gesellschaft benötigt mehr Personal in der Betreuung. Da die *Care*-Arbeit in der Familie oftmals Frauen zufällt, entsteht eine Konkurrenzsituation zwischen Berufsarbeit und *Care*-Arbeit. Dies bedeutet oftmals eine Doppelbelastung der Frauen. Eine der Folgen davon ist, dass die Geburtenrate in der Schweiz weiter sinkt.

Die steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise und die schwächere wirtschaftliche Vernetzung setzen in der Schweiz Anreize, den Energieverbrauch zu vermindern und im Inland mehr Lebensmittel zu produzieren. Dank dem vorhandenen technologischen Knowhow und einschneidenden Regulierungen kann die Energieeffizienz beispielsweise hinsichtlich Mobilität oder Wohnen stark ausgebaut werden.

2015–2020

Sowohl China als auch die USA investierten weiterhin stark in den Technologiebereich. Die Rivalität um Rohstoffe sowie die militärische Aufrüstung resultierten in einem eigentlichen technologischen Wettlauf. Der langjährige Gasliefervertrag (Abkommen von Shanghai) zwischen China und Russland trat Ende der 2010er-Jahre in Kraft und bildete eine Basis für die Annäherung der beiden Staaten. Während sich China im Pazifik in der Taiwanfrage von den USA bedroht sah, hegte Russland ähnliche Befürchtungen bei der wahrgenommenen Ausdehnung der NATO in Europa. Der Ost-West-Graben in Europa vertiefte sich.

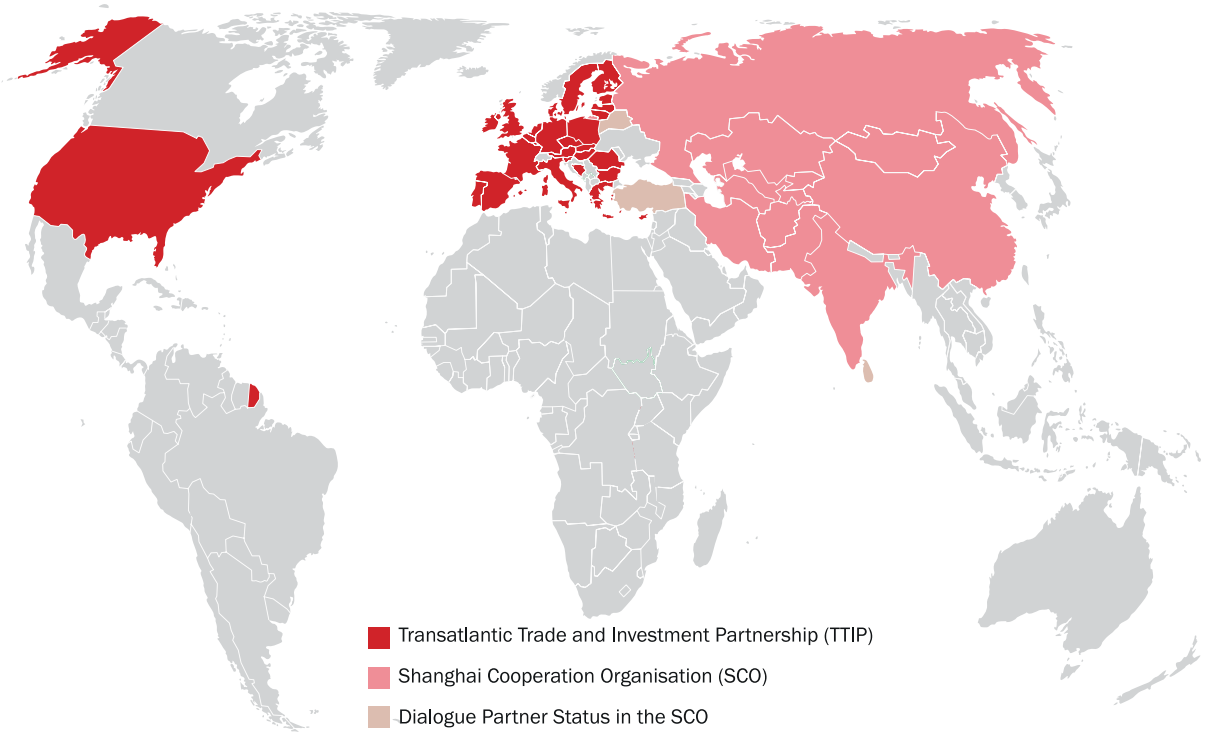
Der Rüstungswettlauf bewirkte, dass die USA und China in ambitionierte Forschungsprogramme investierten. Technologiesprünge wurden jedoch nicht nur von staatlicher Seite gefördert. Private Akteure steigerten ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung, um im Wettlauf um knappe Rohstoffe oder um Marktanteile ihre Position behalten zu können.

Die Bedrohungslage im IKT-Bereich hatte sich für die Schweiz aus zwei Gründen verschärft. Zum einen stieg mit den rasanten Entwicklungen im IKT-Bereich die Verletzlichkeit der kritischen Infrastrukturen. Zum anderen waren aufgrund der schwachen internationalen Kooperation im Bereich der Cybersicherheit der Austausch von Knowhow und die Entwicklung von Sicherheitstechnologien erschwert. Die Häufung von Cybervorfällen beschleunigte die Entwicklung und Verbreitung weit fortgeschrittener kryptografischer Technologien. So waren immer mehr Privatpersonen und Unternehmen in der Lage, ihre Kommunikation zu verschlüsseln. Im Gegenzug trieben Staaten die Entwicklung von Rechenkapazitäten zur Entschlüsselung dieser Kommunikation weiter voran. Dadurch machte die Entwicklung von Quantencomputern grosse Sprünge.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien waren weitgehend entweder für die Infrastruktur im Westen oder aber für jene im Osten konzipiert. Besonders im Internet stellten die unterschiedlichen Sprachen und Internet-Standards Barrieren für die Verbreitung von Informationen zwischen West und Ost dar. Zwischenstaatliche Konflikte wurden digital ausgetragen, und Cybervorfälle, Datendiebstahl und -manipulation sowie Sabotage nahmen zu.

Das wirtschaftliche Wachstum von China setzte sich fort, weil gute Bedingungen für die Güterproduktion vorhanden waren. Gegenüber den meisten Ländern wies China eine positive Aussenhandelsbilanz auf. China nutzte die Möglichkeiten, seinen Einfluss im asiatisch-pazifischen Raum auszubauen und im Rahmen einer Freihandelszone zu festigen. Wirtschaftlich und kulturell nahm der Einfluss von China zu, einerseits durch den Export von Gütern, andererseits durch die chinesische Diaspora, welche die Ökonomie beispielsweise auf den Philippinen, in Myanmar, Indonesien, Thailand, Malaysia oder Singapur stark beeinflusste. Die Konflikte Chinas mit den Pazifikstaaten Malaysia, Vietnam, Japan, den Philippinen und Südkorea eskalierten, und die USA verstärkten ihre Präsenz mit eigenen zusätzlichen Marinebasen und Flugzeugträgern. Gleichzeitig blieben die USA als Weltmacht stark, einerseits im militärischen Bereich, andererseits über die Vorreiterrolle der amerikanischen Universitäten in Forschung und Innovation, aber auch durch den Export von Populärkultur. Die USA und Europa konnten ihre wirtschaftliche Vernetzung mit der *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) weiter vertiefen, das gegen Ende der 2010er-Jahre in Kraft getreten war (vgl. Abb. 2.1).

Abbildung 2.1: Freihandelsabkommen und Einflusssphären



Mitglieder der SCO waren im Jahr 2015: China, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan.
Bis ins Jahr 2030 sind die folgenden Staaten der SCO beigetreten: Afghanistan, Indien, Iran, Mongolei, Pakistan, Turkmenistan

Die EU hatte die Bewältigung der wirtschaftlichen Herausforderungen der Nuller- und der 2010er-Jahre mithilfe von strukturellen Reformen weitgehend erfolgreich umgesetzt. Gleichzeitig profitierte der EU-Binnenmarkt vom Freihandelsabkommen mit den USA. Nebst den strukturellen Massnahmen trug der wirtschaftliche Aufschwung dazu bei, dass die EU-Mitgliedstaaten ihren Zusammenhalt konsolidierten. So legte die EU den Fokus ihres politischen Handelns mehr auf die Bewältigung innerer Herausforderungen als auf die Übernahme einer Führungsrolle auf multilateraler Ebene oder auf eine geografische Erweiterung. Die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz verschlechterten sich. Schweizerinnen und Schweizer hatten dadurch grössere Schwierigkeiten, eine Arbeitsanstellung auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu finden. Dies trug dazu bei, dass sich die weltweite Verteilung der Auslandschweizergemeinschaft veränderte und Europa als die Region mit der traditionell grössten Gemeinschaft als temporäres oder langfristiges Auswanderungsland erheblich an Bedeutung verlor. Da die EU vor der Schweiz ein Freihandelsabkommen mit den USA abschliessen konnte, ergaben sich für die Schweiz erhebliche Wettbewerbsnachteile. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA verliefen schleppend und resultierten bis 2020 in keinem Abschluss. Schweizer Firmen in der Exportbranche gerieten infolge der schwachen wirtschaftlichen Vernetzung vermehrt unter Druck, und aufgrund der begrenzten Einwanderung fehlte es an Fachkräften. Die schwache Vernetzung der Schweiz beeinträchtigte auch den hiesigen Finanzplatz. Dessen Bedeutung im Weltfinanzsystem nahm ab, und der Unternehmensstandort Schweiz basierte vor allem noch auf der politischen Stabilität sowie der Währungsstabilität. Das Wachstum der Schweizer Wirtschaft verlangsamte sich, was in tieferen Steuereinnahmen und Finanzierungsengpässen bei den Sozialversicherungen resultierte.

2021–2030

Im Pazifik standen sich zwei Grossmächte gegenüber, die zwar nach wie vor wirtschaftlich voneinander abhängig waren, untereinander aber in Konkurrenz standen. Dies manifestierte sich bei der Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen: Das Ringen zwischen den beiden Grossmächten um Einfluss auf rohstoffreiche Staaten in Afrika, auf der arabischen Halbinsel und in Zentralasien nahm zu.

Beide Seiten unterstützten verdeckt oder offen Staatsstreiche und Bürgerkriege. Unter anderem aus Rohstoffinteressen vertiefte China seine Beziehungen zum Iran, und beide schlossen Verträge über wirtschaftliche Zusammenarbeit ab. Die US-amerikanisch-chinesischen Spannungen verliefen parallel zu einem Wiedererstarken der Ost-West-Konflikte in Europa. Die transatlantischen Bindungen zwischen den USA und Europa wurden intensiver gepflegt, die Abgrenzung zu Russland weiter verstärkt. Die militärische und sicherheitspolitische Entwicklung zwischen der EU und Russland verschlechterte sich. Als Gegengewicht zur wahrgenommen Ausdehnung der NATO in Europa verfestigte sich die strategische Partnerschaft zwischen Russland und China. Auf regionaler Ebene erstarkte die Kooperation im Rahmen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) (vgl. Abb. 2.1). In dieser Organisation wurde die wirtschaftliche und politische Kooperation zwischen China, Russland und weiteren zentralasiatischen Staaten geregelt. Russland war insbesondere wegen seiner Reserven an Erdgas, Kohle und Uran für China interessant und erweiterte in der Folge seine Verträge über den Rohstoffhandel mit China. Die Weltmarktpreise für Rohstoffe stiegen an. Dies hatte zwei Ursachen: Zum einen erhöhte die geopolitische Instabilität und der Unterbruch von Energielieferungen als Druckmittel die Unsicherheit bei der Energieversorgung. Zum anderen war die Weltbevölkerung insgesamt gewachsen. Darum nahm auch die Nachfrage nach Rohstoffen weiter zu.

Insbesondere die Nahrungsmittelpreise stiegen stark an. Langfristig gesehen profitierten Volkswirtschaften in Agrarstaaten mit funktionierenden Strukturen von diesem Anstieg; Investitionen in die eigene Produktions- und Verarbeitungskapazität wurden begünstigt. Armut und Ungleichheit in diesen Ländern konnte so reduziert werden. In Staaten mit einem akuten Demokratiedefizit hingegen verschärfte sich die Ungleichheit durch die höheren Nahrungsmittelpreise. Dadurch häuften sich Unruhen und Aufstände. Multinationale Institutionen waren aufgrund der Grossmachtpolitik weniger handlungsfähig, um akute Mangelsituationen aufzufangen. Die Folgen der Klimaerwärmung akzentuierten diese Probleme, deshalb nahm auch die Zahl der Flüchtlinge weltweit zu. Die Schweiz war für Flüchtlinge weiterhin ein wichtiges Zielland.

In rohstoffreichen Ländern, in denen Ungleichheit und Instabilität herrschten, richtete sich der Unmut sowohl gegen die korrupten Regierungen als auch gegen ausländische Rohstoff- und Infrastrukturfirmen. Um die Standortattraktivität und das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden, wurde die Durchsetzung von Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards für unternehmerische Aktivitäten von staatlicher Seite nicht stark verfolgt. Auch in der westlichen Zivilgesellschaft machte sich zunehmend Kritik am Rohstoffsektor bemerkbar. Weiter stellte die Präsenz von wohlhabenden Geschäftsleuten aus rohstoffreichen Ländern mit autoritären Regimes ein Risiko für die Schweiz dar.

Die geopolitische Instabilität und der Wettlauf um Rohstoffe boten der organisierten Kriminalität günstige Bedingungen. Die Rohstoffknappheit machte illegalen Abbau und Schmuggel lukrativ. Die sich häufende Seepiraterie mit Überfällen auf Öl- und Frachtschiffe gefährdete die internationalen Handelswege. Die Rivalität der Grossmächte erschwerte die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung dieser Organisationen. Die Schweiz war zunehmend Rückzugsgebiet und logistische Basis für kriminelle Aktivitäten, der Missbrauch des hiesigen Finanzplatzes für illegale Transaktionen häufte sich. Kriminelle Organisationen versuchten so, in Wirtschaftsbereiche auch in der Schweiz vorzudringen. Die fortschreitende Digitalisierung produzierte eine immer grösser werdende Menge an Daten, die gespeichert und verarbeitet werden muss-

te. Der Zugang zu Daten und deren Speicherung warf neue Fragen im Bereich Datenschutz und Informationssicherheit auf. International gültige rechtliche Standards für die Datenbearbeitung durch Private und Behörden konnten sich aufgrund der mangelnden internationalen Kooperation nicht durchsetzen. Die Schweiz etablierte sich aufgrund ihrer Datenschutzbestimmungen, ihrer geografischen Lage und ihrer politischen wie rechtlichen Stabilität als Standort für Rechenzentren. Die Abhängigkeit von Rechenzentren und Datennetzen war vergleichbar mit der Abhängigkeit von Wasser und Strom, die Verletzlichkeit von kritischen Infrastrukturen nahm zu.

Die geopolitische Instabilität erhöhte auch die Bedrohungslage für die Schweiz aufgrund der Gefahr durch Terrorismus, Piraterie oder der Gefährdung von Schweizer Bürgerinnen und Bürger und von deren Vermögenswerten im In- und Ausland. Im Bereich der Waffen- und Rüstungstechnik kam es zur unkontrollierten Verbreitung moderner Präzisionswaffen. Als Folge der Beschränkung des Zugangs der Schweiz zum europäischen Rüstungsmarkt erschwerte sich die Aufrechterhaltung der Landesverteidigung vorübergehend, und bei der Rüstungsbeschaffung ergab sich eine Diversifizierung. Die aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage in Europa notwendige Anpassung der sicherheitspolitischen Instrumente wurde sehr spät und nur zögerlich eingeleitet.

Der Technologiewettlauf beschränkte sich keineswegs auf Rüstungs- oder Raumfahrtprogramme. Er erstreckte sich auf die Bereiche der Energietechnologien, der IKT oder der Bio- und Nanotechnologie. Dabei erzielten die Unternehmen dieser Branche bemerkenswerte Fortschritte. Die Effizienz erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe wurde laufend verbessert (der Energieverbrauch in der Schweiz pro Kopf nahm seit Ende der 1990er-Jahre konstant ab, vgl. Abb. 2.2). Neue Technologien und Substanzen schufen allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nicht beurteilbare Umweltgefahren. Die niedrige wirtschaftliche Vernetzung verschlechterte die Bedingungen für innovative KMU bei Forschung und Entwicklung, da die Teilnahme an grenzüberschreitenden Forschungsprogrammen schwieriger wurde. Die Attraktivität der akademischen Ausbildung war durch die erschwerte internationale Mobilität etwas geschmälert. Die Berufsbildung war demgegenüber durch die Arbeitsmarktnähe und die flexible Gestaltung der Ausbildungen etwas im Vorteil.

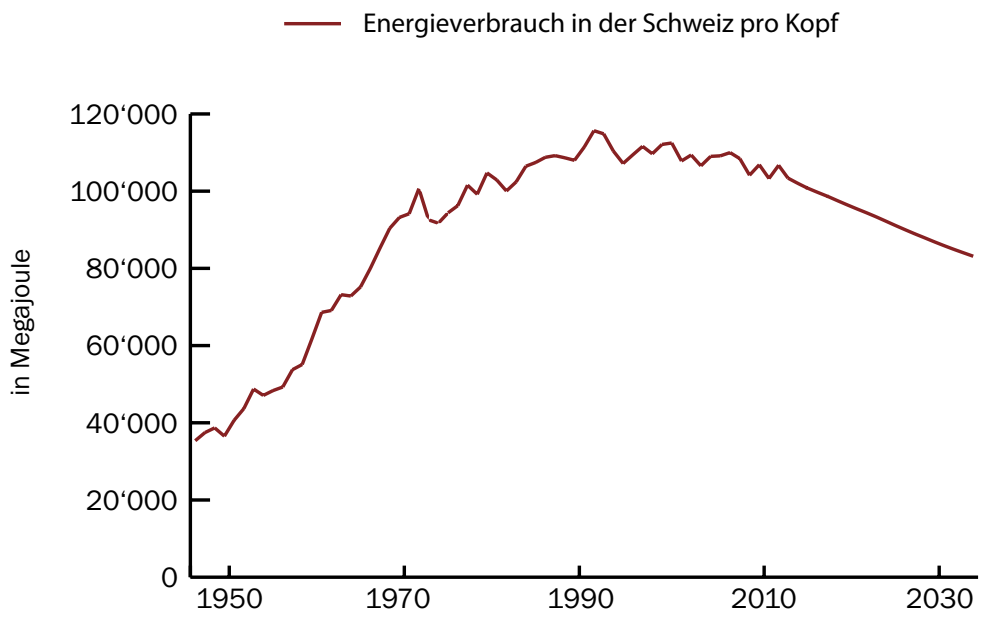
Die Technologisierung veränderte die Arbeitswelt. Die Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stiegen, die Vereinbarkeit des Berufs- mit dem Privatleben wurde schwieriger. Die Arbeit wurde ortsunabhängiger und damit auch flexibler. Im Privaten häuften sich informelle Kontakte, während die Einbindung beispielsweise in Vereinen weiter abnahm. Durch die angespannte wirtschaftliche Situation nahmen hingegen in der Schweiz das Bedürfnis nach Sicherheit und Gemeinschaft sowie die Rückbesinnung auf traditionelle Werte zu. Alternative Formen des Zusammenlebens wurden häufiger: So lebten mehr Menschen in Mehrgenerationen- und Mehrfamilienhaushalten oder in Patchwork-Familien.

Die Geburtenrate in der Schweiz sank in den Jahren 2015–2030 weiter. Gleichzeitig schied zwischen den Jahren 2015–2025 die grösste Altersgruppe, die «Babyboomer»-Generation, aus dem Erwerbsleben aus. Während die Einwanderung aus dem EU-Raum abnahm, war die Schweiz für Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten im Raum Afrika, Asien und Lateinamerika weiterhin ein interessantes Zielland. Migration schob hingegen die Probleme einer alternden Gesellschaft lediglich auf. Um Engpässe aufzufangen, wurde versucht, durch weitere Reformen der Altersvorsorge und Verlängerung der Lebensarbeitszeit den Druck auf die Sozialversicherungen abzumildern. Dafür hatten die Arbeitgeber alternative Arbeitsformen entwickelt. Voll- oder Teilzeitarbeit wurde den Bedürfnissen der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angepasst. Gleichzeitig waren mehr Frauen berufstätig und arbeiteten vermehrt Voll- statt Teilzeit. Dies führte zunächst zu einer signifikanten Doppelbelastung der Frauen, denn die Strukturen, welche vor allem

die Betreuung von Kindern und hilfsbedürftigen Personen übernehmen konnten, mussten erst ausgebaut werden.

Von der Alterung der Gesellschaft und der niedrigen Einwanderung von Fachkräften war insbesondere der Gesundheitssektor betroffen. Eine Verstärkung der Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich war nötig. Da sich die Lebenserwartung der Bevölkerung erhöhte, stieg die Nachfrage nach Betreuungs- und Pflegemodellen, die an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst waren. Pflege- und Betreuungsarbeit wurde vermehrt ins Ausland ausgelagert. Um die Personalknappheit auszugleichen, wurde durch den Einsatz moderner Technologie die Effizienz und Wirksamkeit medizinischer Leistungen erhöht. Patientendossiers wurden nur noch elektronisch geführt. So fand der Kontakt zwischen Patientinnen und Patienten und medizinischen Fachpersonen zunehmend virtuell per Telemedizin statt. Hoch spezialisierte und personalisierte Medizin kamen ebenfalls vermehrt zur Anwendung.

Abbildung 2.2: Energieverbrauch in der Schweiz pro Kopf 1950–2030



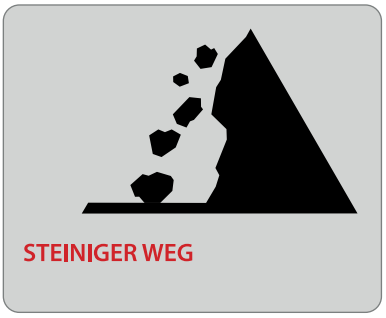
Quelle: Prognos, 2012, in: BFE 2013 = Bundesamt für Energie (Hrsg.) (2013): Energieperspektiven 2050, Zusammenfassung (Szenario «Politische Massnahmen» ohne internationalen Flugverkehr, ohne statistische Differenz)

Aufgrund der relativ tiefen Einwanderung erfuhr die Nachfrage nach Wohnraum in der Schweiz eine gewisse Dämpfung. Daher entspannte sich die Situation bei den Bodenpreisen. Allerdings wurde damit auch der Druck auf eine Minimierung des Bodenverbrauchs kleiner. Die Tendenz, von der Stadt in die Agglomeration zu ziehen, setzte sich fort. So siedelten sich auch kleine und mittlere Technologieunternehmen vermehrt in ländlichen Gebieten an.

Die schwache wirtschaftliche Vernetzung und der Anstieg der Rohstoffpreise bewirkten ein Abflachen der Energienachfrage in der Schweiz. Ein Ausbau der erneuerbaren Energien half, den Anteil an inländischer Stromproduktion zu erhöhen. Kleinstkraftwerke und intelligente Netze optimierten den Stromverbrauch. Stromproduktion und -verbrauch wurden dezentral. Auch auf der Verbrauchsseite wurde die Energieeffizienz insbesondere im Gebäude- und im Mobilitätsbereich verbessert.

Im Bereich der Versorgung mit Nahrungsmitteln zeigte die u. a. aufgrund des technologischen Fortschritts erfolgreiche ökologisch verträgliche Intensivierung Erfolge. Zudem wurde auch vermehrt in die Produktion ausserhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Städten, bekannt als *urban farming*, investiert. Ebenso führten die hohen Rohstoffpreise dazu, dass die Anstrengungen verstärkt wurden, Materialkreisläufe zu schliessen: Beispielsweise wurde aus Abwasser Phosphor wiedergewonnen, Biogas produziert und Dünger hergestellt.

Steiniger Weg



Das Jahr 2030

Die Welt ist in voneinander abgetrennte Regionen segmentiert, die von jeweils einer Regionalmacht dominiert werden. So verfolgt beispielsweise Brasilien seine Hegemonialpolitik in Lateinamerika, Russland in Zentralasien, China im asiatisch-pazifischen Raum, Indien auf dem Subkontinent und Südafrika im mittleren und südlichen Afrika. Der EU-Wirtschaftsraum verliert an Zusammenhalt und an Macht. Auch die USA kämpfen mit wirtschaftlichen und innenpolitischen Herausforderungen. Die einzelnen Regionalmächte schliessen rasch wechselnde Allianzen ab, und führen untereinander Handelskonflikte. Entsprechend sind die geopolitischen Machtverhältnisse instabil. Der Zugang zu Ressourcen (Wasser, Boden etc.) und Rohstoffen wird dabei als Druckmittel eingesetzt. Daher und aufgrund des globalen Bevölkerungswachstums sind die Energiepreise weltweit hoch. Die Weltwirtschaft wird von abgeschotteten nationalen und subregionalen Märkten dominiert. Die Weltkonjunktur verharrt auf tiefem Niveau, was auch das Wirtschaftswachstum in der Schweiz beeinträchtigt. Infolge der schwierigen wirtschaftlichen Situation geht das Vertrauen in grosse internationale Gebilde zunehmend verloren, und die Bedeutung der Nationalstaaten nimmt zu.

Die Schweiz ist aufgrund des erschwerten Freihandels stark auf den Binnenmarkt fokussiert. In diesem Umfeld ist sie wirtschaftlich schwach vernetzt, denn viele Freihandelsabkommen konnten nicht abgeschlossen oder erneuert werden. Bestehende Abkommen verlieren an Bedeutung. Durch die angespannte Wirtschaftslage steigt auch die Arbeitslosigkeit. Dadurch sinkt die Attraktivität der Schweiz als Einwanderungsland, und die Geburtenrate nimmt weiter ab. Da nur wenige jüngere Arbeitskräfte in die Schweiz einwandern, nimmt die Alterung der Gesellschaft und damit der Druck auf den Sozialstaat zu. Dieser Druck führt zu einem sozialen Milizsystem und einem wiederentdeckten Gemeinschaftsgefühl auf lokaler Ebene.

Infolge der fortdauernden Wirtschaftskrise fehlen die finanziellen Mittel für die bisher führenden Technologie- und Forschungsstandorte. Zudem hemmen die schwache zwischenstaatliche Vernetzung und dementsprechend das hohe Spionagerisiko technologischen Fortschritt und Innovation weltweit. Der Mangel an hochqualifizierten Forscherinnen und Forschern aus dem Ausland verstärkt diesen Trend auch in der Schweiz.

2015–2020

Gegen Ende der 2010er-Jahre war die Weltordnung multipolar und von wechselnden internationalen Koalitionen geprägt. Nationale Interessen der regionalen Hegemonialmächte wurden stärker gewichtet als internationale Regeln. Untereinander standen die Regionalmächte in Konkurrenz, und sie steckten ihre Einflusssphären ab. Politiker besannen sich auf ihre nationalen Wurzeln, um ihre innenpolitische Position zu festigen. Die Regionalmächte hatten grosses Interesse, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und zu kontrollieren, wofür das Internet und soziale Medien ein Hindernis darstellten. So kam es, dass die Bevölkerung einzelner Staaten oder Gebiete physisch vom Internet getrennt wurde. Im jeweiligen Einflussbereich

der Regionalmächte entwickelte sich als Ersatz eine Anzahl geschlossener Netze, in denen nur Inhalte zugänglich waren, die von den Staaten und kommerziellen Anbietern kontrollierte wurden.[8]

Wo immer die Einflusssphären der Regionalmächte sich überlappten, kam es zu regional begrenzten politischen und militärischen Konflikten, wie beispielsweise im südchinesischen Meer, im Schwarzmeer-Gebiet, am Horn von Afrika oder im Nahen und Mittleren Osten. Im Zentrum dieser Konflikte standen die Kontrolle von Ressourcen, die Verbreitung des rechten Glaubens, der Zugang zu Absatzmärkten für Exportprodukte und der Ausbau der eigenen regionalen Vormachtstellung. Der Zugang zu Rohstoffen und Transportrouten wurde dabei auch als Druckmittel eingesetzt, beispielsweise im Energiesektor, was für die Märkte und für die Weltwirtschaft empfindliche Schocks bedeutete. Der Konflikt zwischen den Regionalmächten Saudi Arabien und Iran wirkte sich radikalisierend auf die Gemeinschaft der Sunniten und Schiiten in Mesopotamien, am Mittelmeer und auf der arabischen Halbinsel aus. Dies hatte ein Erstarken des politischen Islam zur Folge.

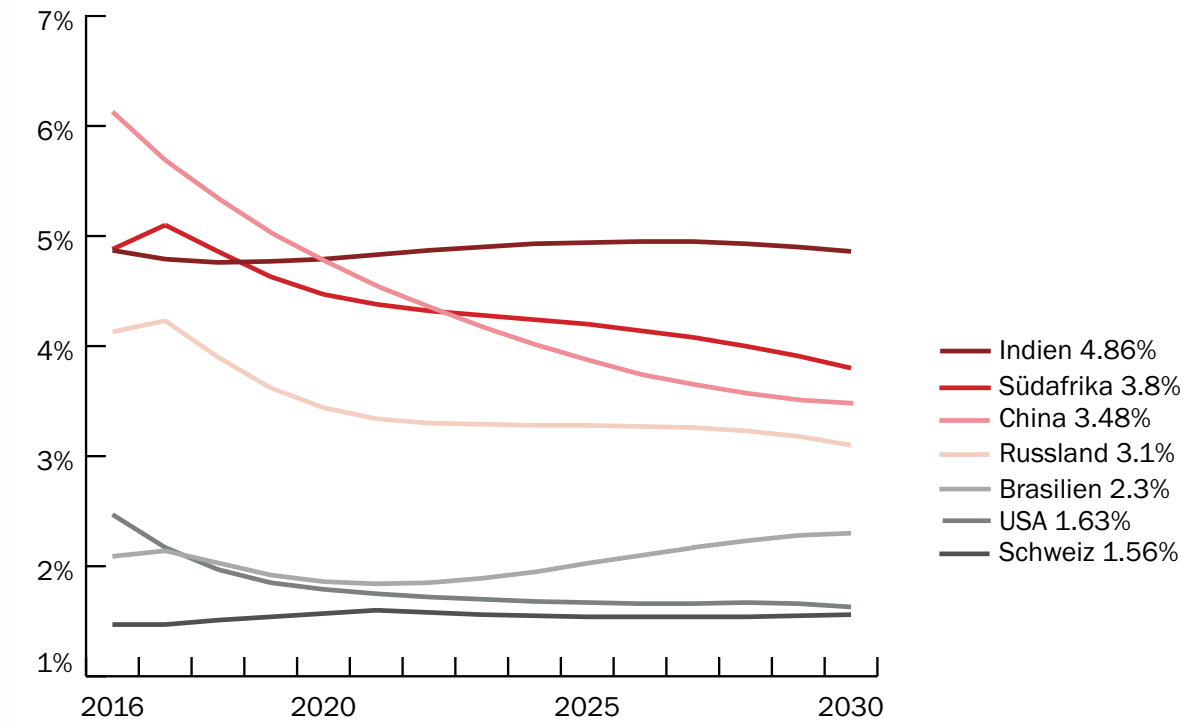
Islamistische Kreise auf der ganzen Welt versuchten, soziale und rechtliche Normen zu ändern, sodass sie kompatibel mit ihrer Weltanschauung wurden. Diese Normen standen im Widerspruch sowohl zu bestehendem Schweizer Recht als auch zu einem modernen Verständnis der Menschenrechte. Die fortwährende Instabilität im Irak und in Syrien führte zu Wellen von Kriegsflüchtlingen aus dem arabischen Raum, die um Aufnahme in Europa ersuchten. Regionale Konflikte in Nord- und Subsahara-Afrika liessen die globalen Flüchtlingsbewegungen weiter anwachsen.

Durch das starke Bevölkerungswachstum in den Schwellenländern stiegen der Energieverbrauch und die Energiepreise auf dem Weltmarkt an. Länder, welche Energieträger exportieren, konnten von dieser Entwicklung profitieren. Die hohen Energiepreise bremsten hingegen das Wirtschaftswachstum in energieimportierenden Staaten. In der EU und den USA, die beispielsweise viel Uran importierten, verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum. Profitieren konnten jedoch Uranexporteure wie Brasilien, China, Indien, Russland und Südafrika, aber auch Staaten in deren Einflussgebiet, wie zum Beispiel Kasachstan und Namibia. Die hohen Rohstoffpreise führten zu steigenden Konsumentenpreisen in den Abnehmerländern und erhöhten in den enerigeimportierenden Staaten das Risiko für Inflation. Bei den Energieexporteuren generierten die hohen Preise einen Leistungsbilanzüberschuss, der den Wechselkurs in die Höhe trieb und die Konkurrenzfähigkeit der übrigen (Export-)Wirtschaft auf dem Weltmarkt unterminierte.

---

8 ISS-EU 2012 = Institute for Security Studies, European Union (2012): European Strategy and Policy Analysis System (ESPAS) Global Trends 2030 – Citizens in an Interconnected and Polycentric World. Paris. http://www.iss.europa.eu (Stand: 24.11.2014), S. 37.

Abbildung 3.1: Entwicklung des jährlichen BIP-Wachstums in Prozent - Vergleich der Schweiz, der USA und der BRICS-Staaten (2016-2030)



Quelle: OECD 2013 = Organisation for Economic Cooperation and Development (2014): Economic Outlook No 95 - May 2014 - Long-term Baseline Projections (BIP-Volumen, kaufkraftbereinigt in USD 2005)

Durch die Finanzkrise und die darauf folgenden Wirtschaftskrisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts verschlechterte sich die Wirtschaftslage in den westlichen Volkswirtschaften. Die Tiefzinspolitik der Zentralbanken dieser Staaten destabilisierte die Währungen zusätzlich, und es entstand Inflation. In den USA und in vielen Euroländern nahm aufgrund von tiefen Steuereinnahmen die Staatsverschuldung zu. Dazu kamen strukturell bedingte Wachstumsprobleme. Ihr finanzieller Spielraum und ihre Wirtschaftsmacht nahmen ab. Gleichzeitig gewannen regionale Wirtschaftsmächte wie die BRICS-Staaten an Bedeutung. Im Vergleich zu den Volkswirtschaften im Westen wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der regionalen Wirtschaftsmächte stärker (vgl. Abb. 3.1). Das Wachstum der regionalen Wirtschaftsmächte war aber aufgrund der beschränkten Möglichkeiten zum Export auf dem Weltmarkt gehemmt. Dank der wachsenden Bevölkerung, vor allem der Mittelklasse, konnten Produktion und Konsum gesteigert werden. Zudem schaffte die protektionistische Politik in jenen Staaten günstige Rahmenbedingungen für die inländische Wirtschaft oder versorgte sie direkt mit Finanzhilfen.

Die Regionalmächte kontrollierten die für die Produktion benötigten Rohstoffe und Energieträger, weil sie teilweise bereits auf dem eigenen Staatsgebiet, ansonsten aber in ihrer Einflusssphäre, zu günstigen Bedingungen verfügbar waren. Exportprodukte aus Schwellenländern stellten eine starke Konkurrenz zu westlichen Produkten dar. So wies beispielsweise China eine positive Aussenhandelsbilanz gegenüber den USA und Europa auf und akkumulierte auf diese Weise Devisen. Diese konnte es den verschuldeten westlichen Staaten als Kredite anbieten. Neue Zentren der Weltwirtschaft entstanden, was den Konkurrenzdruck auf den Finanzplatz Schweiz im Weltfinanzsystem weiter erhöhte.

In der EU gewannen rohstoffreiche Länder, wie beispielsweise Russland oder auch der Iran, durch die Kontrolle von Ressourcen sowie als Kreditoren an Einfluss. Durch die schlechte Wirtschaftslage in der EU stieg die Arbeitslosigkeit. Das Vertrauen der EU-Bürgerinnen und -Bürger in das europäische Projekt schwand zunehmend. Die EU als Institution verlor an Bedeutung, auch als Handelspartnerin für die Schweiz. Durch das Wirtschaftswachstum in einigen der früheren Auswanderungsländern und die angespannte wirtschaftliche Situation in den westlichen Ländern veränderten sich auch die Muster der Arbeitsmigration. Die Regionalmächte zogen mit den neuen Zentren der Weltwirtschaft mehr Einwanderinnen und Einwanderer, darunter auch hochqualifizierte Spitzenkräfte, an.

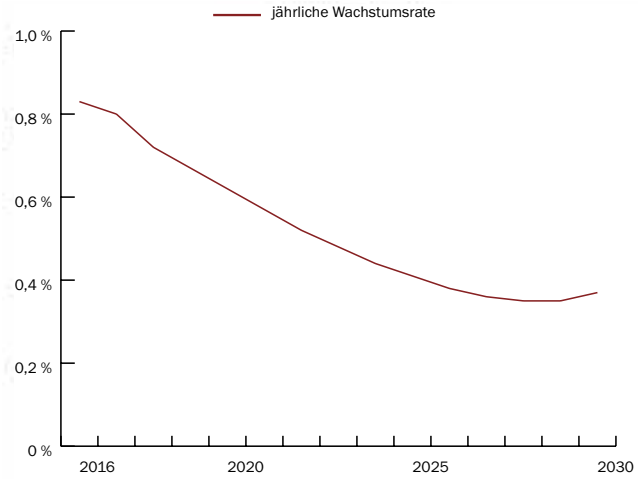
Die Konjunktur in der Schweiz war durch die mangelnde Vernetzung stark angegriffen, und das BIP-Wachstum verlangsamte sich seit dem Jahr 2015 (vgl. Abb. 3.2). Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz war wegen der schwachen Konjunktur hoch, was ihre Attraktivität für ausländische Fachkräfte stark beeinträchtigte. Nichtsdestotrotz blieb die Schweiz ein Zielland der durch die herrschenden Konflikte ausgelösten Flüchtlingsbewegungen. Dazu kam, dass insbesondere hochqualifizierte Schweizerinnen und Schweizer vermehrt auswanderten, was den Mangel an Fachkräften weiter verstärkte.

Aufgrund der blockierten Verhandlungen zu internationalen Umweltstandards in der Rohstoffförderung wurde die Umwelt in den rohstoffreichen Staaten stark beeinträchtigt. Beim Abbau von Rohstoffen wurden umweltgefährdende Substanzen verwendet und Lebensräume zerstört. Oftmals herrschten prekäre Arbeitsverhältnisse. Zusätzlich nahm in den neuen Zentren der Weltwirtschaft die Urbanisierung stark zu. In den Ballungszentren stieg dadurch der Druck auf die Umwelt weiter an. Gesamthaft hatte das Wirtschaftswachstum einen erhöhten Ausstoss an Treibhausgasen zur Folge.

2021–2030

Mit der wirtschaftlichen Macht stieg auf regionaler Ebene auch der politische Einfluss der jeweiligen Regionalmächte. Aufgrund ihres Machtzuwachses forderten die neuen Regionalmächte mehr Einfluss in internationalen Organisationen und verlangten Reformen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Doch die westlichen Industriestaaten waren nicht bereit, ihren Einfluss in internationalen Organisationen aufzugeben. Daher scheiterten die geforderten Reformen, und die internationalen Organisationen wurden handlungsunfähig. Die von den internationalen Organisationen geförderten Werte, wie Demokratie oder Menschenrechte, wurden zunehmend als Einflussnahme des Westens angesehen und abgelehnt.

Abbildung 3.2: Entwicklung der BIP-Wachstumsrate in Prozent in der Schweiz (2016–2030)



Quelle: EFD 2012 = Eidgenössisches Finanzdepartement (Hrsg.) (2012): Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen in der Schweiz (Basis-Szenario, A-00-2010, Annahme tiefe Produktivität)

Bestehende internationale Abkommen und die Ausarbeitung von neuen ökonomischen und politischen Standards waren blockiert. Ein Konsens bestand lediglich dahingehend, dass das Fortbestehen von humanitären Mindeststandards nicht in Frage gestellt wurde. Mit diesen Entwicklungen ging ein Bedeutungsverlust des internationalen Genf einher, da grosse internationale Organisationen nach erfolgreichen Abwerbungsversuchen der Regionalmächte ihren

Sitz dorthin verlegten. Die Stellung der Schweiz im internationalen Kontext verschlechterte sich, und ihre Einflussmöglichkeiten nahmen ab.

Da der EU und auch der NATO als Organisation die finanziellen Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer sicherheitspolitischen Vormachtstellung fehlten, erhöhte sich die Instabilität in Mitteleuropa. Mit dem gleichzeitigen Erstarken Russlands stieg das Konfliktpotenzial an der Ost-West-Bruchlinie, da der Kreml seinen Anspruch auf einen erweiterten Einflussraum in Osteuropa auch militärisch unterstrich. Als Folge der zunehmenden Flüchtlingsströme aus den Konfliktgebieten wurde die Praxis des Dublin-Übereinkommens zur Rückschaffung in den Erstaufnahmestaat geschwächt. Das Erstarken der BRICS-Staaten führte allerdings auch zu einer Neuorientierung der Migration in diese Länder.

An den – sich oft überlappenden – Grenzen der geopolitischen Einflussbereiche der Regionalmächte vergrösserte sich das Risiko zwischenstaatlicher Konflikte. Aufgrund der segmentierten Welt nahm die Kooperation der Staaten bei der Strafverfolgung ab. Autokratische Regierungen und Demokratiedefizite gefährdeten die Rechtsstaatlichkeit. Dies begünstigte die Aktivitäten der organisierten Kriminalität. Die geschwächte internationale Kooperation in Sicherheits- und polizeilichen Fragen bedeutete für die Schweiz eine Erhöhung ihrer Bedrohungslage. Das Risiko von illegalen Aktivitäten und des Missbrauchs des schweizerischen Finanzplatzes für illegale Transaktionen zur Finanzierung terroristischer Gruppierungen war gestiegen. Der langsame technologische Fortschritt veränderte die technologische Dimension der Bedrohungslage jedoch nur geringfügig. Bei terroristischen Aktivitäten waren hauptsächlich konventionelle und niedrigtechnologische Bedrohungsszenarien von Bedeutung. Handelsstreitigkeiten und Verletzungen internationaler Standards, beispielsweise des Völkerrechts oder der WTO-Regeln, führten zu gegenseitigen Sanktionen zwischen den Blöcken. Dadurch entstanden abgeschottete nationale und subregionale Märkte. Die unsichere Versorgungslage, die aus den Handelsdisputen resultierende Rechtsunsicherheit, Handelshemmnisse und Machtpolitik schadeten insbesondere den Wirtschaftszentren der alten Grossmächte. Die Weltwirtschaft verharrte auf tiefem Niveau. Dies beeinträchtigte auch die Wirtschaft in der Schweiz (vgl. Abb. 3.2). Aufgrund dessen orientierte sich die Schweizer Wirtschaft gezwungenermassen vermehrt nach innen.

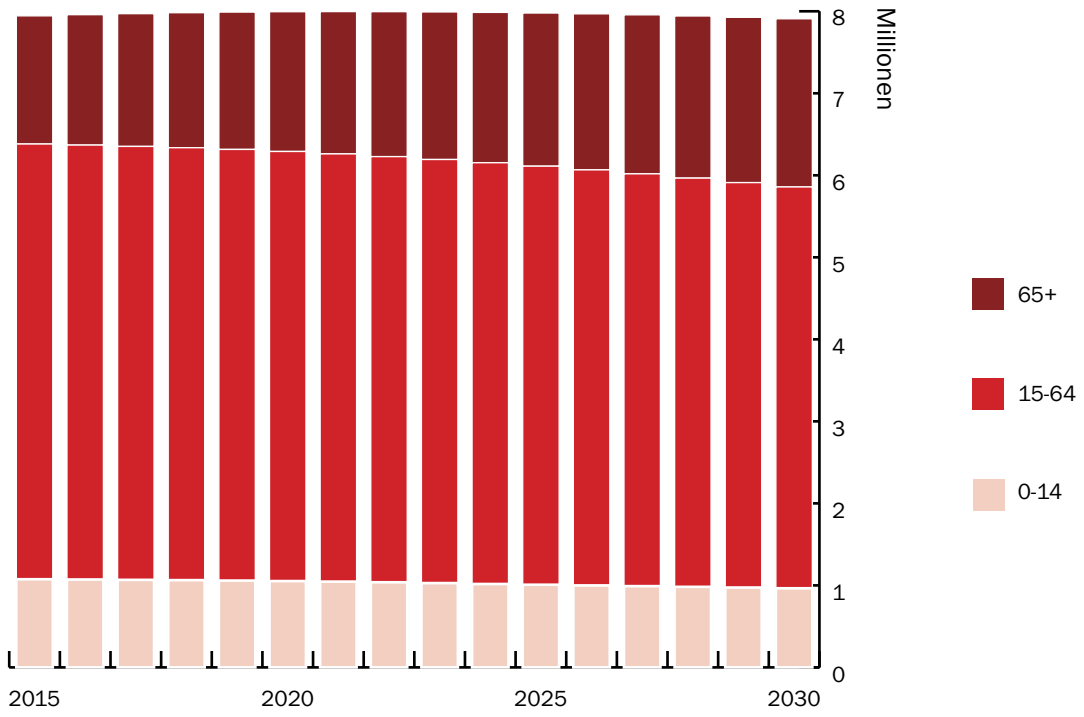
In der Schweiz ging mit der Verknappung der öffentlichen Mittel eine Verlagerung zuvor zentralisierter Aufgaben auf tiefere Ebenen einher. Die Erbringung von öffentlichen Aufgaben fand vermehrt auf kantonaler und interkantonaler Ebene statt. Gemeindefusionen wurden weitergeführt. Wegen der Abwanderung waren insbesondere Randregionen nicht mehr in der Lage, sich selbst zu erhalten. Unter diesen Umständen kam den Transferzahlungen und demzufolge den Kantonen als Akteuren des schweizerischen Finanzausgleichsmechanismus eine erhöhte Bedeutung zu. Darüber hinaus verschärfte sich der Steuerwettbewerb. Zusätzlich zu den Steuersenkungen reduzierten sich die Einnahmen aufgrund des verlangsamten Wirtschaftswachstums, wodurch die öffentlichen Haushalte unter Druck gerieten und vermehrt Haushaltssanierungen nötig wurden.

Die Regionalmächte legten ihre eigenen Regeln im Bereich des geistigen Eigentums fest. Wirtschaftsspionage galt als legitime Alternative zum Erlangen von Spitzentechnologie, die so nicht mehr die alleinige Domäne des Westens blieb. Globale Entwicklungen in den Informations- und Kommunikationstechnologien, namentlich die Zunahme der Spionagemöglichkeiten über das Internet, verstärkten diese Tendenz zusätzlich. Wirtschaftsspionage und ein abgeschwächter Schutz des geistigen Eigentums erhöhten die Kosten von Forschung und Entwicklung und schmälerte den Ertrag, da Innovation keinen Wettbewerbsvorteil mehr darstellte. So hatten private Forschungsunternehmen und öffentliche Institute weniger Anreize für Forschung und Entwicklung. Darunter litt der technologische Fortschritt weltweit. Die Attraktivität des Forschungsstandorts Schweiz wurde durch die erschwerte internationale Mobilität geschmälert. Dies hemmte die Forschungstätigkeit und hatte negative Auswirkungen auf die Innovationskraft der Schweiz.

Der steigende Wohlstand der Konsumentinnen und Konsumenten in den aufstrebenden Ländern führte zu einer weiteren Zunahme der globalen Nachfrage nach hochwertigen Lebensmitteln, wodurch die Preise stiegen. Dies verteuerte auch die Nahrungsimporte der Schweiz. Infolgedessen und aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Vernetzung wurde eine Steigerung der Produktion im Inland angestrebt. Angesichts beschränkter technologischer Fortschritte geschah dies vor allem durch einen konsequenten Schutz und gewissen Rückzonungen in die Landwirtschaftszone sowie punktuell auch durch eine vermehrte Produktion von Lebensmitteln ausserhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche und im Sömmerungsgebiet.

Im Energiebereich war die Erhöhung des Selbstversorgungsgrades nur marginal möglich. Aufgrund steigender Energiepreise wurde auf Verbraucherseite vermehrt auf Energieeffizienz und auf eine sparsame Energienutzung geachtet. Während die Bodennutzungskonflikte im Mittelland bestehen blieben, fand eine Abwanderung aus ländlichen Gebieten statt. Jedoch nahm infolge des Rückgangs der Bevölkerungszahl in der Schweiz auch der Druck auf die Verkehrsinfrastrukturen ab. Deren Finanzierung war aufgrund von Unterauslastung gefährdet – insbesondere in Randregionen. Somit rückten die hohen Unterhaltskosten in den Vordergrund. Die Konsequenzen der reduzierten Investitionstätigkeit für den Erhalt der Infrastruktur zeichneten sich bereits für die Jahre nach 2030 ab.

Abbildung 3.3: Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz nach Altersgruppen und Erwerbsbevölkerung (2015–2030)



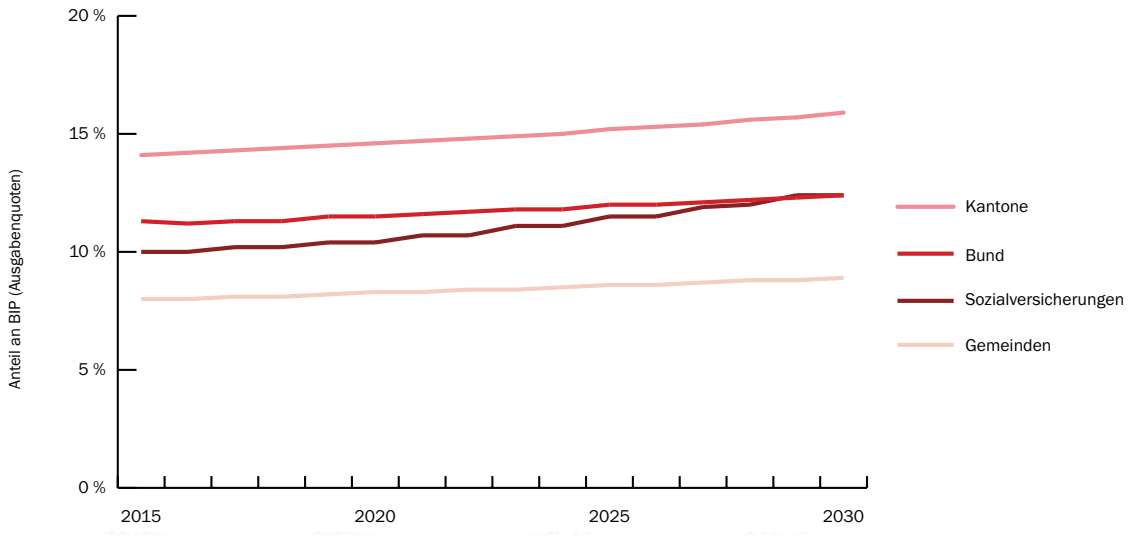
Quelle: BfS 2010 = Bundesamt für Statistik (Hrsg.) (2010): Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010–2060 (tiefes Szenario, C-00-2010)

Der gesellschaftliche Zusammenhalt nahm aufgrund des ökonomischen Drucks ab. Infolge der stagnierenden Wirtschaft und der hohen Arbeitslosigkeit, des geringen Bevölkerungswachstums und der alternden Gesellschaft standen die öffentlichen Finanzen zunehmend unter Druck (vgl. Abb. 3.4). Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz stagnierte seit 2015 und belief sich im Jahr 2030 noch auf rund 7,9 Millionen Menschen (vgl. Abb. 3.3). Dabei sank die Anzahl der unter 65-Jährigen, währen die Anzahl der über 65-Jährigen zunahm. Es entstand ein Finanzierungsproblem bei den Sozialversicherungen; Sozialleistungen wurden gekürzt und Ergänzungsleistungen in Frage gestellt. Die Anzahl der Familien mit nur einem Einkommen nahm zu. Ebenso stieg die Anzahl der Teilzeitarbeitenden und der Anteil Erwerbstätiger mit mehreren Arbeitsverhältnissen im Tieflohnbereich.

Betreuungsarbeit und soziale Sicherung mussten von der Familie übernommen werden. Dadurch wurde die Entscheidungsfreiheit junger Eltern zwischen Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung oder Unterstützung der älteren hilfsbedürftigen Verwandten stark eingeschränkt. Die Geburtenrate war tief. Weiter reduzierten sich der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung (vgl. Abb. 3.3) sowie der Anteil der erwerbstätigen Frauen. Dies hatte eine Abwärtsspirale zur Folge, was sich auch in Spannungen zwischen den Generationen äusserte.

Mit der materiellen Unsicherheit ging hingegen eine Erstarkung der Solidarität im privaten Umfeld einher. Die Bereitschaft der Einwohnerinnen und Einwohner in der Schweiz zur Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben im Sinne eines sozialen Milizsystems wurde grösser. Das traditionelle Familienbild gewann an Bedeutung, und es fand eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte und kulturelle Traditionen statt. Durch das wiederentdeckte Gemeinschaftsgefühl gewannen die Landessprachen und die Dialekte an Bedeutung, wodurch deren Vielfalt und Reichtum erhalten werden konnte. Durch das instabile internationale Umfeld und die angespannte wirtschaftliche Situation stieg auch das Bedürfnis der Einwohnerinnen und Einwohner in der Schweiz nach Sicherheit und Stabilität. Die wertkonservativen Parteien verzeichneten grossen Wählerzuwachs.

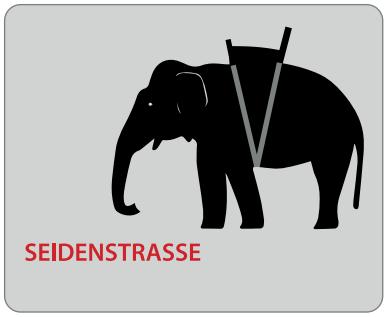
Abbildung 3.4: Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben der öffentlichen Hand in der Schweiz 2015–2030 (in Prozent des BIP)



Quelle: EFD 2012 = Eidgenössisches Finanzdepartement (Hrsg.) (2012): Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen in der Schweiz (Basis-Szenario, A-00-2010)

Aufgrund der demografischen Entwicklung entstand eine Lücke beim Pflegepersonal wie auch bei der Finanzierung der Bedürfnisse der Babyboomer-Generation, welche ab den 2020er-Jahren zunehmend auf Hilfe angewiesen waren (vgl. Abb. 3.4). Dies hatte zur Folge, dass medizinische Leistungen verstärkt altersabhängig erbracht wurden. Die Betreuungsengpässe konnten auch nicht durch die Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland aufgefangen werden. Die medizinische Grundversorgung stand im Vordergrund, jedoch widerspiegelten sich die finanziellen Einschränkungen im Gesundheitswesen in einer verminderten Qualität der Patientenbetreuung. Dies wurde verstärkt durch finanzielle Engpässe bei der Ausbildung des Pflegepersonals. Da den Gesundheitskosten für einen Schweizer Haushalt proportional ein stetig höheres Gewicht zukam, verbesserte sich das individuelle Gesundheitsverhalten, und die Bedeutung von Prävention nahm zu.

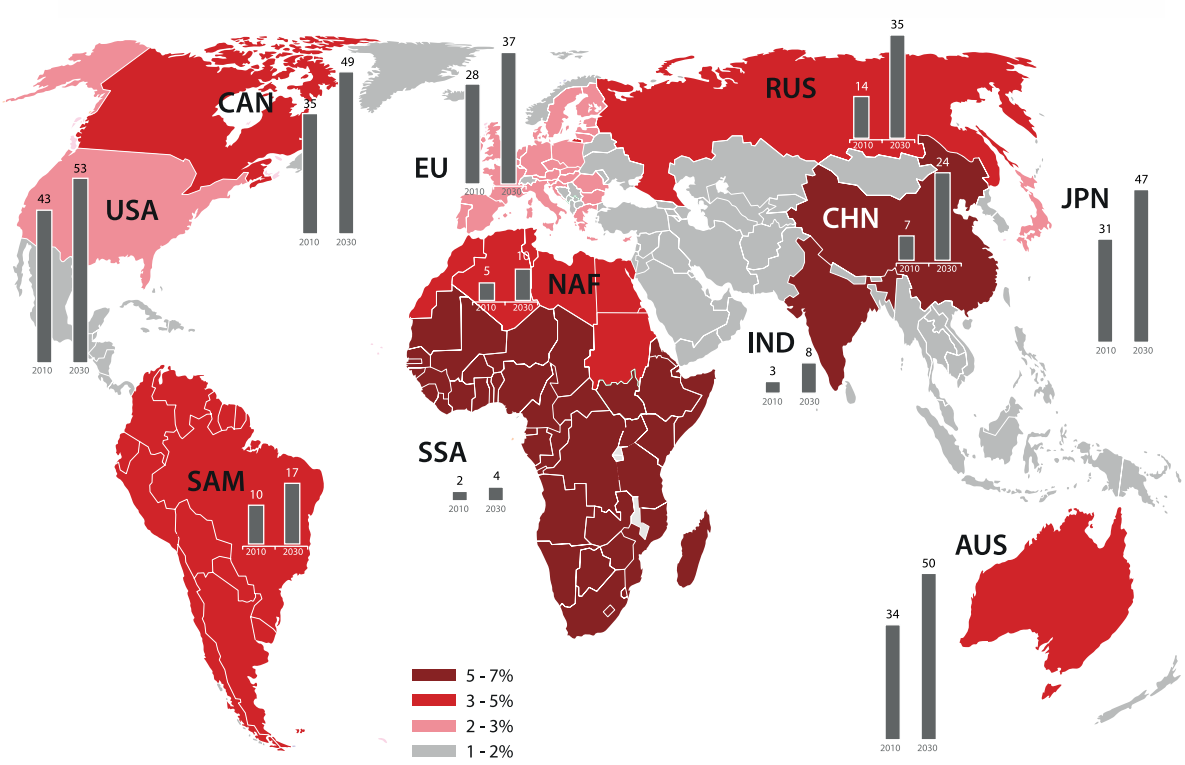
Seidenstrasse



Das Jahr 2030

Auf der weltpolitischen Ebene setzt sich der wirtschaftliche Aufstieg von Ländern im asiatischen Raum fort. Im Jahr 2030 ist China die grösste Wirtschaftsmacht der Welt, vor den USA und der EU. In China ist auch das BIP pro Kopf gestiegen und über dem Niveau von Russland oder von Brasilien[9]. Indien ist der bevölkerungsreichste Staat der Erde (vgl. Abb. 4.1). Das weltweite Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum produzieren hingegen negative externe Effekte auf die Umwelt und das Klima.

Abbildung 4.1: Wachstum BIP in Prozent (Färbung) und BIP/Kopf in Tausend USD (Säulen) nach Weltregion Vergleich 2010-2030



Quelle: CEPS EU 2013 = Centre for European Policy Studies (CEPS) (2013): European Strategy and Policy Analysis System (ESPAS) The Global Economy in 2030: Trends and Strategies for Europe. Paris:2012 http://europa.eu/espas (Stand: 24.11.2014), S. 60

Aufgrund der positiven Aussenhandelsbilanz stützt China die Staatsfinanzen in den USA und in der EU. Die USA sind zunehmend mit inneren Problemen finanzieller Art beschäftigt und können sich ihre militärische und technologische Vormachstellung nicht weiter leisten. Die EU und die USA können keine gemeinsame

9 Maddison 2008 = Maddison A. 2008, Shares of the Rich and the Rest in the World Economy: Income Divergence between Nations, 1820-2030, in: Asian Economic Policy Review 2008, H. 3/1, S. 67–82.

Strategie zur Einbindung Chinas in eine globale Weltordnung entwickeln. Aufgrund von Budgetkürzungen sind die Forschungstätigkeit und die Innovationskraft der USA beeinträchtigt. Forschungszentren in Schwellenländern gewinnen an Bedeutung, können aber die entstandene Lücke in der globalen Innovationskraft nicht kompensieren. Dadurch verlangsamt sich der technologische Fortschritt weltweit.

In der EU können die geplanten strukturellen Reformen nicht erfolgreich umgesetzt werden. Während die EU-Zentrumsstaaten ihre infrastrukturellen Vorteile weiter ausbauen, akzentuiert sich die Wirtschaftslage in den peripheren EU-Mitgliedsstaaten. Mit dem Rückgang der Wirtschaft steigt die Arbeitslosigkeit, die Unzufriedenheit der Bevölkerung nimmt zu.

Somit geht das Vertrauen in die Institutionen der EU verloren. Infolge dieser Entwicklungen verliert die EU an Zusammenhalt, und Entscheidungsstrukturen werden zunehmend renationalisiert, was die Bedeutung der einzelnen Staaten erhöht. Die Schweiz kann so ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten ausbauen, ohne die Vernetzung mit der EU als Institution zu vertiefen.

Die Schweiz unterhält mit zahlreichen asiatischen Ländern enge wirtschaftliche Beziehungen, was die Auswanderung von Schweizerinnen und Schweizern wie auch die Einwanderung von Menschen aus dem asiatischen Raum zur Folge hat. In der Schweiz sind Kenntnisse asiatischer Sprachen auf dem Arbeitsmarkt gefragt. Der westliche und der asiatische Kulturraum vermischen sich und beeinflussen sich gegenseitig.

2015–2020

Gleichzeitig mit China wuchsen andere Volkswirtschaften im asiatisch-pazifischen Raum: Durch die Schaffung des *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP), eines Freihandelsabkommens zwischen den ASEAN-Staaten und Australien, China, Indien, Japan, Südkorea und Neuseeland, entstand ein wichtiger Wirtschaftsraum mit grossen und dynamischen Volkswirtschaften. Das Abkommen trat gegen Ende der 2010er-Jahre in Kraft. Der Westen und vornehmlich die USA verloren dadurch ihren Einfluss auf die ASEAN-Staaten an China. Aufgrund dieser Entwicklung und infolge der gescheiterten Verhandlungen zum *Trans Pacific Partnership* (TPP) erlitten die USA einen spürbaren wirtschaftlichen, aber auch politischen Machtverlust. Der asiatisch-pazifische Raum gewann als Handels- und Finanzknotenpunkt an Bedeutung, womit auch das politische Gewicht dieser Region gestärkt wurde.

In Ländern mit einem sehr hohen technologischen Entwicklungsstand, allen voran in den USA, hatten sich Cluster gebildet, in denen sich technologischen Fähigkeiten kumulierten. Dies führte zu einer ungleichen Verteilung von Patenten zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern. Jedoch hatte die angespannte Situation der öffentlichen Finanzen in den USA zur Folge, dass deutlich weniger in Bildung, Forschung und Innovation investiert wurde als zuvor. Langjährige Forschungsprogramme wurden gestoppt, bestehende Partnerschaften mit anderen Ländern reduziert. Die auf globaler Ebene entstandene Lücke konnte aufgrund der langen Vorlaufzeit von Forschungsprogrammen nicht ohne weiteres von an Innovationskraft gewinnenden Ländern gefüllt werden. Dadurch verlangsamte sich der technologische Fortschritt weltweit.

Die weltweite Güterproduktion verlagerte sich weiter nach Asien, während gleichzeitig der asiatische Binnenmarkt vom Bevölkerungswachstum und damit von höherer Konsumkraft profitierte. Infolge der Tiefzinspolitik der Zentralbanken stiegen in den USA und in den EU-Staaten hingegen die Staatsverschuldung sowie auch die Inflation an. Die Politik der Steuersenkungen einer wirtschaftsfreundlichen Regierung in den USA und das Wachstum der Ausgaben der öffentlichen Hand, gekoppelt mit schlechter Konjunktur, brachten die öffentlichen Finanzen weiterhin ins Ungleichgewicht. Weil dadurch die Mittel für Investitionen in das Bildungssystem sowie für Forschung und Innovation fehlten, verlor der Westen seinen Vorsprung im Hoch-

technologiebereich und damit einen wichtigen Wettbewerbsvorteil. Ebenfalls stieg die Bedeutung der Finanzmärkte in Asien gegenüber den Drehscheiben in den USA und in der EU.

Die Schweiz hatte sich dank Freihandelsabkommen mit dem asiatisch-pazifischen Raum wirtschaftlich gut vernetzt. Die Verhandlungen über die Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten[10] mit Indien, Indonesien und Vietnam kamen in den Jahren 2015–2020 zum Abschluss und verbesserten den Zugang der Schweiz zu den Wachstumsmärkten in Süd- und Ostasien weiter. Ausserdem konnte in den Verhandlungen über die Freihandelsabkommen mit Malaysia und Thailand ein Durchbruch erzielt werden; deren Abschluss fand im Jahr 2020 statt. Hochstehende Schweizer Produkte waren trotz hoher Konkurrenz weiterhin wettbewerbsfähig und fanden in Asien einen grossen Absatzmarkt. Weiter hatte die Schweiz die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem südlichen Afrika intensiviert. Als Basis für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit afrikanischen Staaten dienten die zahlreichen bilateralen Investitionsschutzabkommen sowie das Freihandelsabkommen mit der *Southern African Customs Union* (SACU)[11].

In der Schweiz waren Fach- und Führungskräfte mit Kenntnissen in asiatischen Sprachen gefragt. Wichtig waren auch interkulturelle Kompetenzen, beispielsweise in den Geschäftsgepflogenheiten. Dafür vertieften schweizerische und asiatische Hochschulen bereits sehr frühzeitig ihre Zusammenarbeit, was sich nicht zuletzt auch positiv auf die Bedeutung der beiden Länder als gegenseitige Tourismusdestinationen auswirkte. Auch der Austausch von Berufsleuten mit Asien, insbesondere zwischen China und der Schweiz, wuchs rasant. So dezentralisierte sich die Gemeinschaft der Auslandschweizerinnen und -schweizer zunehmend ausserhalb Europas und den USA. Das schweizerische System der dualen Berufsbildung diente als Modell für ein ähnlich gestaltetes System in Asien, wobei Schweizer Expertinnen und Experten als Berater beigezogen wurden.

Für die Produktion von Exportgütern benötigte China Rohstoffe – Energieträger, seltene Erden, aber auch Nahrungsmittel. Um die Verfügbarkeit dieser Rohstoffe zu erhalten, sicherte sich China mit Investitionen, Joint-Ventures und Landkäufen überall auf der Welt den Zugang zu Agrarland, Bodenschätzen und fossilen Energieträgern. Nach diesem Beispiel tätigten verschiedene asiatische Staaten Investitionen in den rohstoffreichen Ländern Afrikas. China war auf dem Weg, der grösste Importeur von Erdöl weltweit zu werden, und Indien importierte bereits am meisten Kohle.[12] Um die gestiegene Nachfrage nach Energie zu decken, investierte China auch in erneuerbare Energien. So stieg der asiatisch-pazifische Raum in seiner Bedeutung für den weltweiten Rohstoffhandel, und die transatlantischen Handelsrouten und Drehscheiben büssten an Stellenwert ein. Der Rohstoffhandelsplatz Schweiz konnte dank der guten Vernetzung mit Asien von dieser Entwicklung profitieren.

Die technologische Innovationskraft Chinas wuchs gegen Ende der 2020er-Jahre. Um seine Erfindungen und technologischen Eigenleistungen zu schützen, hatte China ein starkes Interesse am Schutz des geistigen Eigentums. Die marktbeherrschende Stellung von Betriebssoftware aus den USA wurde durch chinesische Eigenentwicklungen abgelöst, dies führte zu neuen Standards und Abhängigkeiten. Zudem stieg für China das Risiko, Ziel von Wirtschaftsspionage zu werden. Für die Schweiz, die wirtschaftlich mit dem asiatischen Raum stark vernetzt war, akzentuierte sich diese Bedrohung ebenfalls. Insbesondere innovative KMU oder kleinere Forschungseinrichtungen konnten sich aufgrund des hohen finanziellen Aufwandes für

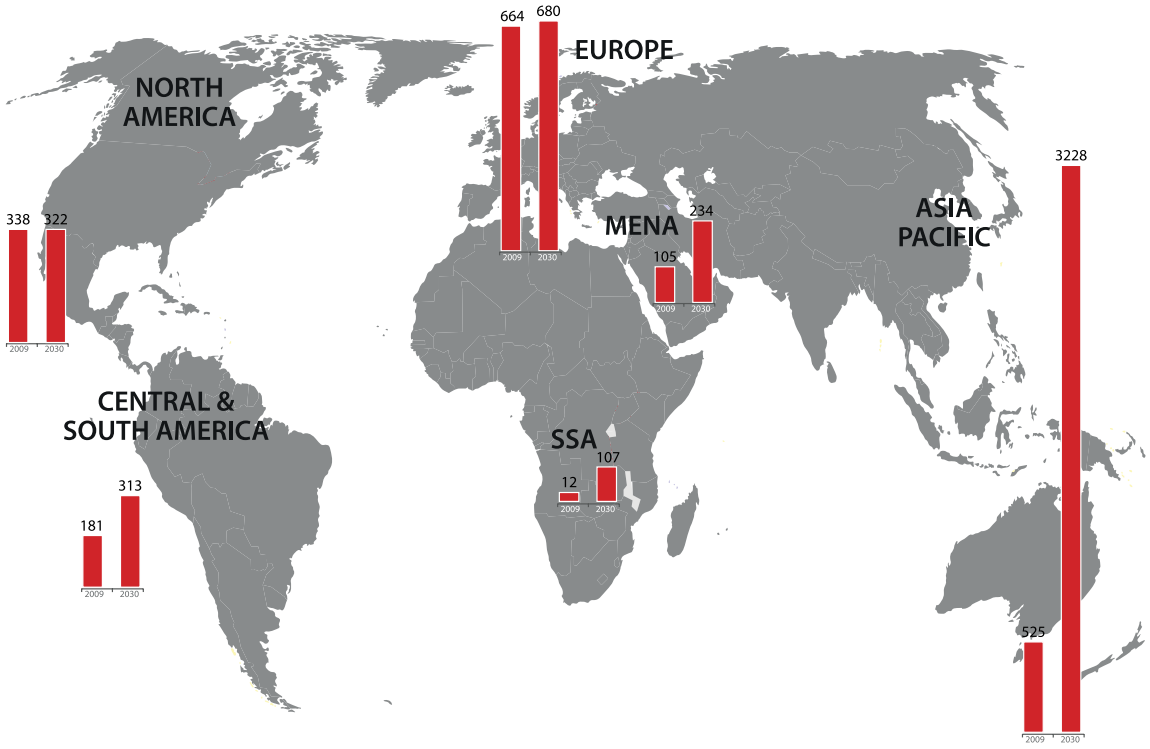
---

10 Zu den EFTA-Staaten (European Free Trade Association) gehören neben der Schweiz auch Liechtenstein, Island und Norwegen.
11 Die Mitglieder der SACU sind Südafrika, Botswana, Lesotho, Namibia und Swaziland.
12 IEA 2013 = International Energy Agency, World Energy Outlook 2013: Executive Summary, http://www.iea.org (Stand: 24.11.2014), S.1.

Sicherheitsmassnahmen nur schlecht gegen Wirtschaftsspionage schützen. Wirtschaftsspionage und Cybervorfälle nahmen stark zu.

Ein weiterer wichtiger Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung in Asien war die Zunahme des chinesischen Anteils an der globalen Mittelklasse[13]. Alleine in China wuchs die Anzahl der Angehörigen von Mittelklassehaushalten von 157 Millionen im Jahr 2010 auf 670 Millionen Menschen im Jahr 2020[14]; dies entsprach knapp drei Vierteln der chinesischen Bevölkerung (vgl. Abb. 4.2). In diesem Zusammenhang entsprach der Begriff der Mittelklasse aber dem obersten Anteil der chinesischen Erwerbsbevölkerung, wodurch die ökonomische und soziale Ungleichheit in China zunahm. So war gewissen gesellschaftlichen Schichten und geografischen Gebieten der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung erschwert, was die Wohlstandsunterschiede verstetigte. Zudem gerieten die Anteile der Geschlechter an der Bevölkerung in China zusehends ins Ungleichgewicht, da sich als Folge der langjährigen Ein-Kind-Politik ein Defizit an Frauen in der Bevölkerungsstruktur abzeichnete.

Abbildung 4.2: Wachstum der Mittelklasse nach Weltregion - Vergleich 2009 – 2030 (nach Anzahl Angehöriger der Mittelklasse, in Millionen)



Quelle: Kharas/Gertz 2010 = Kharas, Homi / Gertz, Geoffrey, 2010, The New Global Middle Class: A Cross-Over from West to East, S. 2. in: CEPS EU 2013 = Centre for European Policy Studies (CEPS) (2013): European Strategy and Policy Analysis System (ESPAS) The Global Economy in 2030: Trends and Strategies for Europe. Paris:2012 http://europa.eu/espas (Stand: 24.11.2014), S. 71

---

13 Definition globale Mittelklasse: Haushalte, deren tägliche Ausgaben zwischen 10 USD und 100 USD pro Person betragen (kaufkraftbereinigt). Gemäss: Kharas/Gertz 2010 = Kharas, Homi / Gertz, Geoffrey, 2010, The New Global Middle Class: A Cross-Over from West to East, in: Cheng Li (Hrsg.), China's Emerging Middle Class: Beyond Economic Transformation, Washington, DC: Brookings Institution Press, 2010. http://www.brookings.edu (Stand: 24.11.2014), S. 3.

14 Kharas/Gertz 2010 = Kharas, Homi / Gertz, Geoffrey, 2010, The New Global Middle Class: A Cross-Over from West to East, in: Cheng Li (Hrsg.), China's Emerging Middle Class: Beyond Economic Transformation, Washington, DC: Brookings Institution Press, 2010. http://www.brookings.edu (Stand: 24.11.2014), S. 2.

Mit gesamthaft zunehmendem Wohlstand stiegen auch der Wissensstand und dadurch die Kompetenzen eines wachsenden Anteils der Bevölkerung, politische Fragestellungen zu beurteilen – ein weltweiter Trend, mit grossen Auswirkungen insbesondere auf die innenpolitische Situation in China. Als Konsequenz artikulierten sich die Forderungen nach mehr politischer Mitsprache und demokratischen Rechten. Ebenso nahm das Bewusstsein für Umweltfragen weiter zu. Informations- und Kommunikationstechnologien spielten dabei eine wichtige Rolle. Wertvorstellungen wie Freiheit und Demokratie wurden so zunehmend auch von der asiatischen Mittelklasse artikuliert.[15] Exponenten der asiatischen Zivilgesellschaft kritisierten Produktions- und Umweltbedingungen sowie den Umgang mit Menschen- und Minderheitsrechten verschiedener Staaten Süd- und Ostasiens. Diese Kritik wurde auch von der Schweizer Bevölkerung unterstützt.

2021–2030

Viele Güter aus den USA und der EU waren auf dem Weltmarkt weniger konkurrenzfähig, zugunsten von Produkten mit steigender Qualität aus den asiatischen Ländern. So erzielte beispielsweise China einen stetig grösseren Devisenüberschuss aus dem Aussenhandel und verfügte damit über die Mittel, Staatsanleihen aus den verschuldeten Staaten des Westens aufzukaufen. Das Reich der Mitte wurde zum weltweit wichtigsten Geldgeber. Dadurch gerieten die Handels- und Finanzplätze der westlichen Hemisphäre unter Druck. Der Raum Südostasien mit Hongkong, Singapur und Kuala Lumpur als Handels- und Finanzknotenpunkt wurde wichtiger, die Konkurrenz für den Finanzplatz Schweiz nahm zu.

Die Volkswirtschaften der EU haben unter den Finanz- und Wirtschaftskrisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts stark gelitten. Durch die Konkurrenz aus China gerieten insbesondere exportorientierte Volkswirtschaften wie Deutschland stark unter Druck. Kohäsionszahlungen und Strukturfonds, welche die Integration der EU in einer ersten Phase vorangetrieben hatten, konnten nicht mehr finanziert werden. Durch die wirtschaftlichen Probleme stiegen die Arbeitslosigkeit und damit die Verunsicherung der EU-Bürgerinnen und Bürger. In verschiedenen Mitgliedsstaaten gewann der Euroskeptizismus deutlich an Unterstützung.

Die einzelnen Staaten gewannen gemessen an der EU an Bedeutung. Dadurch trat die EU gegenüber der Schweiz weniger geeint auf, und die Beziehungen der Schweiz zu einzelnen EU-Mitgliedstaaten verbesserten sich. Insbesondere mit den Nachbarländern konnte die Schweiz ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen weiter ausbauen. Auch intensivierten sich die Beziehungen zwischen Städten, zwischen föderalen Gliedstaaten wie Kantonen und Bundesländern in Deutschland und Österreich respektive mit Regionen in Italien und Frankreich. Wirtschaftlich erfolgreiche Regionen wie das Dreiländereck um Basel, das Bodenseegebiet mit Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg, der *Arc Lémanique* sowie die Lombardei bildeten zusammen mit der Schweiz eine dynamische Wachstumsregion. Die regionale wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz nahm dadurch stark zu.

Weltweit stieg die Migration an. Dank dem Internet und dem zunehmenden Bildungsniveau verfügte ein immer grösserer Anteil der Weltbevölkerung über Informationen zu möglichen Zielländern. Ebenso hatten die Angehörigen der wachsenden globalen Mittelklasse zunehmend finanzielle Möglichkeiten zur Mobilität. Mit 300 Millionen Menschen[16] betrug im Jahr 2030 der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der

---

15 ISS-EU 2012 = Institute for Security Studies, European Union (2012): European Strategy and Policy Analysis System (ESPAS) Global Trends 2030 – Citizens in an Interconnected and Polycentric World. Paris. http://www.iss.europa.eu (Stand: 24.11.2014), S. 39.

16 ISS-EU 2012 = Institute for Security Studies, European Union (2012): European Strategy and Policy Analysis System (ESPAS) Global Trends 2030 – Citizens in an Interconnected and Polycentric World. Paris. http://www.iss.europa.eu (Stand: 24.11.2014), S. 45.

Weltbevölkerung rund 3,5 Prozent.[17] Migration wurde zunehmend zirkular, das heisst, dass Auswanderer weiterhin enge Beziehungen zu ihren Herkunftsländern unterhielten und öfter dorthin zurückkehrten. So nahm die kulturelle Vielfalt in der Schweiz auch aufgrund von Einwanderinnen und Einwanderern aus dem asiatisch-pazifischen Raum zu. Ebenso unterhielten viele Schweizerinnen und Schweizer enge Beziehungen zu ihren Angehörigen, die in den asiatischen Raum ausgewandert waren. Insgesamt war die Schweiz weiterhin ein wichtiges Zielland, sowohl für gut ausgebildete wie auch für weniger gut ausgebildete Menschen. So stieg der Anteil der Bevölkerung ohne Schweizer Pass weiter an. Aus diesem Grund erhöhte sich der politische Druck der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Einbürgerungen zu erleichtern und für sesshafte Ausländerinnen und Ausländer politische Rechte einzuführen. Gleichzeitig stieg auch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Innerhalb von Teilen der Schweizer Bevölkerung entwickelte sich Anpassungsstress. Vorbehalte gegenüber der wachsenden Zuwanderung und der zunehmenden Multikulturalität nahmen zu. Dies führte zu gesellschaftlichen Spannungen.

Die Einwanderung von Arbeitskräften als Folge der starken wirtschaftlichen Vernetzung verlangsamte die Alterung der Bevölkerung in der Schweiz, weil vor allem jüngere Menschen einwanderten. Dadurch gab es auch weniger Personalengpässe im Gesundheitswesen; diese konnten zudem mit zusätzlicher Ausbildung und Berufsbildung überwunden werden. Der finanzielle Druck auf die Sozialversicherungen stieg weniger rasch an. Durch die wirtschaftliche Vernetzung und die steigende Mobilität der Bevölkerung nahm wiederum das Risiko für Pandemien zu. Der fehlende technologische Fortschritt bei der medizinischen Forschung hatte beispielsweise Konsequenzen bei der Entwicklung von Medikamenten. Die Schweizer Pharmabranche verzeichnete Einbussen infolge der Produktion von Generika im asiatisch-pazifischen Raum, obwohl sie auch neue Märkte in Asien erschliessen konnte. Chronisch kranke oder abhängige Menschen wurden häufiger im Ausland gepflegt und betreut.

Durch das Wirtschaftswachstum stieg der Verbrauch von Ressourcen und Energie beträchtlich an. Industrialisierung, das Wachstum der Städte und intensivierte Landwirtschaft waren weltweit Triebkräfte eines vermehrten Ausstosses an Treibhausgasen und einer zunehmenden Umweltverschmutzung. Die Technologien, welche die negativen Auswirkungen auf die Umwelt des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums teilweise hätten kompensieren können, verbreiteten sich nur zögerlich. Der globale Klimawandel schritt aufgrund der Emissionen des weltweiten Wirtschaftswachstums im vergangenen Jahrhundert weiter fort und hatte globale Auswirkungen. Die Ausbreitung von Wüstengebieten sowie Überflutungen waren vor allem in China, Südasien und in der Sahelzone spürbar und führten zu humanitären Katastrophen; Millionen von Menschen wurden zu Klimaflüchtlingen. Allerdings war keine Weltgegend von den Konsequenzen des Klimawandels verschont. Die Nahrungsmittelknappheit vergrösserte sich und führte zu einem Preisanstieg auf dem Weltmarkt.

Durch diese Veränderungen erhöhte sich in der Schweizer Bevölkerung das Bewusstsein für Umweltfragen. In der Schweiz bewirkte der Klimawandel einen Temperaturanstieg von ein bis zwei Grad Celsius gegenüber der Periode von 1984–2002 und hatte Auswirkungen auf die Häufung extremer Wetterereignisse wie Hitzesommer oder Starkniederschläge.[18] Um sich den veränderten klimatischen Bedingungen anzupassen, wurden unterschiedliche Strategien angewendet. Technologische Lösungen, mit denen sich die Schweiz

---

17 Gemessen am «mittleren Szenario» der WPP World Population Prospects, demzufolge die Weltbevölkerung im Jahr 2030 8.425 Mia. Menschen beträgt. Gemäss: ESA-UN 2012 = United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division Population Estimates and Projections Section, 2012, World Population Prospects: The 2012 Revision, http://esa.un.org/wpp/ (Stand: 24.11.2014).

18 OcCC und ProClim 2007: Beratendes Organ für Fragen der Klimaveränderung & Forum for Climate and Global Change: Klimaänderung und die Schweiz 2050; Erwartete Auswirkungen auf Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Bern. http://www.scnat.ch/ (Stand: 24.11.2014), S. 98.

den Klimafolgen hätte anpassen können, waren nur schwer verfügbar. Aufgrund steigender Importpreise für Nahrungsmittel wurde die Nahrungsmittelversorgung in der Schweiz vor allem durch Mehrproduktion im Inland gedeckt. Dies erfolgte unter anderem durch vermehrten Anbau ausserhalb der traditionellen landwirtschaftlichen Nutzfläche.

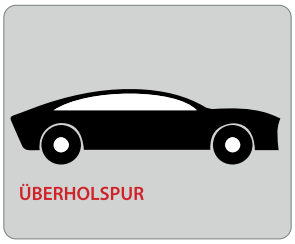
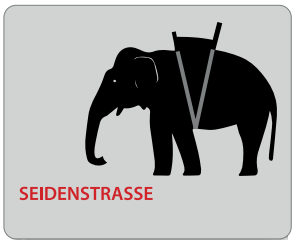
Der Energieverbrauch pro Kopf in der Schweiz nahm ab. Dazu beigetragen haben effizienzsteigernde Technologien bei der inländischen Stromproduktion, aber auch die bereits vor 2020 vorhandenen energieeffizienten Technologien auf Verbraucherseite. In der Schweiz war die Energieversorgung mehrheitlich vom Import von Atomstrom und Schiefergas bestimmt. Erdgas war für die auslaufende Kernkraft ein in kurzer Frist verfügbares Substitut. Die Zulassung neuer Fördertechniken für Erdgas in der EU machte die Gestehungskosten von Strom aus Gas-Kombikraftwerken sehr konkurrenzfähig, und der Anteil dieser Energiequelle im Energiemix der Schweiz vergrösserte sich. So sank der Selbstversorgungsgrad der Schweiz, was die Energie betrifft.

Die Bevölkerung in der Schweiz belief sich im Jahr 2030 auf über 8,7 Mio. Menschen[19]. Mit dem Bevölkerungswachstum stieg auch der Gesamtverbrauch an Wohnraum. Während die Bodenknappheit insbesondere in urbanen Räumen spürbar wurde, stabilisierte sich die Lage in ländlichen Gebieten. Die sich zuspitzende Bodenknappheit führte dazu, dass die vorhandene Fläche effizienter genutzt wurde. Dementsprechend verlangsamte sich die Zersiedelung in der Schweiz. Die Belastung der Verkehrsinfrastruktur stieg aufgrund des Bevölkerungswachstums und der Einbindung in die wirtschaftlich starke Grossregion im Alpenraum stark an; trotz fortschreitender Investitionen und hochwertiger Infrastruktur wurden die Kapazitätsgrenzen erreicht. Weil die technologische Entwicklung stagnierte, die Investitionen in Unterhalt und Ausbau fehlten oder nicht nachhaltig waren, wurde die Verkehrsinfrastruktur anfällig für Störungen.

---

19 BfS 2010 = Bundesamt für Statistik (Hrsg.) (2010): Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010–2060 (mittleres Szenario, A-00-2010).

Übersichtstabelle der vier Szenarien

	 ÜBERHOLSPUR	STOCKENDER VERKEHR	STEINIGER WEG	 SEIDENSTRASSE
Achse: Wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz	Starke wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz	Schwache wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz	Schwache wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz	Starke wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz
Achse: Globale Technologisierung	Grosse Wirkung technologischer Veränderung	Grosse Wirkung technologischer Veränderung	Geringe Wirkung technologischer Veränderung	Geringe Wirkung technologischer Veränderung
Politische Dimension	- Multilaterale Weltordnung, kein Staat kann sich hegemoniale Vorherrschaft leisten - Hohe Bedeutung der internationalen und multinationalen Organisationen - Starke EU und gute Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz - Die Schweiz gewinnt im internationalen Kontext an Einflussmöglichkeiten	- Rivalität zwischen den USA und China - Strategische Partnerschaft zwischen China und Russland - Territoriale Streitigkeiten im Pazifik - Rivalität um Rohstoffe führt zu Stellvertreterkriegen in rohstoffreichen Staaten - Starke EU und schlechte Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz - Der Ost-West-Konflikt in Europa verschärft sich	- Regionalisierung und instabile geopolitische Machtverhältnisse - Aufstrebende Wirtschaftsmächte verfolgen Hegemonialpolitik in jeweiliger Region - Konflikte um Zugangs- und Nutzungsrechte resultieren in Stellvertreterkriegen - Schwache EU und schwindender Zusammenhalt - Gescheiterte Reformen der UNO und internationaler Organisationen mindert Akzeptanz universeller Werte	- Rückzug der USA aus dem Pazifikraum - Verlagerung des geopolitischen Machtgleichgewichts nach Süd- und Ostasien - Schwache EU und schwindender Zusammenhalt - Gute Beziehungen der Schweiz zu den Nachbarstaaten
Wirtschaftliche Dimension	- Weltweite wirtschaftliche Dynamik mit hoher Vernetzung durch Freihandel sowie eine sich akzentuierende Interdependenz der Staaten - Die Schweiz ist dank Handelsliberalisierung im Rahmen der WTO mit zahlreichen Staaten wirtschaftlich vernetzt und ein attraktiver Forschungs- und Unternehmensstandort - Hohe Einwanderung von Fachkräften in die Schweiz und hohes Wirtschaftswachstum - Zunehmende Wohlstandsunterschiede - Vermehrte Berufstätigkeit von Frauen, Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Schaffung der Bedingungen für den Verbleib von älteren Arbeitnehmenden im Arbeitsprozess	- Schwache wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz und niedriges Wirtschaftswachstum - Wenig Einwanderung und Fachkräftemangel - Teilweise Kompensation des Personalbedarfs durch Automatisierung und Technologisierung - SCO stärkt den wirtschaftlichen Einfluss Chinas in Zentralasien	- Weltwirtschaft geprägt von Handelshemmnissen und dominiert von nationalen und subregionalen Märkten (China, Indien, Russland, Brasilien, Südafrika) - Stagnation in den USA und in den EU-Staaten - Zunehmende Binnenorientierung der Schweiz infolge der globalen Instabilität und der schwachen wirtschaftlichen Vernetzung - Stagnierendes Wirtschaftswachstum in der Schweiz - Sinkendes Wohlstandsniveau	- Das RCEP, ein Freihandelsabkommen zwischen den ASEAN-Staaten, Indien, China und weiteren Pazifikanrainern, schafft eine wirtschaftlich dynamische Grossregion und stärkt die Position Chinas - Gescheiterte Verhandlungen zur Schaffung des TPP schwächen die USA - Die Schweiz ist zusammen mit den angrenzenden Gebieten der Nachbarländer eine wirtschaftlich erfolgreiche Region - Starke Migration und hoher Austausch von Fachkräften zwischen der Schweiz und Asien

Soziokulturelle Dimension	- Hohe Einwanderung von Fachkräften in die Schweiz - Zunahme der Wohlstandsunterschiede - Kurzlebige und flexible Arbeitsverhältnisse - Kulturelle Diversität und vielfältige Formen des Zusammenlebens - Fortschreitende Individualisierung und schwindender gesellschaftlicher Zusammenhalt - Aufgrund hoher Einwanderung und hoher Steuereinnahmen wird der Druck auf den Sozialstaat vermindert	- Wenig Einwanderung, die Schweiz wird ein Auswanderungsland - Doppelbelastung der Frauen aufgrund höherer Erwerbstätigkeit und mangelnder externer Betreuungsmöglichkeiten - Rückgang der Geburtenrate und wenig Einwanderung führen zu beschleunigter Alterung der Gesellschaft - Stark erhöhter Druck auf die Sozialversicherungen - Qualität der medizinischen Versorgung gefährdet	- Wenig Einwanderung in die Schweiz und steigende Arbeitslosigkeit erhöhen den Druck auf die Sozialversicherungen - Milizprinzip und Rückbesinnung auf traditionelle Werte - Die Familie als soziale Institution gewinnt an Bedeutung - Stark eingeschränkte Entscheidungsfreiheit der Frauen zwischen Arbeit und Familie	- Grosse Migrationsströme und kultureller Austausch zwischen Europa sowie Süd- und Ostasien - Hoher Anpassungsstress und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt infolge Einwanderung Hochqualifizierter erzeugen gesellschaftliche Spannungen
Technologische Dimension	- Wirtschaftsdynamik und Vernetzung fördert rasante und sprunghafte technologische Entwicklung - Staatenübergreifende Kooperation hinsichtlich Forschung und Entwicklung sowie Kontrolle und Verbreitung von Schlüsseltechnologien	- Wettlauf um Rohstoffe bietet Anreiz für effizienzsteigernde Technologien - Technologisches Wettrüsten zwischen Grossmächten löst Technologiesprünge aus - Neue Technologien können schwer reguliert werden. Risiko gefährlicher Technologien und Zunahme von Cybervorfällen	- Technologische Innovation schreitet kontinuierlich voran, aber ohne sprunghafte Entwicklungen - Hohes Risiko von Wirtschaftsspionage	- Technologische Innovation schreitet kontinuierlich voran, aber ohne sprunghafte Entwicklungen - Hohes Risiko von Wirtschaftsspionage
Ökologische Dimension	- Stark zunehmender Verbrauch und damit Verknappung von Rohstoffen - Einigung über bindende Reduktionsziele an internationalen Klimaverhandlungen - Geringere Umweltbelastung dank effizienter Technologien - Neue Technologien bergen Potenzial für nicht beurteilbare Umweltgefahren	- Klimawandel kann aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstum und effizienzsteigernder Technologien verlangsamt werden - Die hohen Rohstoffpreise setzen in der Schweiz Anreize für die Verbesserung der Energieeffizienz - Erhöhung der inländischen Stromproduktion durch den Ausbau erneuerbarer Energien - Stromproduktion und -verbrauch wurden dezentral	- Zugang zu Rohstoffen als entscheidender Wettbewerbsvorteil und Druckmittel - Steigende Belastung der Umwelt infolge fehlender internationaler Standards bei der Rohstoffförderung, wegen des Wirtschaftswachstums sowie der fortschreitenden Urbanisierung in Schwellenländern - Erschwerte Anpassung an den Klimawandel	- Stark zunehmender Verbrauch und damit Knappheit an Rohstoffen - Starke Belastung der Umwelt, da die externen Effekte des hohen Wirtschaftswachstums nicht durch neue effizienzsteigernde Technologien kompensiert werden können - Rascher Anstieg des CO_2-Gehalts der Atmosphäre - Erschwerte Anpassung an den Klimawandel
Rechtliche Dimension	- Globale Standards im wirtschaftlichen Bereich - Mehr legislative Aufgaben für den Zentralstaat; das Gewicht der einzelnen Kantone nimmt aufgrund von engeren Zusammenarbeitsformen unter den Gliedstaaten ab - Reformen der politischen Rechte	- Auf globaler Ebene existieren zwei Wirtschaftszonen (Ost / West) mit unterschiedlichen Standards - Wenig globale / multilaterale Regulierung der neuen Technologien	- Normen- und Rechtsvielfalt - Keine globale Gouvernanz, Zerfall der Rechtsstaatlichkeit in vielen Regionen - Es werden lediglich völkerrechtliche Minimalstandards umgesetzt	- Forderung nach erleichterten Einbürgerungen und Druck zur Gewährung politischer Rechte an sesshafte Ausländerinnen und Ausländer - Schutz des geistigen Eigentums wird von China vorangetrieben

Chancen und Gefahren für das Jahr 2030

Beschreibung der Chancen und Gefahren

Politische Dimension

Die Stärkung des Systems globaler Gouvernanz stellt für die Schweiz im Szenario *Überholspur* eine Chance dar. Sie kann auf internationaler Ebene ihre Interessen wahren und das Sicherheitsniveau ist hoch. Im System globaler Gouvernanz kann die Schweiz im Szenario *Überholspur* ihre Expertise bei der Weiterentwicklung des Völkerrechts einbringen. Die starke Einbettung in diesem System geht im Szenario *Überholspur* jedoch auch mit einer zunehmenden Abhängigkeit in verschiedenen Bereichen einher. Wo das System der globalen Gouvernanz eine Schwächung erfährt, das heisst in den Szenarien *Stockender Verkehr* und *Steiniger Weg*, bedeutet dies eine Gefahr für die Schweiz, und die Wahrung ihrer Interessen ist erschwert.

In den konflikthaltigen Szenarien *Stockender Verkehr* und *Steiniger Weg* ist die Bedrohungslage der Schweiz erhöht, jedoch kann sie sich als anerkannte Vermittlerin und Brückenbauerin positionieren, im Szenario *Seidenstrasse* insbesondere innerhalb des asiatischen Raumes. Die Erfahrungen der Schweiz als föderaler Staat sind in dem von Regionalisierung geprägten Szenario *Steiniger Weg* gefragt.

Mit den steigenden Wohlstandsunterschieden im Szenario *Überholspur* geht ein schwindendes Vertrauen der Gesellschaft in das politische System einher. Die nationale Kohäsion ist geschwächt. In den Szenarien *Stockender Verkehr* und *Seidenstrasse* nimmt das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik aufgrund von gesellschaftlichen Spannungen ebenfalls ab, und die Mechanismen der direktdemokratischen Entscheidfindung sind geschwächt. Während in den Szenarien *Überholspur* und *Seidenstrasse* Richtungskämpfe die politische Agenda mitprägen, rücken in den Szenarien *Stockender Verkehr* und *Steiniger Weg* Verteilkämpfe in den Vordergrund.

Wirtschaftliche Dimension

Aus wirtschaftlicher Sicht ist die Vernetzung der Schweiz in den Szenarien *Überholspur* und *Seidenstrasse* eine Chance. Im Szenario *Überholspur* profitieren die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte von der internationalen Arbeitsteilung, vom Marktzugang und von Exporten. Jedoch können die starke Interdependenz und der Einsatz neuer Technologien auch das Risiko der Abhängigkeit und Verletzlichkeit steigern, und der weltweit hohe Ressourcenverbrauch verteuert die Importe. Die enge wirtschaftliche Vernetzung mit dem asiatischen Raum im Szenario *Seidenstrasse* schafft einen neuen Marktzugang für Schweizer Firmen, bedeutet jedoch auch eine erhöhte Konkurrenz und zunehmenden Wettbewerbsdruck.

In den Szenarien *Stockender Verkehr* und *Steiniger Weg* zeigt sich die schwache wirtschaftliche Vernetzung auch in Finanzierungslücken bei der sozialen Sicherheit. Zentral für das Szenario *Stockender Verkehr* sind die abgekühlten Beziehungen zur EU. Die Schweiz verliert an Innovationskraft und büsst an Attraktivität für Unternehmen und Fachkräfte ein. In beiden Szenarien droht der Verlust von Talent und Fachkenntnissen durch *Brain-Drain*.

Das schweizerische Bildungssystem kann sich in den Szenarien *Stockender Verkehr* und *Seidenstrasse* an die sich verändernden Herausforderungen des Arbeitsmarkts anpassen.

In den Szenarien *Überholspur* und *Seidenstrasse* sind die Einwanderung und das Bevölkerungswachstum hoch, und die Nachfrage nach Wohnraum wie auch die Belastung der Infrastruktur intensivieren sich. Im Szenario *Stockender Verkehr* häufen sich Infrastrukturengpässe aufgrund fehlender Mittel und sich rasch ablösender Technologien.

Soziokulturelle Dimension

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist im Szenario *Überholspur* strapaziert, kann jedoch dank den für die soziale Wohlfahrt vorhandenen Mitteln abgemildert werden. Die Alterung der Gesellschaft hat sich dank hoher Einwanderung verlangsamt. In dieser Leistungsgesellschaft häufen sich psychische Belastungskrankheiten, aber auch Zivilisationskrankheiten. Im Szenario *Stockender Verkehr* beschleunigt sich die Alterung der Gesellschaft, und die intergenerationelle Solidarität ist gefährdet. Demgegenüber erstarkt im Szenario *Steiniger Weg* der Gemeinschaftssinn, und die familiären Strukturen gewinnen an Bedeutung. Aufgrund der knappen öffentlichen Mittel nimmt jedoch die finanzielle Solidarität zwischen den Kantonen ab. Das Szenario *Seidenstrasse* ist geprägt von einer sich vergrössernden Einkommensschere und einem abnehmenden gesellschaftlichen Zusammenhalt aufgrund des Anpassungsdrucks an die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik und aufgrund der hohen Einwanderung. Bei den Szenarien *Überholspur* und *Seidenstrasse* fällt die Integration bestimmter sozialer Schichten in den Arbeitsmarkt schwer, der Leistungsdruck und die sprachlichen, interkulturellen und technologischen Anforderungen erhöhen sich.

Ein Fortschritt in der Geschlechtergerechtigkeit im Berufsleben ist im Szenario *Überholspur* festzustellen; externe Betreuungsmöglichkeiten haben sich etabliert. Demgegenüber ist die Vereinbarkeit von Beruf und Privat- oder Familienleben in den Szenarien *Stockender Verkehr* und *Steiniger Weg* erschwert.

In den Szenarien *Überholspur* und *Stockender Verkehr* führt die technologische Entwicklung zu einer weiteren Qualitätssteigerung im Gesundheitswesen, jedoch herrscht im Szenario *Stockender Verkehr* auch im medizinischen Bereich Fachkräftemangel. Der Kostendruck auf das Gesundheitssystem und auf sämtliche Institutionen der sozialen Sicherheit ist im Szenario *Steiniger Weg* besonders spürbar.

Technologische Dimension

Die Entwicklung von neuen Technologien stellt insbesondere in den Szenarien *Überholspur* und *Stockender Verkehr* sowohl eine Chance als auch eine Gefahr dar. Während die Cybersicherheit im Szenario *Überholspur* dank enger internationaler Kooperation verstärkt ist, wird es in den Szenarien *Stockender Verkehr* und *Seidenstrasse* aufwendiger, die Cybersicherheit zu gewährleisten. Weiter profitiert beispielsweise die Landwirtschaft in den Szenarien *Überholspur* und *Stockender Verkehr* dahingehend von ressourceneffizienten Technologien, dass sie die Nutzung und Pflege der Kulturlandschaft nachhaltig ausrichten kann.

Im Szenario *Überholspur* steigen sowohl die Attraktivität des Bildungs- und Forschungsplatzes als auch die Innovationskraft der Schweiz. Auch im Szenario *Seidenstrasse* ist die Schweiz als Innovationsstandort durch die Forschungspartnerschaften mit Asien gut positioniert. Demgegenüber sind die schwache internationale Vernetzung und der Mangel an Spitzenkräften im Szenario *Steiniger Weg* spürbar, und der Bildungs- und Forschungsstandort Schweiz verliert an Bedeutung.

Ökologische Dimension

Im Szenario *Überholspur* gelingt es der internationalen Gemeinschaft, Klimaziele zu vereinbaren, und die Schweiz gilt als Vorreiterin in Klimafragen. Eine hohe Belastung erfährt die Umwelt in den Szenarien *Überholspur* und *Seidenstrasse* dennoch, aufgrund des hohen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums. Im Szenario *Überholspur* stehen jedoch die finanziellen und technologischen Mittel zur Verfügung, um die negativen Auswirkungen des Wirtschaftswachstums (teilweise) kompensieren zu können. Die Umwelt leidet in den Szenarien *Steiniger Weg* und *Seidenstrasse* stark, denn die finanziellen oder technologischen Mittel für Umweltmassnahmen fehlen.

Im Szenario *Stockender Verkehr* erreicht die Schweiz dank der technologischen Entwicklung und aufgrund des Drucks zur Sparsamkeit eine grosse Steigerung der Effizienz bei der Ressourcen- und Rohstoffnutzung. In diesem Szenario reduziert sich der Druck auf die Siedlungsfläche.

Rechtliche Dimension

Im Szenario *Überholspur* verstärkt sich die internationale Kooperation in Sicherheits- und Rechtsfragen, jedoch erfährt die Schweiz mit dem Druck, internationale Rechtsgrundlagen zu übernehmen, einen Souveränitätsverlust. In den Szenarien *Stockender Verkehr* und *Steiniger Weg* herrscht aufgrund der mangelnden internationalen Abstimmung Rechtsunsicherheit. Das Szenario *Seidenstrasse* birgt die Gefahr, dass das Verhältnis mit den asiatischen Partnern aufgrund unterschiedlichen Umgangs mit Menschen- und Minderheitsrechten und divergierender Wertesysteme belastet wird.

Chancen und Gefahren auf Bundesebene

Überholspur	Chancen	Gefahren
Politische Dimension	- Die Schweiz kann ihre Interessen wahren, da sie im gestärkten System globaler Gouvernanz als Partnerin für politische Zusammenarbeit gut positioniert und attraktiv ist und weil die Erfahrungen der Schweiz als föderaler Staat bei der Weiterentwicklung des Völkerrechts gefragt sind - Das internationale und das nationale Sicherheitsniveau werden aufgrund gestärkter internationaler Organisationen verbessert	- Die Schweiz büsst an Einfluss auf internationaler Ebene ein, da sie als Vermittlerin weniger gefragt ist - Die Schweiz wird aufgrund der hohen Einbettung im System globaler Gouvernanz in unterschiedlichen Bereichen abhängiger - Schwächung der nationalen Kohäsion und der Prinzipien des Föderalismus aufgrund der Verlagerung von Entscheidungen auf die supranationale Ebene - Schwindendes Vertrauen in das politische System sowie Entkoppelung der Gesellschaft von der Politik und der Wirtschaft, aufgrund zunehmenden Misstrauens gegenüber Eliten und der steigenden Wohlstandsunterschiede
Wirtschaftliche Dimension	- Wohlstandsgewinne in der Schweiz und ausgeglichener öffentlicher Haushalt aufgrund internationaler Arbeitsteilung und dynamischer Exporte - Die Volkswirtschaft der Schweiz profitiert vom Wachstum des Finanzplatzes Schweiz, der durch zunehmende internationale Regulierung und starke wirtschaftliche Vernetzung gestärkt wird - Wachstum der Tourismusbranche aufgrund der hohen Mobilität und Vernetzung der Schweiz - Das Innovationspotenzial der Schweiz kann gänzlich ausgeschöpft werden, da sie ein attraktiver Standort für multinationale Unternehmen, international vernetzte Spitzenforscher wie auch für KMU und hochqualifizierte Arbeitskräfte ist - Die Schweiz ist ein beliebtes Einwanderungsland für qualifizierte Arbeitskräfte, aufgrund der hohen Vernetzung und bestehender Abkommen - Bewahrung der Expertise älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da diese aufgrund besserer Gesundheit länger im Arbeitsleben bleiben können - Die öffentliche Hand kann die steigenden Ausgaben der Grundversorgung dank wachsender Einnahmen decken - Gebremste Zersiedelung aufgrund von Wachstumskonzentration in den urbanen Zentren	- Steigendes Risiko eines ökonomischen Einbruchs aufgrund von Überhitzungsgefahr und starker Interdependenz - Mehrkosten für die Schweiz aufgrund der Verknappung natürlicher Ressourcen - Unsichere Arbeitsplätze aufgrund beschleunigten Strukturwandels durch technologische Veränderung - Durch die Einwanderung akademisch gebildeter Personen geraten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit praxisorientierten Schweizer Bildungsabschlüssen unter Druck - Mehraufwand bei der Rekrutierung und steigende Lohnkosten für die Arbeitgeber aufgrund der sich vergrössernden Konkurrenz um Fachkräfte - Steigende Kosten bei der Infrastruktur aufgrund des raschen technologischen Wandels und des hohen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums - Der Wohnraum in der Schweiz verteuert sich, da Boden sehr stark nachgefragt wird und sich vor allem internationale Eliten niederlassen - Aufschieben struktureller Probleme wie der Finanzierung der Sozialversicherungen oder möglicher Spekulationsblasen aufgrund der vorhandenen Mittel - Schweizer Landwirtschaft muss sich aufgrund der Handelsliberalisierung einer starken internationalen Konkurrenz stellen
Soziokulturelle Dimension	- Gesellschaftliche Spannungen können mittels höheren Transferzahlungen zwischen Gebietskörperschaften und der sozialen Wohlfahrt abgemildert werden, da öffentliche Gelder aufgrund des hohen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums verfügbar sind und besser verteilt werden können - Die sprachliche, religiöse, sozioökonomische und soziokulturelle Vielfalt der Schweizer Bevölkerung verstärkt die soziale Kohäsion - Verlangsamte Alterung der Gesellschaft aufgrund hoher Einwanderung - Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufgrund günstiger Rahmenbedingungen - Die Gesundheitsversorgung ist gut dank der Forschung und der Entwicklung der Medizinaltechnologien	- Gefährdeter gesellschaftlicher Zusammenhalt und Anstieg der Gewaltbereitschaft, aufgrund zunehmender Individualisierung, steigender Wohlstandsunterschiede sowie kultureller und religiöser Heterogenität - Milizsystem gerät unter Druck aufgrund steigender Leistungsanforderungen bei der Erwerbsarbeit - Der digitale Graben in der Gesellschaft vertieft sich aufgrund der unterschiedlichen Befähigung verschiedener Bevölkerungsgruppen und aufgrund der Schwierigkeit, mit der rasanten technologischen Entwicklung Schritt zu halten - Die Einkommensschere vergrössert sich, weil sich die Anforderungen an Flexibilität sowie an sprachliche, interkulturelle und technologische Kompetenzen stark erhöhen, diese Erwartungen nur wenige erfüllen können und die Arbeitsverhältnisse zunehmend prekär werden - Zunahme der Zivilisationskrankheiten wie Übergewicht und Diabetes, insbesondere bei den unteren Einkommensschichten - Starke Zunahme von psychischen Belastungskrankheiten wie Burnout und schwierigere Einbindung von betroffenen Menschen in den Arbeitsmarkt, da der Druck durch die Leistungsgesellschaft immer mehr zunimmt

Technologische Dimension	- Die Attraktivität des Bildungs- und Forschungsstandorts Schweiz steigt, weil die Schweiz im Forschungs- und Innovationswettbewerb konkurrenzfähig ist und die Mittel dafür bereitstehen - Verstärkung des Datenschutzes und der Cybersicherheit aufgrund technologischer Entwicklung, enger internationaler Kooperation und der Stärkung globaler Standards - Die Landwirtschaft und die damit einhergehende Nutzung und Pflege der Kulturlandschaft können sich aufgrund neuer ressourceneffizienter Technologien und Methoden nachhaltiger ausrichten	- Zunehmende Verletzlichkeit der Wirtschaft aufgrund starker Vernetzung und wachsender Abhängigkeit von IKT-Systemen - Potenziell grosse Technologierisiken durch rasche technologische Entwicklung
Ökologische Dimension	- Die Schweiz gilt als Vorreiterin in Klimafragen aufgrund des vorhandenen Fachwissens im *Cleantech*-Bereich und in der Umweltforschung - Die Energieeffizienz und die Effizienz bei der Ressourcen- und Rohstoffnutzung werden aufgrund des technologischen Fortschritts erhöht - Erhöhtes Umweltbewusstsein und steigende Bereitschaft für Investitionen im Umweltbereich, da finanzielle Mittel vorhanden sind	- Hohe Umweltbelastung und gefährdete Biodiversität aufgrund des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums, des zunehmenden Ressourcenverbrauchs sowie des Einsatzes potenziell gefährlicher Technologie bei der Energieproduktion - Die Schweiz ist von globalen Umweltgefahren betroffen, die aufgrund des erhöhten Abbaus und der intensivierten Nutzung natürlicher Ressourcen zunehmen
Rechtliche Dimension	- Zunahme der Rechtssicherheit und des Einflusses für die Schweiz aufgrund stärkerer Regulierung auf globaler Ebene - Verbesserte Bekämpfung globaler Kriminalität aufgrund internationaler Kooperation bei der Strafverfolgung	- Souveränitätsverlust aufgrund verstärkten Drucks, internationale Rechtsgrundlagen zu übernehmen und das Rechtssystem anzupassen - Steigende Kosten aufgrund zunehmender Regulierungsdichte - Zunahme der internationalen Kriminalität aufgrund der steigenden wirtschaftlichen Vernetzung
Stockender Verkehr		
Politische Dimension	- Die Schweiz kann sich als Vermittlerin positionieren, da sie aufgrund ihrer Neutralität und ihrer langjährigen Tradition der guten Dienste bei den Konfliktparteien akzeptiert ist - Die Schweiz kann in der Diplomatie Nischen besetzen und Brücken bauen, da sie keiner Allianz angehört und flexibel auf Krisen reagieren kann	- Abnehmende Befähigung der Schweiz zur Wahrung ihrer Interessen auf internationaler Ebene aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Isolation - Zunehmender Druck von aussen auf die Schweiz sowie steigende Bedrohungslage aufgrund des schwächeren globalen Rechtssystems und veränderter globaler Machtverhältnisse - Der Konflikt zwischen den Wirtschaftsräumen Ost und West gefährdet die Neutralität der Schweiz und erhöht den Druck zur Parteinahme - Verschlechterung der Sicherheitslage aufgrund beschränkter finanzieller Mittel für Sicherheitsausgaben - Schwindendes Vertrauen und abnehmende Unterstützung der Bevölkerung für den politischen Kurs der Behörden, aufgrund von Verteilkämpfen, Radikalisierung und Abschottungstendenzen in der Gesellschaft
Wirtschaftliche Dimension	- Die Schweiz kann ihre wirtschaftlichen Regulierungen auf Wettbewerbsfähigkeit fokussieren, ohne diese jener der wichtigsten Absatzmärkte anzugleichen - Steigerung der Erwerbstätigkeit von qualifizierten Frauen und älteren Arbeitskräften, einschliesslich Kaderstufe, dank erhöhter Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt - Das Bildungssystem – insbesondere die Berufsbildung – kann rasch auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes und die technologischen Veränderungen reagieren	- Die Schweiz verzeichnet wirtschaftliche Einbussen, Mehrkosten sowie Versorgungsengpässe, da der Zugang zum EU-Absatzmarkt und zu Rohstoffen eingeschränkt ist - Nachteile im internationalen Steuerwettbewerb und Rechtsunsicherheit für den Unternehmensstandort Schweiz aufgrund schwacher Regulierung auf globaler Ebene - Der Finanzplatz Schweiz verliert aufgrund der gestörten Beziehungen zur EU als wichtigster Kundin an Bedeutung - Die schweizerische Innovationskraft leidet und die Hochschullandschaft Schweiz verliert an Bedeutung, da mehr Hochqualifizierte aus- statt einwandern (*Brain-Drain*) und aufgrund der abnehmenden Forschungsabkommen mit anderen Staaten - Verlust von Innovationspotenzial, Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen aufgrund der Abwanderung multinationaler Konzerne - Sinkende Attraktivität des schweizerischen Arbeitsmarktes aufgrund sinkender Löhne - Finanzierungslücken bei der sozialen Sicherheit und angespannte Lage der öffentlichen Haushalte aufgrund langsam wachsender Einnahmen und steigender Ausgaben bei der Grundversorgung - Häufung von Infrastrukturengpässen und von Fehlinvestitionen, da sich neue Technologien sehr schnell ablösen und die finanziellen Mittel knapp sind

Soziokulturelle Dimension	- Die Gesundheitsversorgung ist gut dank der Forschung und Entwicklung bei den Medizinaltechnologien	- Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist aufgrund der schwachen Wirtschaftslage und daraus resultierenden Verteilkämpfen gefährdet - Strapazierte intergenerationelle Solidarität aufgrund beschleunigter Alterung der Gesellschaft, erhöhten Risikos von Altersarmut und zunehmender Jugendarbeitslosigkeit - Ausgrenzung von Teilen der Gesellschaft, da nicht alle am technologischen Fortschritt teilhaben können - Doppelbelastung der Familien und Verschlechterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufgrund mangelnder externer Betreuungsmöglichkeiten - Die Abschottung der einheimischen Bevölkerungsgruppen führt zu Spannungen mit ausländischen Bevölkerungsgruppen - Mängel in der Betreuung kranker und pflegebedürftiger Personen infolge Fachkräftemangels und Mangels an geeigneten Infrastrukturen wegen schwacher Zuwanderung und mangelnder finanzieller Mittel - Starker Anstieg der Gesundheitskosten, aufgrund der technologischen Entwicklung mit gleichzeitiger schlechter Wirtschaftslage sowie einer alternden Gesellschaft
Technologische Dimension	- Die Schweiz kann sich als Standort für Rechenzentren und die IT-Industrie etablieren, da die geografischen, politischen und rechtlichen Bedingungen dafür günstig sind - Die Landwirtschaft und die damit einhergehende Nutzung und Pflege der Kulturlandschaft können sich aufgrund neuer ressourceneffizienter Technologien und Methoden nachhaltiger ausrichten	- Wachsende Cyberbedrohung und zunehmende Attraktivität der Schweiz als Drehscheibe für Cyberkriminalität aufgrund schwacher internationaler Zusammenarbeit in Cyberfragen - Potenziell grosse Technologierisiken durch rasche technologische Entwicklung
Ökologische Dimension	- Die Effizienz bei der Ressourcen- und Rohstoffnutzung und der Schliessung der Materialkreisläufe wird aufgrund des technologischen Fortschritts und der Ressourcenknappheit erhöht - Geringerer Druck auf die Umwelt und die Siedlungsfläche in der Schweiz aufgrund des gebremsten Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums	- Der Mangel an finanziellen Ressourcen wirkt sich negativ auf den Umweltschutz aus
Rechtliche Dimension		- Rechtsunsicherheit und mangelnde Abstimmung aufgrund geringerer internationaler Kooperation in Rechtsfragen - Konflikt zwischen direkter Demokratie in der Schweiz und internationalen Prinzipien oder Verträgen aufgrund zunehmender Verrechtlichung auf globaler Ebene - Zunehmende Kriminalität aufgrund des sinkenden Wohlstands und mangelnder Mittel für die öffentliche Sicherheit

Steiniger Weg

Politische Dimension	- Die Schweiz kann sich als Vermittlerin positionieren, da sie aufgrund ihrer Neutralität und ihrer langjährigen Tradition der guten Dienste bei den Konfliktparteien akzeptiert ist und weil ihre Erfahrungen als föderaler Staat gefragt sind - Steigendes Vertrauen in die politischen Institutionen und geebneter Weg für Konsensfindung aufgrund der Rückbesinnung auf traditionelle Werte	- Erschwerte Wahrung schweizerischer Interessen auf globaler Ebene und zunehmender Druck der Grossmächte aufgrund der Regionalisierung und des schwachen internationalen Gouvernanzsystems - Internationales Genf verliert an Bedeutung, da internationale Organisationen aufgrund gescheiterter Reformen geschwächt sind - Der internationale Druck (bspw. in Finanz- und Steuerfragen) auf die Schweiz nimmt zu, da sie ohne richtigen Partner dasteht - Unsicherheit und grössere Planungsschwierigkeiten aufgrund von Regionalisierung, Machtpolitik und schwachem internationalen Gouvernanzsystem - Erhöhte Bedrohung der Schweiz von aussen aufgrund geschwächter internationaler Kooperation in Sicherheitsfragen

Wirtschaftliche Dimension	- Die Schweiz kann ihre wirtschaftlichen Regulierungen auf Wettbewerbsfähigkeit fokussieren, ohne diese jener der wichtigsten Absatzmärkte anzugleichen - KMU schaffen Innovation für den Binnenmarkt aufgrund ihrer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit	- Stagnierende Wirtschaft aufgrund der schwachen Vernetzung mit der EU und des erschwerten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen - Die Hochpreisinsel Schweiz verstärkt sich, da der Schutz des Binnenmarktes zu-, die Wettbewerbsintensität hingegen abnimmt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig leidet - Die Schweiz verliert an Attraktivität für internationale Unternehmen, da sie wirtschaftlich schwach vernetzt ist, weil Steuern steigen und Fachkräfte fehlen - Der Finanzplatz Schweiz verliert an Bedeutung aufgrund der gestörten Beziehungen zur EU als wichtigster Kundin und der schwachen wirtschaftlichen Vernetzung der Schweiz - Die schweizerische Innovationskraft leidet, da mehr Hochqualifizierte aus- statt einwandern (*Brain-Drain*) und weniger in Bildung und Forschung investiert wird sowie aufgrund des erschwerten Zugangs zum Weltmarkt - Finanzierungslücken bei der sozialen Sicherheit und angespannte Lage der öffentlichen Haushalte aufgrund steigender Ausgaben und kaum wachsender Einnahmen - Erschwerter Unterhalt und Ausbau der Infrastruktur aufgrund knapper finanzieller Mittel
Soziokulturelle Dimension	- Bedeutungsgewinn der familiären Strukturen und gestärkter Gemeinschaftssinn innerhalb gesellschaftlicher Gruppen, da eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte stattfindet - Stabilität und Chancenausgleich durch das duale Bildungssystem der Schweiz, weil Menschen mit praxisorientierten Berufen gefragt sind - Erhöhtes Gesundheitsbewusstsein und verbesserte Prävention aufgrund steigender Behandlungskosten und erschwerter Finanzierung	- Gesamthaft sinkende Lebensqualität und abnehmende gesellschaftliche Kohäsion aufgrund des sinkenden Gesamtwohlstands - Gefährdete Solidarität zwischen Stadt und Land, Sprachregionen, Bund und Kantonen aufgrund angespannter finanzieller Lage - Zunehmendes Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich sowie Gefährdung des sozialen Friedens aufgrund ungesicherter Finanzierung der Sozialwerke und blockierter Reformen - Strapazierte intergenerationelle Solidarität aufgrund beschleunigter Alterung der Gesellschaft, erhöhten Risikos von Altersarmut und zunehmender Jugendarbeitslosigkeit - Einschränkung der Geschlechtergerechtigkeit und der Wahlfreiheit für Familien zwischen Beruf und Betreuung von Angehörigen aufgrund der Arbeitsmarktsituation, der Verlagerung der Betreuung in den unbezahlten Bereich und des Erstarkens traditioneller Werte - Zunahme religiöser Spannungen sowie erhöhter Anpassungsdruck auf bereits ansässige ausländische Bevölkerung aufgrund der schwachen Wirtschaftslage - Finanzieller Druck auf das Gesundheitssystem und eingeschränkter Zugang wegen des Fachkräftemangels und der demografischen Entwicklung
Technologische Dimension		- Schwächung der Position der Schweiz bei der Technologieentwicklung aufgrund mangelnder Finanzen und Infrastruktur sowie der Wirtschaftsspionage - Technologierisiken aufgrund des verlängerten Einsatzes bestehender, potenziell gefährlicher Technologien zur Energieproduktion, um Versorgungsengpässe zu umgehen
Ökologische Dimension	- Geringerer Druck auf die Biodiversität und den Boden in der Schweiz aufgrund des gebremsten Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums	- Abgeschwächte Effizienz bei der Ressourcen- und Rohstoffnutzung aufgrund der langsam voranschreitenden Technologisierung - Gefährdete Ökosysteme (Wasser, Luft) aufgrund knapper finanzieller Mittel für den Umweltschutz - Erschwerte Verhinderung und Bewältigung von umfangreichen Klimaschäden aufgrund fehlender technologischer und finanzieller Mittel
Rechtliche Dimension		- Nachteile für die Schweiz aufgrund schrittweiser Untergrabung des Völkerrechts in Konflikten - Rechtsunsicherheit und mangelnde Abstimmung aufgrund geringerer internationaler Kooperation in Rechtsfragen - Zunehmende Kriminalität in verschiedenen Bereichen aufgrund des sinkenden Wohlstands und mangelnder Mittel für die öffentliche Sicherheit

Seidenstrasse

Politische Dimension	- Der aussenpolitische Einfluss der Schweiz wächst, und sie kann ihre Interessen wahren, da sie gute Beziehungen zum asiatischen Raum pflegt, positiv wahrgenommen wird und als Vermittlerin anerkannt ist - Die Schweiz kann zwischenstaatliche Abkommen zu einzelnen EU-Ländern ausbauen, da sie bereits über enge wirtschaftliche Beziehungen verfügt und aufgrund der geringen Kohäsion innerhalb der EU - Die Schweiz verfügt über einen Vorteil hinsichtlich des Abschlusses neuer Abkommen mit asiatischen Ländern, da sie von den bereits bestehenden Abkommen profitiert	- Starke Abhängigkeit vom asiatischen Raum aufgrund der engen wirtschaftlichen Vernetzung - Schwindendes Vertrauen und abnehmende Unterstützung der Bevölkerung für den politischen Kurs der Behörden aufgrund von Richtungskämpfen in der Gesellschaft - Erschwerte Konsensfindung und blockierte Prozesse der direktdemokratischen Entscheidfindung aufgrund der Radikalisierung von Gesellschaftsgruppen - Abnehmende Akzeptanz für demokratische Entscheide aufgrund des zunehmenden Anteils der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz, der nicht über politische Rechte verfügt - Unterschätzung wichtiger Entwicklungen aufgrund des geringen Anpassungsdrucks wegen der vorhandenen Mittel

Wirtschaftliche Dimension	- Ausgeglichener öffentlicher Haushalt aufgrund der durch den intensiven Handel mit dem asiatischen Raum stimulierten Wirtschaft - Die Schweiz kann ihre wirtschaftlichen Regulierungen auf Wettbewerbsfähigkeit fokussieren, ohne diese jener der wichtigsten Absatzmärkte anzugleichen – Die Schweiz kann neue Absatzmärkte erschliessen und Nischen nutzen, da abgeschlossene Abkommen mit asiatischen und afrikanischen Ländern bereits bestehen und die hohe Qualität der Schweizer Exportprodukte geschätzt wird - Konkurrenzstarke Branchen der Schweizer Wirtschaft können aufgrund der starken Vernetzung und des gewährleisteten Marktzugangs auf dem Weltmarkt Nischen besetzen – Innovation in spezifischen Nischen ist möglich, weil neue Absatzmärkte erschlossen werden müssen - Die Schweiz ist aufgrund der hohen Vernetzung und bestehender Abkommen ein beliebtes Einwanderungsland für qualifizierte Arbeitskräfte - Gebremste Zersiedelung aufgrund einer Wachstumskonzentration in den urbanen Zentren	- Einbussen beim Export aufgrund der abnehmenden Kaufkraft der USA - Beschleunigter Strukturwandel und erhöhte Konkurrenz in der Schweiz aufgrund zunehmender Verlagerung der Produktion nach Asien und des ausgebauten Freihandels mit asiatischen Staaten - Abnehmende Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz im Weltfinanzsystem aufgrund der Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunkts in den asiatischen Raum - Gefährdung der schweizerischen Innovationskraft, da Patentschutzbestimmungen durch Freihandelsabkommen gelockert werden - Infrastrukturengpässe aufgrund steigender, schwer kalkulierbarer Nachfrage
Soziokulturelle Dimension	- Kulturelle Vielfalt aufgrund des regen Austauschs mit dem asiatischen Raum - Verlangsamte Alterung der Gesellschaft aufgrund hoher Einwanderung - Die Finanzierung der sozialen Sicherheit ist aufgrund des hohen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums gesichert - Gute Gesundheitsdienstleistungen dank Ausbildung und Fachkräften	- Soziale Spannungen aufgrund hoher Einwanderung - Gefährdeter gesellschaftlicher Zusammenhalt, aufgrund zunehmender Individualisierung und steigender Wohlstandsunterschiede - Die Einkommensschere vergrössert sich, weil sich die Anforderungen an Flexibilität sowie an sprachliche und interkulturelle Kompetenzen stark erhöhen und diese Erwartungen nur wenige erfüllen können - Instabilität im gesellschaftlichen Zusammenhalt infolge der Zunahme der Arbeitslosigkeit und der ungünstigen Situation der Jugendlichen; Letztere haben zunehmend Schwierigkeiten, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, weil die neuen Arbeitsplätze, die auch der stark zuwandernden Bevölkerung offen stehen, entweder sehr hohe Qualifikationen voraussetzen oder aber überhaupt keine spezifische Ausbildung - Verschlechterung der Stellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund des erhöhten Konkurrenzdrucks durch ausländische Arbeitskräfte - Zunehmende Inzidenz und Intensität von Pandemien aufgrund wachsender globaler Mobilität
Technologische Dimension	- Die Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems gemäss den Herausforderungen des Arbeitsmarktes ist einfacher, da die Schweiz mit ihrem dualen Bildungssystem eine gute Ausgangslage hat - Die Schweiz kann das duale Bildungssystem in den asiatischen Raum exportieren und so die wirtschaftlichen Beziehungen mit Asien stärken - Die Schweiz ist gut positioniert aufgrund ihres Knowhows als Wissens- und Innovationsstandort und aufgrund ihrer Forschungspartnerschaften mit Asien	– Der schweizerische Forschungs- und Innovationsstandort verliert an Vorsprung, da die anderen Länder aufholen - Die Schweiz wird zum Schauplatz von internationaler Cyberspionage und -kriminalität aufgrund interessanter Informationen und fehlender globaler Vernetzung
Ökologische Dimension	- Erhöhtes Umweltbewusstsein und steigende Bereitschaft für Investitionen im Umweltbereich, da finanzielle Mittel vorhanden sind	- Die Effizienz bei der Ressourcen- und Rohstoffnutzung ist aufgrund des verlangsamten technologischen Fortschritts abgeschwächt - Erschwerte Verhinderung und Bewältigung von umfangreichen Klimaschäden aufgrund fehlender technologischer Mittel - Hohe Umweltbelastung und gefährdete Biodiversität aufgrund von Wirtschaftswachstum, Bevölkerungswachstum und zunehmendem Ressourcenverbrauch sowie dem Einsatz potenziell gefährlicher Technologie bei der Energieproduktion
Rechtliche Dimension		- Die Glaubwürdigkeit der Schweiz ist bei der Durchsetzung des Völkerrechts aufgrund intensivierter Handelsbeziehungen mit Asien gefährdet - Uneinigkeit und belastetes Verhältnis mit asiatischen Partnern in Fragen von Menschen- und Minderheitsrechten, aufgrund des divergierenden Wertesystems und -verständnisses

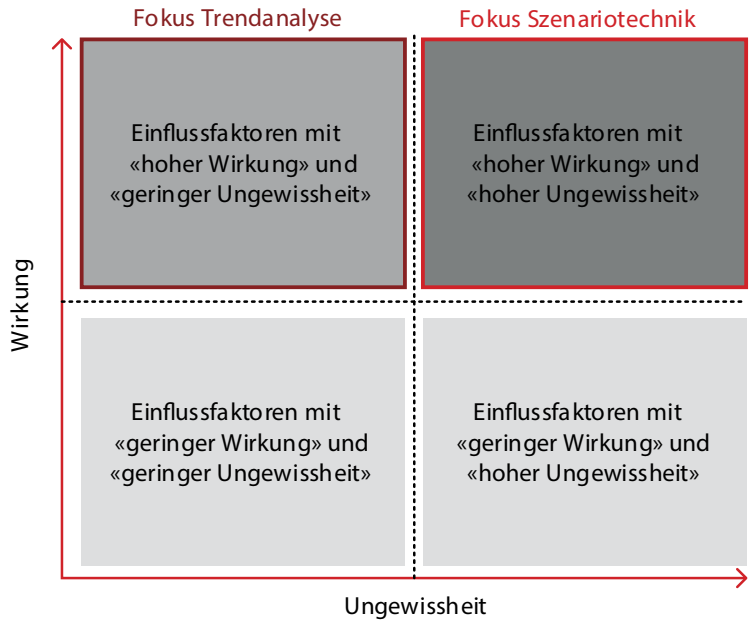
Vorgehen und Methodik

Der Prozess zur Erarbeitung des Berichts «Perspektiven 2030» beruht auf einer Methodenkombination aus Trendanalyse und Szenariotechnik.

Trendforschung befasst sich mit der Erkennung und Deutung bedeutender ökonomischer, ökologischer, technologischer, gesellschaftlicher und kultureller Entwicklungen. Ein Trend ist dabei als eine bedeutsame, über einen bestimmten Zeitraum konstante, meist lineare Entwicklung zu verstehen. Trends haben eine hohe Reichweite und wirken sich häufig auf verschiedene Bereiche aus. Oft sind sie zudem untereinander vernetzt. Ein Trend ist meist stabil und deshalb in seiner zukünftigen Entwicklung relativ gut abschätzbar. Die zentrale, in die Zukunft gerichtete Frage lautet: «Was wäre, wenn sich eine bestehende Entwicklung in etwa gleicher Form weiterentwickeln würde?».

Die Szenariotechnik ist eine der umfassendsten Methoden der Zukunftsforschung und besonders dann geeignet, wenn die Zukunft in einem komplexen und von unsicheren Entwicklungen geprägten Umfeld beschrieben werden soll. Grundsätzlich geht die Zukunftsforschung davon aus, dass die Zukunft aus heutiger Sicht nur in Form von mehreren sich voneinander unterscheidenden Zukunftsszenarien existiert – dies unter der Annahme, dass die langfristige Zukunft mit Ungewissheit behaftet ist und damit nicht vorhersagbar ist. Die Zukunftsforschung will folglich keine Prognosen erstellen. Vielmehr geht es darum, auch mögliche Trendbrüche, Diskontinuitäten und denkbare externe Störereignisse zu berücksichtigen. Die zentrale Frage lautet: «Wie könnten mögliche Zukunftsbilder aussehen, und was müsste in nächster Zukunft geschehen, damit sich ein Zukunftsszenario verwirklicht?».

Abbildung 1: Fokus Trendanalyse und Szeneriotechnik



Wie in Abbildung 1 veranschaulicht wird, liegt der Fokus der Trendanalyse auf jenen Einflussfaktoren, welche einen hohen Handlungsbedarf im Entscheidungssystem Schweiz erzeugen werden («hohe Wirkung»), deren kurz- bis mittelfristige Entwicklung jedoch relativ gut vorhersehbar ist («geringe Ungewissheit»). Im Gegensatz dazu konzentriert sich die Szenariotechnik auf Einflussfaktoren, die ebenfalls einen hohen Handlungsbedarf im Entscheidungssystem Schweiz erzeugen werden («hohe Wirkung»), deren zukünftige

Entwicklung und damit verbundene Chancen und Gefahren jedoch relativ ungewiss sind («hohe Ungewissheit»). In einer stabilen Welt würde eine Trendfortschreibung innerhalb eines definierten Zeithorizonts ausreichen, da keine Unsicherheitsfaktoren berücksichtigt werden müssten. Das Umfeld, in dem wir uns bewegen, wird jedoch zunehmend komplexer, und Unsicherheiten nehmen zu. Entsprechend ist eine Methodenkombination (Trendanalyse und Szenariotechnik) zweckmässig.

Gleichzeitig ist jedoch auch auf die Grenzen eines solchen Prozesses hinzuweisen: Insbesondere sogenannte «schwarze Schwäne» – d.h. Ereignisse, die weitgehend unvorhersehbar und selten sind, gleichzeitig aber gravierende Auswirkungen haben (z. B. 11. September 2001, Vulkanausbruch in Island März 2010, Fukushima März 2011) können nicht vorhergesehen werden. Indem jedoch zusätzlich zu einer Trendanalyse plausible Zukunftsentwicklungen skizziert werden, kann das Bewusstsein für neu auftauchende Entwicklungen und damit das strategische Denken geschärft werden.

Der Gesamtprozess zur Erarbeitung des Berichts «Perspektiven 2030» war in insgesamt fünf Projektphasen gegliedert und erstreckte sich über einen Zeitraum von ca. 12 Monaten.

Der Bericht «Perspektiven 2030» wurde in einem partizipativen, interaktiven Verfahren erzeugt, bei dem sowohl verwaltungsinterne als auch externe Expertinnen und Experten aus einem breiten Spektrum an Fachdisziplinen mitwirkten: Generalsekretärinnen und Generalsekretäre, Mitglieder des Perspektivstabs der Bundesverwaltung, verwaltungsinterne Expertinnen und Experten, bundesverwaltungsexterne Expertinnen und Experten sowie ausländische Think Tanks (vgl. Anhänge).

Der Perspektivstab sowie die verwaltungsinternen Expertinnen und Experten (departementale Fokusgruppen) waren über alle fünf Projektphasen hinweg beteiligt. Damit war sichergestellt, dass das umfangreiche, verwaltungsinterne Wissen in den Prozess einfliesst. Die Generalsekretärinnen und Generalsekretäre sowie die externen Expertinnen und Experten und die ausländischen Think Tanks wurden ausschliesslich in Phase 1 bei der Erarbeitung der Grundlagen einbezogen. Die Bundeskanzlei begleitete den Gesamtprozess zur Erarbeitung des Berichts «Perspektiven 2030».

Abbildung 2: Übersicht über das Vorgehen in fünf Phasen

	Ziel	Ergebnis	Beteiligte	Instrument
Phase 1	Erarbeitung der Grundlagen: Identifikation von Entwicklungstrends und kritischen Einflussfaktoren, die für die Schweiz in den kommenden 15 Jahren massgeblich sein könnten.	Nach Unsicherheit und Wirkung gewichtete Entwicklungstrends / Einflussfaktoren Identifikation von «blinden Flecken» und «schwachen Signalen»	Generalsekretär/-innen Perspektivstab [20] Departementale Fokusgruppen[21] Externe Expert/-innen[22] Ausländische Think Tanks[23]	Online-Befragung; Umfrageinstrument mit offenen und geschlossenen Fragen
Phase 2	Zentrale Einflussfaktoren, gruppiert nach Wirkung und Unsicherheit: Festlegung der Szenarioachsen mit Blick auf die Szenarioentwicklung und -ausarbeitung.	Szenarioachsen mit zwei Extremausprägungen	Departementale Fokusgruppen: Diskussion der nach Wirkung und Unsicherheit gewichteten Einflussfaktoren Perspektivstab: Validierung der nach Wirkung und Unsicherheit gewichteten Einflussfaktoren und Auswahl der Szenarioachsen	Fokusgespräche
Phase 3	Entwicklung und Validierung des Einflussdiagramms / Szenarioausarbeitung	Validiertes Einflussdiagramm / Szenario-ausarbeitung als Grundlage für die Szenariobeschreibung	Sekretariat des Perspektivstabs: Erarbeitung Entwurf Departementale Fokusgruppen: Verfeinerung des Einflussdiagramms sowie der Ausprägungen der Einflussfaktoren Perspektivstab: Validierung des Einflussdiagramms sowie der Ausprägungen der Einflussfaktoren	Fokusgespräche
Phase 4	Szenariobeschreibung	Vier plausible, kohärente und sich deutlich voneinander unterscheidende Zukunftsszenarien	Sekretariat des Perspektivstabs: Erarbeitung Entwurf Szenariobeschriebe Departementale Fokusgruppen: Schriftliche Feedbackrunde Sekretariat PST: Überarbeitung und Fertigstellung der Szenariobeschriebe aufgrund der Feedbackrunde	Schriftliche Erarbeitung und Feedbackrunde auf der Grundlage des validierten Einflussdiagramms
Phase 5	Identifikation von Chancen und Gefahren auf Bundesebene sowie auf Ebene der Departemente	Synthese: Darstellung der Chancen und Gefahren auf Bundesebene sowie auf Ebene der Departemente	Perspektivstab: Identifikation von Chancen und Gefahren auf Bundesebene Departementale Fokusgruppen: Identifikation von Chancen und Gefahren auf den Ebenen Bund und Departemente	Fokusgespräche

20 Siehe Anhang A1.
21 Siehe Anhang A2.
22 Siehe Anhang A3.
23 Siehe Anhang A4.

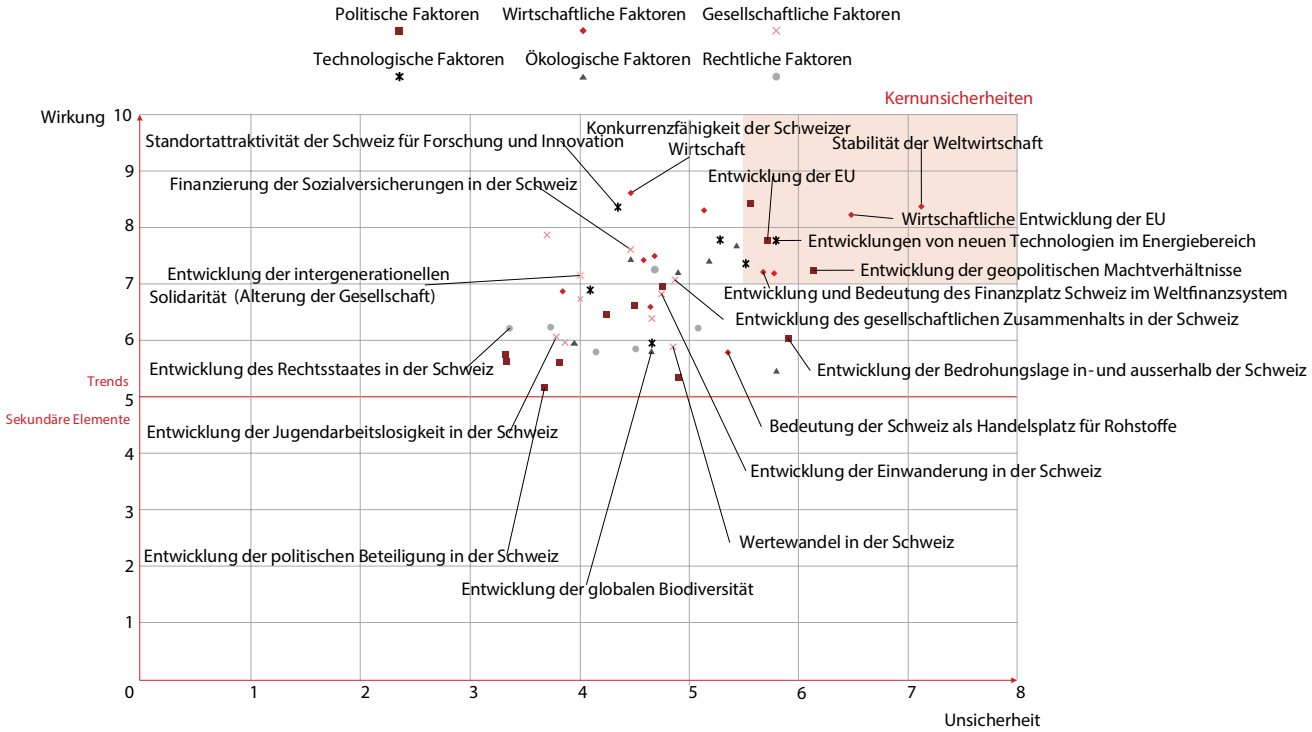
Phase 1: Identifikation und Gewichtung von Entwicklungstrends und Einflussfaktoren

Ziel der ersten Phase war die Identifikation und Gewichtung der wichtigsten Einflussfaktoren und Entwicklungstrends, welche die Schweiz und ihr Umfeld in den kommenden 15 Jahren beeinflussen und prägen.

In einem ersten Schritt wurden die Entwicklungstrends und Einflussfaktoren anhand eines Online-Fragebogens erhoben. Die Erhebung wurde mittels einer offenen Fragestellung durchgeführt: «Welche Entwicklungstrends und Einflussfaktoren (in politischer, rechtlicher, sozialer, ökonomischer, technologischer, ökologischer oder anderer Hinsicht) beeinflussen und prägen die Schweiz und ihr Umfeld in den nächsten rund 15 Jahren?» Anschliessend wurden die erhobenen Entwicklungstrends und Einflussfaktoren durch die Bundeskanzlei auf insgesamt 52 Einflussfaktoren verdichtet.

Im Rahmen des zweiten Schritts der Online-Befragung haben die befragten Expertinnen und Experten die thematisch verdichteten Entwicklungstrends und Einflussfaktoren von 1 (tiefe Wirkung/geringe Unsicherheit) bis 10 (hohe Wirkung/starke Unsicherheit) bewertet. Aufgrund dieser Bewertungen konnten die Einflussfaktoren mit einer hohen Unsicherheit oder einer hohen Wirkung identifiziert werden und in einem Koordinatennetz (sog. Wirkungs- und Unsicherheitsdiagramm) grafisch dargestellt werden (vgl. Abb. 3). Das Diagramm zeigt, welche Einflussfaktoren in den nächsten 10–15 Jahren Handlungsbedarf im Entscheidungssystem Schweiz erzeugen könnten.

Abbildung 3: Vereinfachtes Wirkungs- und Unsicherheitsdiagramm



Nach Abschluss der ersten Phase wurde eine sogenannte Wahrnehmungsanalyse vorgenommen. Durch die Wahrnehmungsanalyse können einerseits unterschiedliche Einschätzungen zwischen den Departementen ausgemacht werden. Andererseits können die verwaltungsinternen Ansichten mit den externen Wahrnehmungen verglichen werden. Damit können bisher noch nicht erkannte, möglicherweise relevante Entwicklungen («blinde Flecken»[24]) oder schwache Signale[25] erfasst und diskutiert werden.

Abbildung 4: Liste mit den nach Wirkung und Unsicherheit gewichteten 52 Einflussfaktoren

	Einflussfaktoren	Unsicherheit (X)	Wirkung (Y)
Politische Faktoren	- Bedeutung multilateraler Institutionen	4.5	6.6
	- Entwicklung der geopolitischen Machtverhältnisse	6.1	7.2
	- Stellung und Einflussmöglichkeiten der Schweiz im internationalen Kontext	4.9	5.4
	- Entwicklung der EU	5.8	7.8
	- Entwicklung des Verhältnisses zwischen der EU und der Schweiz	5.6	8.4
	- Entwicklung der Bedrohungslage in- und ausserhalb der Schweiz	5.9	6.0
	- Entwicklung der politischen Institutionen in der Schweiz	3.3	6.1
	- Zukunft des schweizerischen Föderalismus	3.3	6.1
	- Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den politischen Parteien sowie der Konsensfindung in der Schweiz	4.7	6.9
	- Bedeutung von Volksinitiativen und Referenden	4.2	6.5
	- Entwicklung der politischen Beteiligung in der Schweiz	3.7	5.2
	- Bedeutung des Milizsystems in der Schweiz	3.8	5.6
Wirtschaftliche Faktoren	- Entwicklung des internationalen Wettbewerbs und Globalisierung der Wirtschaft	5.1	8.3
	- Stabilität der Weltwirtschaft	7.1	8.4
	- Globale Regulierung der Wirtschaft	5.8	7.2
	- Wirtschaftliche Entwicklung der EU	6.5	8.3
	- Bedeutung der Schweiz als Handelsplatz für Rohstoffe	5.4	5.8
	- Entwicklung und Bedeutung des Finanzplatz Schweiz im Weltfinanzsystem	5.7	7.2
	- Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft	4.5	8.6
	- Entwicklung der öffentlichen Aufgaben und Finanzen in der Schweiz	3.8	6.9
	- Entwicklung der Zuwanderung von Arbeitskräften in die Schweiz	4.7	7.5
	- Dynamik des Schweizer Arbeitsmarktes	4.6	7.5
	- Struktureller Wandel der Wirtschaftssektoren in der Schweiz	4.6	6.6

24 Bei blinden Flecken handelt es sich um möglicherweise relevante, bisher noch nicht erkannte Entwicklungen.

25 Bei schwachen Signalen handelt es sich um jene Einflussfaktoren, die im Rahmen der ersten Stufe der Online-Befragung (Identifikation von Entwicklungstrends/Einflussfaktoren) von wenigen Personen genannt werden, jedoch in der zweiten Stufe der Online-Befragung (Gewichtung der Entwicklungstrends/Einflussfaktoren) von einer Mehrheit mit einer hohen Wirkung sowie einer hohen Unsicherheit bewertet werden. Schwache Signale können wichtige Veränderungen lange vor ihrem tatsächlichen Eintreten andeuten.

Gesellschaftliche Faktoren	- Wachsende globale Mittelklasse	3.9	6.0
	- Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz	3.8	6.1
	- Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Schweiz	4.9	7.1
	- Entwicklung der Einwanderung in der Schweiz	4.7	6.9
	- Entwicklung der Fremdenfeindlichkeit und des Nationalismus in der Schweiz	4.7	6.4
	- Wertewandel in der Schweiz	4.9	5.9
	- Entwicklung der intergenerationellen Solidarität in der Schweiz (Alterung der Gesellschaft)	4.0	7.1
	- Finanzierung der Sozialversicherungen in der Schweiz	4.5	7.6
	- Entwicklung der Gesundheitsversorgung in der Schweiz	4.0	6.8
	- Entwicklung des Bildungssystems in der Schweiz	3.7	7.9
Technologische Faktoren	- Globale Entwicklungen in den Informations- und Kommunikationstechnologien	5.3	7.8
	- Globale Entwicklungen in den *Life sciences* und der Biotechnologie	5.5	7.3
	- Entwicklungen von neuen Technologien im Energiebereich	5.8	7.8
	- Globale Entwicklungen der gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber neuen Technologien	4.7	5.9
	- Digitalisierung und Automatisierung von Arbeitsprozessen weltweit	4.1	6.8
	- Standortattraktivität der Schweiz für Forschung und Innovation	4.4	8.4
Ökologische Faktoren	- Entwicklung der globalen Biodiversität	4.7	5.8
	- Entwicklung der globalen Ressourcen- und Nahrungsmittelversorgung	5.2	7.4
	- Entwicklung des globalen Klimawandels	4.9	7.2
	- Entwicklung internationaler Verhandlungen im Bereich Klima- und Umweltschutz	5.8	5.5
	- Bedeutung der Nachhaltigkeit und des Umweltbewusstseins in der Schweiz	3.9	6.0
	- Zukünftige Entwicklung des Energiemarktes und der Energieversorgung in der Schweiz	5.4	7.7
	- Raum-, Verkehrs- und Siedlungsentwicklung in der Schweiz	4.5	7.5
Rechtliche Faktoren	- Globale Entwicklung des Datenschutzes und des geistigen Eigentums	5.1	6.2
	- Umsetzung von rechtlich verbindlichen Sozial- und Umweltstandards für unternehmerische Aktivitäten durch die Schweiz	4.5	5.9
	- Umgang mit der Übernahme von europäischem bzw. internationalem Recht	4.7	7.3
	- Vereinbarkeit des innerstaatlichen Rechts mit dem Völkerrecht	4.1	5.8
	- Entwicklung des Rechtsstaates in der Schweiz	3.4	6.5
	- Entwicklung der Regulierungsdichte in der Schweiz	3.7	6.2

Kernunsicherheiten = rot hervorgehoben

Trends = weiss

Sekundäre Elemente = es wurden keine sekundären Elemente identifiziert

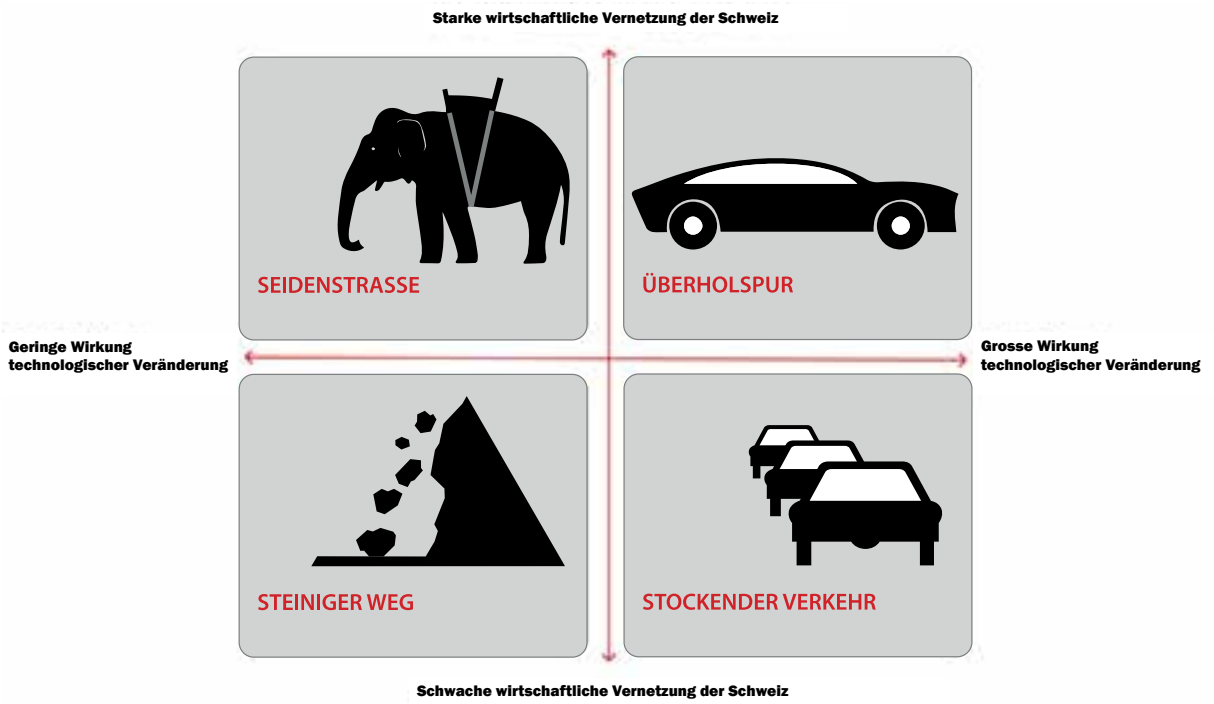
Phase 2: Festlegung der Szenarioachsen

Ziel der zweiten Phase war die Validierung der in Phase 1 vorgenommenen Gewichtung der Einflussfaktoren, um auf dieser Basis die Szenarioachsen festlegen zu können.

In einem ersten Schritt wurde die in Phase 1 vorgenommene Bewertung der Einflussfaktoren departementsweise diskutiert. Ziel dieser Diskussionen war die Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses darüber, was in Zukunft wichtig sein wird – d. h. eine gemeinsame Überzeugung darüber, wie die Einflussfaktoren in ihrer «Wirkung» und «Ungewissheit» gewichtet werden. Zudem sollte das eigene Denken für neue Perspektiven geöffnet werden, indem verschiedene Wahrnehmungen und Einschätzungen diskutiert wurden. Dieser Schritt war bedeutend für die weiteren Arbeiten.

In einem zweiten Schritt diskutierte und validierte der Perspektivstab die Ergebnisse und legte die Szenarioachsen fest.

Abbildung 5: Szenariokreuz



Die Szenarioachsen weisen folgende Ausprägungen aus:

Achse «Wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz»: Die wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz wird unter anderem durch den Anteil des Aussenhandels am BIP bestimmt. Die Vernetzung kann mit den Nachbarstaaten, regional im EU-Raum oder global geschehen. Dabei geht es um wirtschaftliche Kooperation zwischen Staaten und zwischen privatwirtschaftlichen Unternehmen in der Schweiz und im Ausland. Die wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz hat Einfluss auf Marktverbindungen, den Kapital- und Warenverkehr, die freie Mobilität von Personen sowie auf Transport und Kommunikation. Die Achse «Wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz» kann stark oder schwach ausgeprägt sein.

Eine *starke wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz* ist durch zahlreiche Freihandelsabkommen mit anderen Staaten oder überstaatlichen Organisationen sowie durch einen hohen Anteil des Aussenhandels am BIP gekennzeichnet und geht mit dem Freihandel einher. Eine starke wirtschaftliche Vernetzung wird durch Marktverbindungen, den Kapital- und Warenverkehr, die Mobilität von Personen und durch Transport und Kommunikation bestimmt. *Eine schwache wirtschaftliche Vernetzung der Schweiz* ist durch wenige Freihandelsabkommen mit anderen Staaten und durch einen tiefen Anteil des Aussenhandels am BIP gekennzeichnet und geht mit Handelshemmnissen und Protektionismus einher.

Achse «Globale Technologisierung»: Die globale Technologisierung wird durch die Entwicklung neuer Technologien auf globaler Ebene bestimmt. Die globale Technologisierung geschieht durch die Einführung neuer Technologien im staatlichen, wirtschaftlichen oder privaten Bereich. Die Einführung neuer Technologien kann unterschiedlich schnell erfolgen und auf bestehende Systeme und Gleichgewichte eine unterschiedlich disruptive Wirkung entfalten. Mit disruptiven Technologieentwicklungen sind sprunghafte technologische Entwicklungen auf globaler Ebene gemeint, die unsere Welt in den nächsten Jahren grundlegend verändern werden oder die das Potenzial dazu haben. Im Gegensatz dazu entwickeln sich Technologien im Falle eines langsamen und linearen Fortschritts beständiger und ohne grundlegende Veränderungen der Welt hervorzurufen. Die Ausprägungen der Achse «globale Technologisierung» sind «grosse Wirkung technologischer Veränderung» und «geringe Wirkung technologischer Veränderung».

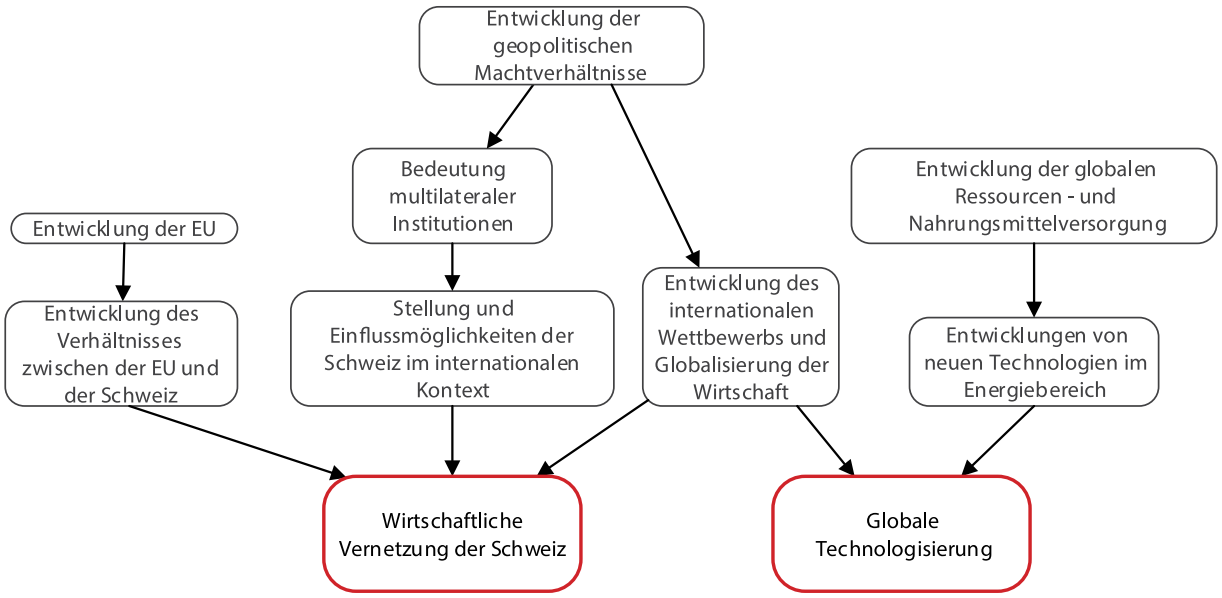
Eine grosse Wirkung technologischer Veränderung ist durch eine schnelle und disruptive technologische Entwicklung gekennzeichnet, die das Leben stark verändert. Eine geringe Wirkung technologischer Veränderung ist durch eine langsame und kontinuierliche technologische Entwicklung gekennzeichnet, die das Leben nur leicht verändert.

Die festgelegten Szenarioachsen spannen den Zukunftsraum auf, sodass sich aus der Kombination der Achsenausprägungen vier Szenarien ergeben.

Phase 3: Entwicklung eines Einflussdiagramms und Szenarioausarbeitung

Ziel der dritten Phase war es, die Beziehungen und Kausalzusammenhänge der Trends und Unsicherheiten untereinander zu identifizieren und damit die Basis für die Szenariobeschreibung zu liefern. Mit einem Einflussdiagramm wurden logische Verknüpfungen zwischen den einzelnen Trends und Unsicherheiten ausgemacht. Als Grundlage für das Einflussdiagramm wurden die in den vorangehenden Phasen identifizierten und gewichteten Trends, Einflussfaktoren und Unsicherheiten verwendet. Indem systematisch beschrieben wurde, weshalb sich eine bestimmte Entwicklung abspielt und wie dies weitere Entwicklungen beeinflusst, konnte die Basis für eine kohärente Beschreibung der Szenarien gelegt werden. Dabei wurden alle relevanten Einflussfaktoren berücksichtigt.

Abbildung 6: Vereinfachtes Einflussdiagramm



Aufgrund des Einflussdiagramms wurden erste Szenario-Kurzbeschriebe entworfen, welche folgende Fragen beantworteten: «Wie sieht die Welt 2030 aus?» und «Was ist passiert auf dem Weg nach 2030?» Die Szenario-Kurzbeschriebe wurden in den departementalen Fokusgruppen diskutiert und verfeinert. Anschliessend bildeten sie die Grundlage für die detaillierte Beschreibung der Szenarien.

Phase 4: Szenariobeschreibung

Ziel der vierten Phase war die Beschreibung von vier sich deutlich voneinander unterscheidende Zukunftsszenarien für die Schweiz. Die Szenariobeschriebe erhielten einen Titel. Mit einem Kurzbeschrieb wurden die Merkmale pro Szenario zusammengefasst, und in einem nach Zeitabschnitten strukturierten Hauptteil wurden die Entwicklungspfade beschrieben, wie es zu dem Zustand im Jahr 2030 kommen kann.

Phase 5: Identifikation von Chancen und Gefahren

Ziel der fünften Phase war die Identifikation von Chancen und Gefahren, die sich bei unterschiedlicher Ausprägung der Szenariodimensionen ergeben. Dabei sollte unterschieden werden zwischen Chancen und Gefahren, die auf Gesamtbundesebene zutreffen, und solchen, die sich für spezifische Politikbereiche ergeben.

Anhang

A.1 Zusammensetzung des Perspektivstabs der Bundesverwaltung

Leitung Perspektivstab
Corina Casanova, Bundeskanzlerin

Bundeskanzlei
Lorenzo Cascioni

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
Pascale Baeriswyl

Eidgenössisches Departement des Innern
Brigitte Caretti

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Patricia Messerli
Hans Moor

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Yves Bichsel
Jürg Siegfried Bühler

Eidgenössisches Finanzdepartement
Madeleine Bieri
Claudia Heierli Probst

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Nathalie Falcone-Goumaz
Vinzenz Jung

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Urs Weber

Sekretariat des Perspektivstabs
Nadim Chammas
Nicole Graf (ab April 2014)
Lilith Schärer (bis April 2014)

A.2 Zusammensetzung der departementalen Fokusgruppen

Bundeskanzlei
Fabienne Bertagnollo
Lorenzo Cascioni, Mitglied des Perspektivstabs
Franco Fomasi
Michael Gautschi
Claude Gerbex
Barbara Perriard
Anne Roulin Perriard
Ulysse Tscherrig
Daniela Vorburger

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
Pascale Baeriswyl, Mitglied des Perspektivstabs
Jürg Burri
Willi Graf
Fulvio Massard
Alois Ochsner
Jolanda Pfister Herren
Lukas Schifferle

Eidgenössisches Departement des Innern
Olivier Brunner-Patthey
Brigitte Caretti, Mitglied des Perspektivstabs
Yves Fischer
Markus Schwyn
Barbara Thévoz Lagast

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Michel Besson
Pascal Bulliard
Monique Cossali
Christoph Curchod
Hanspeter Dolder
Philippe Heger
Patricia Messerli, Mitglied des Perspektivstabs
Hans Moor, Mitglied des Perspektivstabs
Stéphanie Zbinden

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Jörg Annaheim
Yves Bichsel, Mitglied des Perspektivstabs
Andreas Bölsterli
Ulrich Brandenberger
Stefan Brem
Jürg Siegfried Bühler, Mitglied des Perspektivstabs
François Maridor
Peter Marti
Alexander Stucki
Jürg Stüssi-Lauterburg
Thomas von Gunten
Alain Vuitel

Eidgenössisches Finanzdepartement
Madeleine Bieri, Mitglied des Perspektivstabs
Anouk d'Hooghe Witschi
Stefanie Frey
Claudia Heierli Probst, Mitglied des Perspektivstabs
Nicole Heynen
Bruno Jeitziner
Samuel Kobel
Roberto Lombardi
Serge Meyer
Christoph Mosimann
Michael Schuler
Agathe Tobola Dreyfuss
Sonja Uhlmann
Marc Zahner

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Edith Bernhard
Nathalie Falcone-Goumaz, Mitglied des Perspektivstabs
Katrin Frei
Vinzenz Jung, Mitglied des Perspektivstabs
Peter Moser
Rudolf Rytz
Doris Sfar
Patrick Vock
George Waardenburg
Markus Wildisen
Margot Wiprächtiger

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Felix Andrist
Martina Blaser
Petra Breuer
René Dönni Kuoni
Daniel Dubas
Pascal Previdoli
Thomas Stadler
Matthias Suhr
Urs Weber, Mitglied des Perspektivstabs
Markus Wüest

A.3 Externe Expertinnen und Experten

Der Perspektivstab der Bundesverwaltung dankt den verwaltungsexternen Expertinnen und Experten für ihr Mitwirken bei der Erarbeitung der Grundlagen des vorliegenden Berichts.

Alberto Achermann, Universität Bern, Institut für öffentliches Recht
Gerhard Adrian, Deutscher Wetterdienst
Renate Amstutz, Schweizerischer Städteverband
Metin Arditi
Lukas Bärfuss
Katerina Baumann, Advokaturbüro Baumann
Giuliano Bonoli, Université de Lausanne, Institut de hautes études en administration publique
Heiko Borchert, Sandfire AG
David Bosshart, Gottlieb Duttweiler Institut
Louis-Marie Boulianne, Ecole polytechnique fédérale de Lausanne, Faculté de l'environnement naturel, architectural et construit
David Bresch, Swiss Re, Sustainability & Political Risk Management
Lorenzo Cantoni, Università della Svizzera italiana, Facoltà di scienze della comunicazione
Marina Cattaruzza, Universität Bern, Historisches Institut
Roger de Weck, Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
Astrid Epiney, Université de Fribourg, Faculté de droit
Marie Valentine Florin, International Risk Governance Council
Dominique Foray, Ecole polytechnique fédérale de Lausanne, Collège du management de la technologie
Peter Forster, Schweizer Soldat
Thierry Geiger, World Economic Forum
Katja Gentinetta
Peter Grünenfelder, Staatsschreiber des Kantons Aargau
Joseph Häfliger, Stiftung Schulen für Afghanistan
Beat Hotz-Hart, Universität Zürich, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Antoinette Hunziker-Ebneter
Helen Keller, Universität Zürich, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht
Ilona Kickbusch, Institut de hautes études internationales et du développement, Global Health Programme
Patrick Kilchmann, Ammann Group
Marylène Lieber, Université de Genève, Etudes genre
Claude Longchamp, gfs.bern
Ueli Mäder, Universität Basel, Seminar für Soziologie
Rico Maggi, Università della Svizzera italiana, Istituto Ricerche Economiche
Pascal Mahon, Université de Neuchâtel, Faculté de droit
Markus Maibach, INFRAS
Elham Manea, Universität Zürich, Institut für Politikwissenschaft
Daniela Pauli, Forum Biodiversität Schweiz
Anne Petitpierre-Sauvain, Université de Genève, Faculté de droit
Armin Reller, Universität Augsburg, Institut für Physik
Peter Rüegger, Stadtpolizei Zürich
Monique Ryser, Business and Professional Women Switzerland
Christoph Schär, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Institut für Atmosphäre und Klimawissenschaften
Monika Scherrer, Stiftung für Demokratie
Dalia Schipper, Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung
Renate Schubert, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Institute for Environmental Decisions
Tillmann Schulze, Ernst Basler und Partner
Gerhard Schwarz, Avenir Suisse
Christina Spoerry, Tiefbauamt der Stadt Zürich

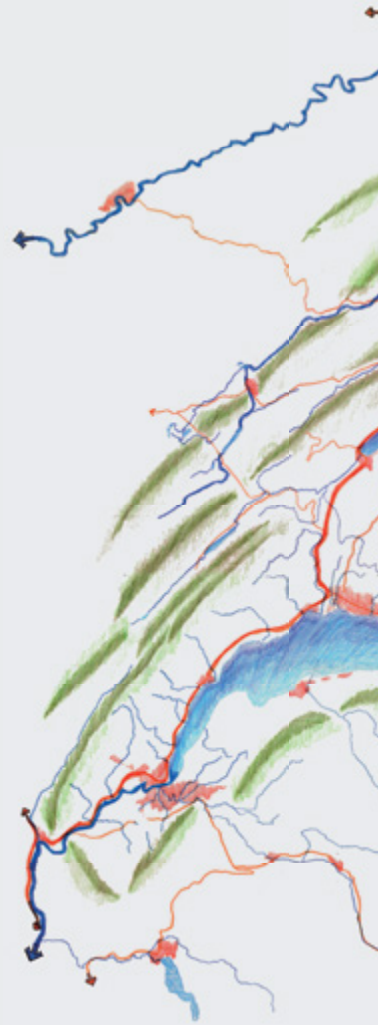
Jan-Egbert Sturm, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Konjunkturforschungsstelle KOF
Heidi Stutz, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS
Monika Tschannen-Süess, rundum mobil GmbH
Andreas M. Walker, Swissfuture
Michael Weber, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Forschungsgruppe Agrarwirtschaft
Brigit Wehrli-Schindler
Klaus Wellershoff, Wellershoff & Partners
Peter Widermann, International Centre for Migration Policy Development
Hans-Peter Widmer, Aargauer Zeitung

A.4 Think Tanks

Jan Arpe, Bertelsmann Stiftung, Deutschland
Dominique David, Institut Français des Relations Internationales
Nicholas Fang, Singapore Institute of International Affairs
Christian Keuschnigg, Institut für Höhere Studien, Österreich
Paolo Magri, Istituto per gli Studi di Politica Internazionale, Italien
Elizabeth Sidiropoulos, South African Institute of International Affairs
Markus Uvell, Timbro, Schweden
Vera Zabotnikova, Russian State University for the Humanities

A.5 Methodische Beratung und Moderation

Beratung zur Methode: Institut für Strategie und Führung, Mainz
Christian Brands
Philipp Meissner
Torsten Wulf

Moderation: Strategic Knowledge Group, Zürich
Christian Wiedemann
Svenja Espenhorst
David Griesbach
Deborah Solenthaler

www.admin.ch